KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 159 Januar/Februar 2012 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 159 Januar/Februar 2012 berichten wir über:



Gegen die KCK-Operationen protestieren täglich Tausende auf den Straßen in Nordkurdistan und der Türkei: „Werde Mitglied, suche Mitglieder“



Seit dem 27. Juli 2011 ist A. Öcalan in Isolationshaft ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Fast alle seine AnwältInnen wurden inhaftiert. Die Bevölkerung protestiert.



Auf Beerdigungen getöteter Guerillas zeigt die Bevölkerung ihre Verbundenheit mit der Freiheitsbewegung PKK. alle Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten“ war das vergangene Jahr allem Anschein nach kein gutes. Wieder einmal gibt es kaum Aussicht auf ein Weiterkommen in der kurdischen Frage, zumindest in der Türkei überhaupt nicht. Chemiewaffen in den Bergen (S. 47 u. 50), „Kurdenjagd“ im zivilen Sektor (S. 4), grüne Ergenekon (S. 29): alles Themen in unserer aktuellen Ausgabe.

Wenigstens gibt es Anlass zur Hoffnung beim türkischen Projekt der politischen und militärischen Einkreisung der Freiheitsbewegung PKK: Die anti-kurdische Koalition der Region liegt im Moment auf Eis.

Die syrisch-türkischen Beziehungen leiden unter der interventionistischen Frontstellung der Türkei gegenüber dem stark unter Beschuss stehenden aufständischen Syrien. Und den Kurdinnen und Kurden dort bleibt noch die Chance, zusammen mit Teilen der Opposition gegen das Assad-Regime etwas für die eigene Selbstbestimmung zu gewinnen (S. 38). Mit Genugtuung registrieren wir im südkurdischen Nordirak die Zurückhaltung der Lokalmatadoren PDK und YNK, sich militärisch in die türkische Einkreisungspolitik einbinden zu lassen. Manche setzen gar ihre Hoffnung in die lange prognostizierte kurdische Nationalkonferenz (S. 35), um gemeinsame politische Strategien entwerfen zu können. Und im iranischen Ostkurdistan können wir augenblicklich Entspannung in der militärischen Konfrontation zwischen Armee und PKK/PJAK konstatieren. Allerdings sind wir uns dessen bewusst, dass diese Lage allein dem Umstand geschuldet ist, dass die Türkei Teil der imperialistischen anti-iranischen Front ist, und dass der Iran ansonsten kein bisschen in seiner unversöhnlichen Haltung gegenüber der kurdischen Bewegung nachlässt. Und trotzdem: Uns erreichte soeben die positive Meldung, dass die Todesstrafe von Zeyneb Celaliyan (S. 41) in lebenslange Haft umgewandelt worden ist.

In der Türkei dagegen ist auf staatlicher Seite inzwischen eine absolute politische Blockade aller Initiativen und Möglichkeiten im Hinblick auf eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu verzeichnen. Kontakte, Gespräche, Verhandlungsrunden zwischen staatlichen Stellen und der kurdischen Bewegung hatten im Laufe des Jahres nur die Funktion, die AktivistInnen auf Trab zu halten. Bevor etwas konkret werden konnte und als die Türkei ihren Platz im imperialistischen Boot offen eingenommen hatte (S. 11), war alles vorbei. Übrig blieb nur die unkaschierte Absicht, jegliche zivilgesellschaftliche Opposition, die sich nicht vereinnahmen lässt, abzuräumen und wegzusperren. Oppositionell = terroristisch, ein altbekanntes Strickmuster. Und in der internationalen „demokratischen“ Gemeinschaft kein Wort dazu, keine Reaktion, nur offene oder verdeckte Unterstützung für den repressiven Kurs.

Da muss im Moment die Frage offenbleiben, wie der „ Übergang von der bewaffneten zur demokratischen Konfrontation“ (Beschluss der Abertzalen Linken im Baskenland; S. 66) geschafft werden soll. Denn Bereitschaft und Ideen allein bei ***einer*** Konfliktpartei reichen nicht. Und auch wenn dort die Organisierung der Demokratischen Autonomie als Modell gesellschaftlicher Selbstbestimmung (S. 44) vorangehen sollte, kann keine Zivilgesellschaft, keine Bewegung den schon quantitativ immensen personellen Aderlass verkraften.

In einer solchen Situation braucht es doch manchmal einen Lichtblick in schwerer Zeit, der uns dieses Mal in Form eines Briefes aus den Bergen zukam (S. 43). Das darin gebrauchte und für viele von uns ungewöhnliche Pathos, das wir mit der Distanz unserer kalten analytischen Sichtweise oft wohl schwer nachempfinden können, kann aber keinesfalls die Zuversicht und das Vertrauen auf die eigene Kraft überdecken, die dort im Kampfgebiet herrschen. Grundvoraussetzungen für optimistische Zukunftsprojekte.

Damit wollen wir uns allen ein wirklich gutes Jahr wünschen.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Kurdenjagd der AKP

Adem Uzun

In den letzten zwei Monaten haben die politischen und gesellschaftlichen Probleme weltweit und auch in Kurdistan zugenommen.

Ich möchte eine Zusammenfassung der Ereignisse in Kurdistan und dem Nahen und Mittleren Osten, als einem Zentrum dieser Veränderungen, versuchen und die relevanten politischen, historischen und internationalen Gründe aufgreifen.

Die wichtigste Frage in diesem Prozess für die KurdInnen ist, ob sie in der Phase der Neugestaltung des Nahen Ostens einen unabhängigen offiziellen Status, wie die anderen Völker der Region, erlangen werden oder nicht.

Der schmutzige Krieg tritt weiter in den Vordergrund

Auf der anderen Seite tritt der schmutzige Krieg wieder immer weiter in den Vordergrund, um so den Wunsch der KurdInnen nach einem offiziellen Status um jeden Preis zu verhindern, allen voran dabei die Türkei. Der türkische Staat und seine Regierung versuchen auch heute historische Ereignisse zu wiederholen, indem sie gegen die KurdInnen und ihre legitime Vertreterin, die kurdische Freiheitsbewegung, mit neuen und weiterentwickelten Methoden des Genozids vorgehen.

Die AKP-Regierung hat im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Mittleren Osten eine neo-osmanische Vision. Dabei hat sie die Unterdrückung der KurdInnen mitsamt ihrem politischen Willen und ihren Organisationen als eines der Haupthindernisse auf dem Wege der Realisierung dieser Vision zu ihrer zentralen Politik gemacht. 2009 wurde eine stetig eskalierende politische, militärische und juristische „KurdInnenjagd“ begonnen. Auf dieser „Jagd“ werden gewählte VertreterInnen der legalen politischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) sowie Menschen, die die politische Sicht dieser Partei teilen, in Massen festgenommen und inhaftiert.

Trotz der offiziellen Gewaltenteilung in der Türkei gibt der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan an der Spitze der Legislative öffentlich Anweisungen für diese Operationen und verlangt die Fortsetzung der repressiven Maßnahmen. In deren Rahmen sind bis heute annähernd 8 000 Menschen festgenommen und 4 000 von ihnen in Untersuchungshaft überführt worden. Unter den Inhaftierten befinden sich 5 Parlamentsabgeordnete, 15 BürgermeisterInnen und zahlreiche Intellektuelle, SchriftstellerInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen.

Die Absurdität dieses politischen Genozids nimmt mit jedem Tag zu. So werden Menschen festgenommen, weil sie an einer legalen Demonstration teilgenommen haben, weil sie Transparente getragen haben, auf denen sie ihre Forderung nach Frieden bekundeten, weil sie die Gewaltpolitik der Regierung kritisiert oder gegen die staatliche Repression Widerstandswillen demonstriert haben. Der Wunsch der Inhaftierten, ihre Verteidigung in ihrer Muttersprache Kurdisch zu führen, wurde abgewiesen. Und dies, obwohl die AKP-Regierung bei jeder Gelegenheit überall auf der Welt propagiert, das Verbot der kurdischen Sprache aufgehoben zu haben.

Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan verschärft

Ebenso hielten auch in den letzten zwei Monaten die verschärften Isolationshaftbedingungen des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan an. Seit vier Monaten werden die AnwältInnen- und Familienbesuche auf der Gefängnisinsel Imralı mit lächerlichen Begründungen verweigert. Die internationalen Mächte und die türkische Regierung wollen mit dieser Methode Herrn Öcalan neutralisieren. So soll verhindert werden, dass er konstruktiv in den politischen Prozess eingreifen kann. Aber der Einfluss Öcalans auf die kurdische Bevölkerung und ihren Freiheitskampf wächst stetig mit seiner Haltung in der Einzelzelle, seiner geistigen Produktivität und seinem starken Willen. Der türkische Staat versucht mit der verschärften Isolation und systematischen Folter gegen Herrn Öcalan und nicht zuletzt auch mit der Festnahme seiner 36 AnwältInnen, den Willen der kurdischen Freiheitsbewegung zu brechen und sie zur Kapitulation zu zwingen. Öcalan hatte zuvor erklärt: „Ich werde hier als Geisel festgehalten“, und auf die mögliche Repressionspolitik der AKP hingewiesen. Das ist der Grund für die strategische Feindschaft gegenüber dem kurdischen Volksvertreter Öcalan.

Vor einigen Monaten wurden Ausschnitte der seit drei Jahren sporadisch laufenden Gespräche zwischen Abdullah Öcalan auf Imralı sowie VertreterInnen der kurdischen Befreiungsbewegung PKK einerseits und des türkischen Staates andererseits im Internet veröffentlicht. Die AKP-Regierung

stellte vor drei Monaten diese Gespräche einseitig ein und brachte ihre Kriegspolitik erneut auf die Tagesordnung. Dabei waren die Forderungen der kurdischen Seite in diesem Dialog und den Verhandlungsgesprächen äußerst vernünftig und akzeptabel gewesen. Während dieser Dialogphase wurden von Herrn Öcalan drei Protokolle zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage sowie zur Demokratisierung der Türkei ausgearbeitet. Als die AKP-Regierung ihre Haltung zu diesen Protokollen – die den Weg für eine dauerhafte Waffenruhe und letztlich die endgültige Niederlegung der Waffen ebnen sollten – darlegen sollte, wurden die Gespräche auf Anweisung des Ministerpräsidenten abrupt eingestellt.

Zweifellos, weil die AKP-Regierung erkennen musste, dass sie die KurdInnen mit dieser Methode nicht betrügen und zur Kapitulation bewegen kann. Vor diesem Hintergrund nahm sie einen Strategiewechsel vor und setzte erneut auf Krieg. Dieser Beschluss wurde im Zusammenhang mit den internationalen wie auch regionalen Entwicklungen beschleunigt. Erinnern wir uns an die Geschehnisse im Jahre 2000. Auch damals fanden Gespräche statt zwischen Öcalan und dem Staat. In deren Folge erklärte die PKK als Zeichen des guten Willens einen einseitigen Waffenstillstand und zog trotz des Verlustes von Hunderten von Menschen ihre bewaffneten Einheiten hinter die türkischen Staatsgrenzen zurück. Mit dem Anschlag vom 11. September 2001 begann dann unter der Führung der USA die Phase „Kampf gegen den Terrorismus“. Die Türkei sah diese Entwicklung als ihre „Chance“, mit internationaler Unterstützung und mit dem Ziel der militärischen Vernichtung erneut gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorgehen zu können. Erst daraufhin wurde die Friedensphase beendet und an ihrer Stelle der Kriegsbeschluss gefasst. Um eine ähnliche Situation handelt es sich auch gegenwärtig. Die westlichen Mächte, allen voran die USA, die die Entwicklungen in der Region mitsamt den Volksaufständen zu ihren Gunsten gestalten wollen, haben der AKP-Regierung im Rahmen ihrer Politik eine Mission zugewiesen. Die türkische Regierung sieht darin erneut die Gelegenheit, als Gegenleistung mit internationaler Unterstützung die kurdische Befreiungsbewegung liquidieren und die Statusbestrebungen der KurdInnen zum Scheitern bringen zu können. Diese Kalkulation steckt hinter dem Scheitern der jüngsten Dialog- und Verhandlungsphase.

Was bezweckte Erdoğan mit seiner Dersîm-Erklärung

Wie aber ist bei dieser Entwicklung die Erklärung Erdoğans zu Dersîm einzuordnen? Ende 2011 entschuldigte er sich halbherzig als türkischer Ministerpräsident wegen des Dersim-Genozids von 1937/38, bei dem annähernd 80 000 Menschen auf barbarische Weise massakriert worden waren. Dieser Schritt wurde international als ein Wendepunkt in der Geschichte der türkischen Republik begrüßt. Diese Entschuldigung kann jedoch in keiner Weise als eine Konfrontation der Republik Türkei mit ihrer Geschichte und darin mit ihrer begangenen Schuld gewertet werden. Es war vielmehr ein taktischer Schritt – eine Maskerade – bei den gegenwärtigen Bemühungen, die kurdische Freiheitsbewegung zu liquideren. Sie erhofft sich mit dieser Taktik, ihre faschistische Vorgehens-



Die Bevölkerung protestiert gegen die KCK-Operationen mit Initiativen wie wir sind alle KCKler   Foto: DIHA

weise sowie den politischen und kulturellen Genozid an den KurdInnen zu verschleiern und das eigene Image aufzupolieren. Die begangene historische Schuld zur Sprache zu bringen heißt nicht, sich momentan von denselben Praktiken distanziert zu haben. Denn auch heute ist das Ziel der Türkei die Liquidierung der kurdischen Bewegung samt Führung.

Diese Entschuldigung des Herrn Tayyip Erdoğan ist vor dem Hintergrund seiner immer gleichen Rufe nach „einer Nation, einem Staat, einer Heimat, einer Sprache, einer Fahne" zu verstehen. Eine Entschuldigung für damals, aber nicht für heute, wo weiterhin um jeden Preis versucht wird, die türkische Staatsideologie in Kurdistan zu installieren und die Identität und das Selbstverwaltungsrecht des kurdischen Volkes zu unterbinden.



Mobilisierung verschiedener Menschenrechtsorganisationen zur Menschenrechtswoche in Amed Foto: DIHA

Denn der Dersîm-Widerstand diente den KurdInnen als Mittel zur Erlangung ihrer Identität und ihrer Selbstverwaltung. Schließlich hatte während der osmanischen Herrschaft eine regionale Autonomie im kurdisch besiedelten Gebiet bestanden. Mit Gründung der Republik Türkei wurde der Wunsch nach Selbstverwaltung als Gefahr für die Einheit des Staates blutig niedergeschlagen.

Der Genozid in Dersîm, wie auch die anderen Massaker zwischen 1925 und 1940, wurden zwischen 1940 und 1984 von einer progressiven Assimilations- und Türkisierungspolitik abgelöst. Mit dem Krieg gegen die PKK ab 1984 wurden die KurdInnen mit viel härteren Mitteln zu türkisieren versucht.

Bei der aktuellen Türkisierungspolitik der AKP-Regierung ist auf deren Beziehungen zur Gülen-Bewegung zu verweisen (Fethullah Gülen lebt in den USA und unterstützt die AKP-Regierung). Gülen hat einen großen Einfluss auf die Regierung und auf den Staat. Eine kürzliche Internetansprache Gülens sowie die bisherige Praxis dieser Bewegung lassen Gülens Ziel erkennen, die Menschen durch den politischen Islam zu türkisieren. Doch weil das bisher nicht geschafft worden ist, können sie die kurdische Identität nicht ganz leugnen. Sie wollen die KurdInnen rhetorisch anerkennen, vordergründig, sie aber gleichzeitig an der Fortentwicklung des türkischen Nationalismus beteiligen.

So buhlen sie mit unterschiedlichsten Mitteln um die KurdInnen. Bei den einen mit dem Islam, den anderen mit wirtschaftlicher Abhängigkeit, bei wiederum anderen über politische Wege. Doch jenen, die sich dieser Politik widersetzen, begegnen sie mit polizeilicher und militärischer Repression, wie Verhaftungen, Ermordungen, Erpressungen und nicht zuletzt dem Einsatz chemischer Waffen. Erdoğan entschuldigt sich oberflächlich für die Vergangenheit, jedoch nicht für die mit internationalem Rückhalt und mit viel raffinierteren und umfassenderen Methoden geübte gegenwärtige Praxis. Darum hat er auch alle Lösungsvorschläge der PKK und des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan zurückgewiesen.

AKP-Regierung zu keiner Lösung bereit

Mit der Verhaftung Dutzender AnwältInnen und MenschenrechtlerInnen sind die Wege eines Dialogs endgültig versperrt worden. Und das in dem Bewusstsein, dass es ohne Dialog und ohne die Einbindung Abdullah Öcalans nicht zu einer Lösung kommen kann.

In Anbetracht der genannten Fakten ist auch augenfällig, dass die AKP zu keiner Lösung bereit ist, die die kurdische Identität anerkennt und kollektive Rechte für das kurdische Volk vorsieht.

Zum Schluss wollen wir noch anmerken, dass internationale Mächte die Situation in unserem Heimatland näher beobachten und jeder dieser Staaten mit Blick auf die eigenen Interessen zu intervenieren versucht. Aus dieser Sicht wird die Region als Ganzes neu strukturiert und gestaltet.

Der Status quo ändert sich und es entwickelt sich in der Region eine neue Balance. Bei diesen Veränderungen spielen auch die KurdInnen, als starke und wichtige Akteure, eine umfassende Rolle. Darum beanspruchen auch sie in dieser Phase das Recht auf Anerkennung ihrer Identität.

Es gibt keinen Grund, warum KurdInnen nicht als Sieger aus dieser Situation hervorgehen sollten. Sie sind zuversichtlich. Das erkennt auch der türkische Staat, darum versucht er auf der einen Seite den Widerstand der PKK zu brechen und auf der anderen Seite Südkurdistan einzukreisen und unter Druck zu setzen. Die Türkei setzt das kurdische Volk unter Druck, um ihm ihre Lösung aufzuzwingen. Darum sind die militärischen Operationen gegen die PKK als Krieg gegen alle KurdInnen in allen vier Teilen Kurdistans zu verstehen. ♦

KCK-Exekutivratsmitglied Duran Kalkan im Interview

Das verlogene Spiel der AKP wird von der PKK verhindert!

Aziz Köylüoğlu, ANF, Behdînan

Anlässlich des 33. Gründungsjahrs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) befragte die Nachrichtenagentur ANF das Mitglied des KCK-Exekutivrats Duran Kalkan, welche Bilanz er für das vergangene Jahr ziehe, welches Niveau die kurdische Frage erreicht habe, welche Rolle die PKK in der derzeitigen Phase spiele, nach der Situation in der Türkei und nach seinen Analysen der Entwicklungen im Mittleren Osten. Das Interview wird hier gekürzt wiedergegeben.

Die PKK wurde seit ihrer Gründung stets als eine „fremdgesteuerte" Organisation dargestellt. Wie bewerten Sie, als türkischstämmiger Revolutionär, in diesem Zusammenhang die die Türkei umfassende Perspektive der PKK?

Zunächst müssen die Fragen geklärt werden: Wie kann die kurdische Frage in der derzeitigen Phase gelöst werden? Wie werden die KurdInnen ihren Platz in der neuen Welt, in der erneuerten Region einnehmen? Was wird aus dem Status Kurdistans?

Das sind zurzeit die Schwerpunkte der PKK. Die Bewegung setzt sich im Rahmen von Demokratie und Freiheit mit den Fragen der Anerkennung der kurdischen Identität, des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens der KurdInnen mit ihren NachbarInnen, des gleichberechtigten Status, wie andere Völker ihn auch haben, auseinander. Mit mehrfacher Regeneration und Innovation versuchen wir diese zentralen Anliegen seit 20 Jahren zum Erfolg zu führen. Dafür hatte sich die PKK in puncto Philosophie, Ideologie, politisches System, Parteiprogramm, Organisationsstruktur, Taktik und Strategie transformiert. Auf dieser Grundlage betreibt sie heute ihre Politik.

Dass die PKK solch eine international und regional wichtige Rolle spielt, resultiert selbstverständlich nicht nur aus der Beschäftigung mit der kurdischen Frage. Natürlich leitet sie ihre Herangehensweise von den sich verändernden Entwicklungen in Kurdistan ab. Aber für eine solch relevante Organisation sind ein ethisches Selbstverständnis, eine politische Linie, ein philosophisch-ideologisches Weltbild die ausschlaggebenden Ursachen für einen Erfolg. Die Grundlage dafür nahm mit Abdullah Öcalan ihren Anfang. Eigentlich hatte die PKK, ob vor oder nach der Jahrhundertwende, immer einen individuellen Charakter, sodass sie sich von den üblichen Volksbefreiungs- oder sozialistischen Bewegungen unterschied. Dieser Unterschied machte die PKK zu einem regional und international bedeutenden Akteur.

Aber worin bestand dieser Unterschied? Wir waren nie engstirnig und nationalistisch. Wie der Realsozialismus oder andere Volksbefreiungsbewegungen waren wir nie von einem nationalen Staatsgebilde abhängig.

Seit ihrer Entstehung distanziert sich die PKK vom Nationalismus. Sie steht im Gegensatz zu einer engstirnigen und nationalistischen Bewegung. Selbst in der Zeit, als sie die kurdische Freiheit in einem separaten Staat sah, die der realsozialistischen Idee sehr nahekam, betonte sie stets die strategische Notwendigkeit eines einheitlichen und friedlichen Zusammenlebens in der Türkei und im Mittleren Osten. Ihre Transformation basierte ebenso auf einer einheitlichen und friedlichen Koexistenz. Die PKK hatte sich in der Vergangenheit zwar auf die völlige Unabhängigkeit konzentriert, allerdings auch zu jener Zeit eine Freiheit angestrebt, die alle anderen ebenso betreffen sollte. So sind die türkische und die kurdische Revolution ein untrennbarer, solidarischer und gemeinsamer Kampf.

Sie sagen, dass die PKK die „freie Gemeinschaft" anstrebt. Was sagen Sie zur „Einheit durch den Islam" der AKP-Regierung?

Trotz der aktuellen Kriege in unserer Region gehen sich die Menschen nicht an die Gurgel oder bekriegen sich Gesellschaften nicht untereinander, weil die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben nicht ausgelöscht ist. Die Menschen glauben noch immer daran. Aber wieso?

Gerade wegen der durch Öcalan initiierten Ideologie der PKK. Manche wollen aber diese Tatsache nicht erkennen und versuchen, im Gegenteil, ihren Profit daraus zu ziehen. Die PKK jedoch versucht eben nicht zu trennen, sondern fördert die Einheit, die Geschwisterlichkeit der Menschen auf der Grundlage von Demokratie und Freiheit. Im Gegensatz zu den ganzen unbelehrbaren, chauvinistischen türkischen Linken, zu Burkay, der den Nationalismus nicht überwunden hat, oder zum falschen Islam Erdoğans. Nun ist Letzterer mit seinem Islamismus aufgetaucht.**KCK-Exekutiv**



Täglich bringen Zehntausende ihren Protest gegen die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan und die Verhaftungswelle lautstark auf die Straße. Foto: DIHA

In Wirklichkeit hat sich der Staat nicht verändert. Die AKP begann im Namen der Entwicklung aufzusteigen, doch schwenkte sie schon bald auf die chauvinistische, regressive Linie der Ergenekon-Politik ein. Erdoğan sagt es doch selbst: „ein Staat, eine Nation, ein Vaterland!“ Was unterscheidet ihn also von Kenan Evren, dem Putschgeneral von 1980? Oder vom derzeit inhaftierten Hursit Tolon? In gar nichts unterscheiden sie sich! Vor dem Gericht der Putschisten sagte der Faschistenführer Alparslan Türkeş einst: „Unser Geist ist an der Macht, doch wir sind im Gefängnis.“ Und nun sagen die Ergenekon-Verurteilten dasselbe. Nichts hat sich geändert.

Im Gegensatz dazu hat sich die PKK transformiert, da sie eine ehrliche Lösung fordert. Dabei trat die demokratische Gesellschaft hervor. Sie lehnt den Staat nicht komplett ab, verlangt aber eine Beschränkung seiner Kompetenzen, um sich den Raum für die eigene Entwicklung zu schaffen. So kann auch die kurdische Frage in der Türkei auf demokratischer Ebene weiter behandelt werden. In diesem Sinne hat die PKK eine Entwicklung durchgemacht. Sie hat sich in eine freie gesellschaftliche Bewegung verwandelt. Diese Bewegung hat das Staats- und Machtparadigma definitiv überwunden. Mit Nationalismus oder Chauvinismus hat sie nichts am Hut. Außerdem hat sie durch ihr demokratisches Prinzip den Pluralismus in der Gesellschaft weiterentwickelt. Von der realsozialistischen „Einparteienmacht“ und dem allgemeinen Staatsgedanken hat sie sich komplett gelöst. Aber gerade die AKP entwickelt sich zum „Einparteiensystem“ in Richtung Diktatur. Tayyip Erdoğan will nach Atatürk und İsmet İnönü der dritte mächtige Chef der Türkei werden. Die PKK hat dafür eine ethische Revolution durchgemacht. Diese Veränderungen empfand sie als notwendig. Die wurden auch stets schriftlich festgehalten und praktisch gelebt. Die PKK widersteht mit der geballten gesellschaftlichen Kraft jeglichen Attacken. Ihr erfolgreicher Widerstand ist dafür praktischer Maßstab, der Widerstand, der die ganze Zeit nicht gebrochen und besiegt werden kann.

Sie sagen: „Wir sind eins mit dem Islam!“ Was hat das damit zu tun? Was ist das für eine Einheit, die die KurdInnen seit Jahrhunderten verleugnet und getötet hat? Als in Amed (Diyarbakır) und Çewlik (Bingöl) Massaker an den KurdInnen begangen wurden, als der Scheich-Said-Aufstand niedergeschlagen war und alle erhängt wurden: Wo war dieser Islam? Wo war diese religiöse Einheit? Als Abdulselam Barzani oder Qazi Mohammed hingerichtet wurden, wo war die sogenannte muslimische „Brüderlichkeit“, die sie propagieren? Nichts von dem war vorhanden! Nun gibt es eine kurdische Geschwisterlichkeit, eine Einheit, die sich in der kurdischen Gesellschaft etabliert hat. Diese wollen sie uns rauben. Diese Einheit hat die PKK geschaffen und entwickelt. Trotz der unmenschlichen Unterdrückung und Beleidigung, die die KurdInnen erleben mussten, fühlen wir keinen Hass gegen die AraberInnen, TürkInnen oder IranerInnen. Nein, stattdessen wählten wir die PKK – die freie Gemeinschaft!

Wie bewerten Sie die Behauptungen einiger liberaler Intellektueller, der Staat habe sich entwickelt, die PKK nicht?

Wieso blieben die Friedensverhandlungen trotz der Bemühungen der PKK erfolglos?

Bereits 1993 erreichten Aufklärung und Organisierung des kurdischen Volkes ein beachtliches Niveau. In Anbetracht der globalen Veränderungen entwickelte Abdullah Öcalan schon damals eine friedliche Herangehensweise an die kurdische Frage. Dabei bekämpfte der faschistische, türkisch-chauvinistische Verleugnungsstaat mit allen verfügbaren und unmenschlichen Mitteln kurdische Organisationen und ihre UnterstützerInnen, um eine Lösung zu unterbinden. Er entwickelte spezielle Komplotte, wie zum Beispiel im Falle des

Angriffs mit den 33 getöteten Rekruten im Jahre 1993, das in Wirklichkeit vom Generalstab des Doğan Güneş durchgeführt und der Bewegung in die Schuhe geschoben worden war. Gegenüber den damit legitimierten Angriffen der türkischen Armee leistete die Bewegung einen langen Widerstand, der von 1993 bis 1998 zahlreiche Opfer fordern sollte. Als der Vorsitzende Öcalan trotzdem wieder auf eine friedliche Lösung setzte, erklärte er am 1. September 1998 den dritten einseitigen Waffenstillstand, der letztendlich mit dem Komplott vom 15. Februar 1999 endete.

Der Staat interpretierte die Friedensbemühungen der PKK stets als Schwäche und erhofft sich bis heute, diese „Schwäche“ für seine Vernichtungspolitik zu nutzen. Seine Rechnung ging auf, als wir das Komplott vom 15. Februar nicht erkannten, sodass wir in ein Vakuum fielen. Selbst wenn die Hinrichtung Öcalans abgewendet wurde, so konnten wir den Imralı-Prozess nicht auflösen.

Aber wir antworteten dadurch, dass wir uns in eine Transformation vertieften, die 1993 mit den Komplotten begann, womit wir uns philosophisch, ideologisch, politisch, strategisch und taktisch weiterentwickelten und die PKK zu einem international relevanten Akteur in Form einer Bewegung machten. So hielten die Bemühungen um eine friedliche Lösung an, was auch Gespräche und leider aber auch Gefechte in Gang setzte. Wenn wir uns diese Zeit vor Augen führen, so setzten sich die Volksaufstände fort, seit dem 1. Juni 2004 begannen wieder diverse militärische Auseinandersetzungen. Lösungen wurden gefordert, worauf die AKP-Regierung nicht wie erwünscht reagierte. Sie kündigte Lösungs- und Annäherungsbereitschaft an, was Hoffnungen weckte. Die PKK wiederum schuf mehrere Gelegenheiten, auf die die AKP nicht einging. Stattdessen gewann sie mit ihrer Hinhaltetaktik Zeit und Kraft, um mit US-Unterstützung einen umfassenden Vernichtungskrieg gegen uns zu führen. Das ist im Prinzip die Bilanz seit 2007.

Vor der Parlamentswahl in der Türkei waren die Friedenshoffnungen groß. Was aber ist passiert, dass die Situation wieder in einem Krieg eskalierte?

Als wir am 1. Oktober 2006 erneut einen einseitigen Waffenstillstand ausriefen, antwortete uns die AKP in Zusammenarbeit mit dem türkischen Generalstab und den USA mit einer umfassenden Kriegsoffensive. Dieser Krieg wurde ebenfalls auf politischer und ideologischer Ebene gegen uns und Herrn Öcalan ausgeweitet. Die am 14. April begonnenen Operationen werden bis heute ausgetragen. Wir verstehen dieses Unternehmen als einen „Politizid“, als die physische und mentale Ausmerzung aus dem politischen Geschehen. In diesem Zusammenhang drang die türkische Armee tief ins südkurdische/nordirakische Gebiet ein, wir ließen sie aber ins Leere laufen. Auch Apo widerstand der türkischen Vernichtungspolitik mit solidarisch-demokratischer Kraft und enthüllte von Imralı aus das taktische Kalkül der AKP. Die türkische Regierung hat zwar ihre Kriegskonjunktur wiederbelebt, aber es muss gesagt werden, dass die Kriegspolitik der USA und die wirtschaftlich-politischen Beziehungen der EU-Staaten im Mittleren Osten der AKP einen guten Nährboden bieten. Sie investieren nämlich die erbeuteten Ressourcen in den Krieg.

Eigentlich hatten die Gespräche der Regierung mit Imralı einen entscheidenden Punkt erreicht. Alle setzten ihre Hoffnungen auf die Wahlergebnisse vom 12. Juni 2011. Allerdings ergab sich mit dem NATO-Angriff auf Libyen eine neue Situation. Die Lösung der kurdischen Frage wurde schnell sekundär, nachdem die Türkei Gespräche mit den USA und Frankreich aufgenommen hatte. Es wurde ausgehandelt, dass der Lösungsprozess torpediert wird und die Regierung „grünes Licht“ für ihre Repression erhält, wogegen die AKP wiederum der NATO Unterstützung zusicherte.

Welche Rolle weisen die USA der AKP zu?

Die USA benötigen jegliche Unterstützung loyaler Staaten im Mittleren Osten, um die Veränderungen und Kriege in der arabischen Welt zu formen und vor allem zu kontrollieren. In dieser Hinsicht spielt der „gemäßigte Islam“ der AKP eine wichtige Rolle. Die Türkei setzt Hoffnungen in ihre seit 150 Jahren kreierte türkische Modernität, indem ihr Macht und Wege offeriert werden. Die gegenwärtige Macht in der türkischen Modernität nutzt diese Chance, um die Freiheits- und Demokratiebewegung einzustampfen und die KurdInnen mit Massakern zu bezwingen. Wir werden aber selbst in dieser kritischen Phase weiterhin Widerstand leisten.

Die Fethullah-Gülen-Gefolgschaft sagt: „Genauso, wie Sri Lanka die Tamilen zermalmt hat, werden wir die PKK zermalmen.“

Mit diesem Kalkül versuchte es die AKP, aber sie konnte uns nicht „zermalmen“. Weder ist die Türkei Sri Lanka, noch ist Kurdistan Tamil Eelam. Mit der Unterstützung der Gesellschaft ist die PKK de facto eine demokratische Volksbewegung. Eine Bewegung, die in der Lage ist, die Stärke und die Einheit von KurdInnen und türkischen demokratischen Kräften zu bündeln. Die AKP jedoch stützt sich lediglich auf die Hilfe der USA, um uns zu bekämpfen. Aktuell steht dagegen Syrien im Fokus.

Welche Entwicklungen könnte es im Mittleren Osten aus kurdischer Sicht geben?

Wie bereits erwähnt, wollen die USA in Anbetracht der zugespitzten Lage im Hinblick auf Iran und Syrien ihre geostrategische Partnerin, die Türkei, auf ihrer Seite wissen. Dafür will die Türkei die Vernichtung der kurdischen Bewegung. Auf der Waagschale liegen also auf der einen Seite Iran und Syrien und auf der anderen die KurdInnen und die PKK zur Verhandlung. Die opportunistischen Bestrebungen der AKP sollen zu einer Offensive von USA und EU gegen die KurdInnen führen. Außerdem sollen die USA die Massaker gegen das kurdische Volk ignorieren. Das ist eine Tatsache. Die Frage ist, ob die Pläne der Türkei aufgehen könnten. Fakt ist, dass die USA zwar die Türkei oder andere Staaten in geostrategischer Hinsicht brauchen, doch ebenso die KurdInnen. Die leben nämlich nicht nur im Norden, sondern auch im Süden, im Westen

und im Osten Kurdistans. Die USA können es sich nicht leisten, diese Realität zu übergehen.

Welche Politik verfolgen die USA? Sie benutzen zurzeit die Türkei, um die arabischen Führer zu stürzen. Auch Syrien soll gestürzt werden. Doch Herr Öcalan hat es bereits gesagt: Wenn der Iran ebenfalls fallen sollte, dann ist die Türkei an der Reihe. Diese US-Interventionen werden sich definitiv auch auf die Türkei auswirken. Aber dies würde dem kurdischen und türkischen Volk einen erheblichen Schaden zufügen, wovon wieder fremde Mächte profitieren werden. Wir wollten lediglich unsere Probleme unter uns lösen, damit die Menschen im Mittleren Osten etwas davon haben. KurdInnen und TürkInnen gemeinsam für ein gemeinsames Leben! Aber die fremden Hegemonien haben keine solchen Absichten. Die AKP ignoriert diese Tatsache und kann sich von ihren opportunen Zielen nicht lösen. Sie lässt sich von den USA und der EU mit Krediten und Waffen vollstopfen. Mit dieser Hilfe setzt sie sogar Chemiewaffen ein.



Gefangenentransport KCK-Gefangener zur Gerichtsverhandlung Foto: DIHA

Angesichts der aktuellen Lage, welche Art von Widerstand erwarten Sie?

Wir befinden uns in einer Widerstandsphase und -form, wir nennen sie mal „revolutionären Volkskampf“. Was auch immer behauptet wird: Der Kampf gilt unserem Recht auf freie Existenz. Der wird politisch oder als Guerillakampf praktiziert. Außerdem gibt es die Volksaufstände; das Volk leistet selbst Widerstand. Wir verfolgen daher eine dementsprechende Politik. Mit der Kraft aus dem Norden, Süden, Westen und Osten Kurdistans lassen wir die von außen unterstützten AKP-Angriffe ins Leere laufen und streben eine eigene Lösung an. Ebenso wollen wir die demokratischen Kräfte in der Türkei zueinanderführen und einen einheitlichen Protest initiieren. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Demokratische Kongress der Völker zu einer demokratischen Türkei führen wird.

Wieso beschuldigt die AKP stets die kurdische Bewegung, den Krieg zu bevorzugen?

Die AKP will provozieren. Sie animiert Europa und die USA, sich gegen die KurdInnen zu stellen. Auf solche Spielchen lassen sich die KurdInnen und die PKK nicht ein.

Wie werden Sie als PKK ins neue, 34. Kampfjahr kommen?

Das 34. Widerstandsjahr der PKK wird eine neue, intensive Phase werden. Die nach den Weltkriegen etablierten Regierungen, politischen Strukturen und Staatssysteme im Mittleren Osten stürzen oder lösen sich auf. Doch die Staaten existieren weiterhin und regenerieren sich. Wie sie sich aber entwickeln werden, ist ungewiss. In unserem 34. Jahr werden auch die verbliebenen Herrschaften stürzen, weil ihr Ende gekommen ist. Ihr Überleben ist ausgeschlossen. Die 40-jährigen Bemühungen der PKK sind an einem Wendepunkt angekommen.

Wie der Vorsitzende Öcalan es vorgeschlagen hatte, sind eine Konferenz und ein Kongress zur nationalen Einheit wichtig, um eine gemeinsame kurdische Perspektive zu schaffen.

Die Institutionalisierung der kurdischen, demokratischen Vereinigungen ist entscheidend.

Es wird sich zeigen, wer am Ende erfolgreich sein wird. Die AKP verfügt über gewisse Argumente. Aber die PKK hat mit dem kurdischen Volk auch ein mächtiges Wort mitzureden! Die kurdische Gesellschaft hat sich transformiert, genauso wie die PKK. Sie wollen eine Demokratie, die ein „Einparteiensystem“ in Kurdistan ablehnt und allen größenwahnsinnigen Vorstellungen der AKP einen Strich durch die Rechnung macht. Im Grunde ist die kurdische Bevölkerung aufgeklärt und hat die Freiheit gewählt. Sie ist entschlossen, frei zu leben. Wir sind davon überzeugt, dass die PKK in ihrem 34. Jahr die Machenschaften der AKP beenden wird. Diese externen Vernichtungs- und Verleugnungspläne, mit ihrem politischen und psychologischen Kalkül, werden ein Ende haben. Und stattdessen wird sich eine auf Solidarität und Geschwisterlichkeit stützende demokratische Lösung der kurdischen Frage erheben. Das wird sich auf eine Neustrukturierung des Mittleren Ostens auswirken, sodass mit einem freien Kurdistan eine demokratische Region einen Schritt näher rückt. Unsere Überzeugung und unser Kampf sind damit untermauert. Wir werden uns mit unserer ganzen Kraft einsetzen.

In diesem Sinne wünsche ich für das 34. Kampfjahr allen, die sich für ein freies Kurdistan, einen demokratischen Mittleren Osten und für die freie, demokratische Menschheit einsetzen, viel Erfolg. ♦

Die Türkei in der sich verändernden Lage im Mittleren und Nahen Osten

Die Türkei versucht einen Anteil an den Plünderungen zu ergattern

Interview mit Haluk Gerger

Haluk Gerger ist marxistischer Politikwissenschaftler und Nahostexperte aus Istanbul. Er war Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaften und internationale Beziehungen an der Universität Ankara. Nach Inkrafttreten der Militärputsch-Verfassung von 1982 war auch seine Tätigkeit wegen seiner politisch-kritischen Meinung beendet. Haluk Gerger ist Mitbegründer des Menschenrechtsvereins (IHD). Zwischen 1996 und 1999 war er Gastdozent an der TU Darmstadt. Neben sechs auf Türkisch erschienenen Büchern publiziert er als Kolumnist bei mehreren Zeitungen und Zeitschriften. Auf Deutsch erschien sein Buch »Die türkische Außenpolitik nach 1945 – vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung« (isp Verlag, Karlsruhe 2008). Für den Kurdistan Report sprach mit ihm Devriş Çimen.

Wenn wir uns die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten innerhalb des letzten Jahres anschauen, sehen wir, dass es durch den Arabischen Frühling, den Aufstand der Völker, zu einer Reihe von Veränderungen gekommen ist. Was muss man unter diesen Veränderungen verstehen?

Der Status quo im Nahen und Mittleren Osten wurde nach dem Ersten Weltkrieg durch die Außenministerien der Engländer und Franzosen im Sykes-Picot-Abkommen festgelegt.

Dadurch wurden die Gebiete des Osmanischen Reiches unter diesen zwei Kolonialmächten aufgeteilt. Die Araber wurden geteilt, künstliche Staaten, beherrscht von lokalen aristokratischen Dynastien wurden erschaffen. Diese Staaten wurden per Mandat oder in anderer Weise direkt von den Kolonialmächten abhängig gemacht. Es wurde die Republik Türkei errichtet und Kurdistan wurde auf vier Länder (Türkei, Irak, Syrien, Iran) aufgeteilt. Diese Kolonialpolitik hat nach dem Zweiten Weltkrieg und der Errichtung des israelischen Staates eine zusätzliche Dimension gewonnen. Der Widerstand Irans und der arabischen Welt gegen diesen Status quo, die starken Interventionen der USA in die Region und die Politik des Kalten Krieges trugen dazu bei, dass eine neue Phase für die Region begann. Infolge einer ereignisreichen Zeit wurde die iranische Mossadeq-Regierung durch einen britisch-amerikanischen Putsch gestürzt, der im Exil lebende Schah wieder ins Land zurückgeholt und die SAVAK-Diktatur errichtet. Die durch Mossadeq verstaatlichte Öl-Industrie im Land wurde wieder privatisiert und den Unternehmen der westlichen Welt wieder zur Verfügung gestellt.

In Ägypten, Irak und Syrien kamen linksnationale Regierungen an die Macht, welche mit Israel und dem USA-Großbritannien-Frankreich-Block im Konflikt standen. Später intensivierten sie ihre Beziehungen zur Sowjetunion. Als Reaktion darauf besetzte das Bündnis USA/Großbritannien den Libanon und Jordanien, stärkte in der Golfregion seine militärische und ökonomische Kontrolle, sagte dem Schah größere Unterstützung zu und stattete Israel mit Waffensystemen aus. Einer der wesentlichen Kollaborateure dieses imperialistischen Lagers in der Region ist schließlich auch die Türkei geworden. Und dieser Status quo, dessen Wurzeln eben bis zum Ersten Weltkrieg zurückreichen, fällt aktuell zusammen.

Im Zusammenhang damit sieht es so aus, als ob die Türkei außenpolitisch ein strategisches Bündnis mit den imperialistischen Mächten eingegangen ist und von diesen eine Mission für die Region auferlegt bekommen hat. Kann man sagen, dass die AKP-Regierung dazu benutzt wird, das Modell des „gemäßigten Islam" in den Nahen und Mittleren Osten sowie in die arabische Welt zu exportieren?

Was aktuell passiert, ist ein doppelter Prozess. Auf der einen Seite erheben sich die Völker gegen ihre linksnationalen Diktaturen, die mit der Zeit zu Feinden ihrer eigenen Bevölkerung geworden sind. In jedem dieser Länder versuchen die herrschenden Klassen und Schichten, das Militär und die zivile Bürokratie, die liberalen und religiösen Eigentumsbesitzer, eine Restauration einzuleiten, durch welche sie ihre Hegemonie aufrechterhalten können. Auf der anderen Seite intervenieren die westlichen Mächte, um auch nach den Aufständen ein Ergebnis zu erreichen, das im Einklang mit ihrer Globalisierung und Neuen Weltordnung steht.

Was die Rolle der Türkei angeht: Sie erhofft sich, dass beim Zusammenbruch des Status quo in der Region und dem Aufbau einer neuen Ordnung ein imperialistischer Beutetisch

zustande kommt, an welchem sie einen Anteil an den Plünderungen zu ergattern erhofft. Was aber noch wichtiger ist, die Türkei versucht die kurdische Dynamik in allen Ländern unter militärische, politische, ökonomische, soziale Kontrolle zu bringen und somit zu lähmen.

Der Imperialismus erwartet zweierlei von den Regimen, die er in der Region an die Macht bringen will. Zunächst einmal, dass sie in der Phase der Globalisierung eine entsprechende Rolle einnehmen und sich dem internationalen Kapitalismus unterordnen. Zweitens, dass sie sich in die Neue Weltordnung integrieren. Dazu gehört auch, dass sie sich mit Israel verständigen.

Somit soll entsprechend dem Greater Middle East Project der neue Status quo in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden. Nach diesen Plänen soll durch die Hand der neuen Regime, in den Ländern der Region, auf ihren Straßen, in den Familien, den Schulen, den Moscheen, den Kasernen, in allen Lebensbereichen der wilde Kapitalismus, die neoliberale Ideologie so institutionalisiert werden, dass sich die Abhängigkeitsverhältnisse permanent selbst reproduzieren. Die Türkei scheint für dieses Modell das ideale Beispiel, eine Art Inspirationsquelle, darzustellen. Mit der „gemäßigten" Form des Islam, der in historisch-kultureller Hinsicht für die Region von Bedeutung ist, gepaart mit einem „gemäßigten" Nationalismus, scheint in der Türkei mit der AKP eine ideologische Dynamik erfolgreich installiert worden zu sein, welche nun in die gesamte Region exportiert werden soll. Der Begriff „gemäßigt" bedeutet in diesen Zusammenhängen eigentlich „kollaborierend". Außerdem kann die Türkei bei Bedarf auch militärisch Zähne zeigen und somit bei imperialistischen Interventionen von Nutzen sein. Somit wird die Türkei sowohl durch ihre kulturell-historischen Bindungen als auch durch ihre militärischen Möglichkeiten als „Trojanisches Pferd" des Imperialismus benutzt und missbraucht.

Syrien ist im Mittleren Osten ein wichtiges Land. Während die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien in der Vergangenheit gut waren, scheint sich das nun verändert zu haben. Erdoğan gibt Erklärungen zu Assad und Syrien von sich, die sich anhören, als stammten sie von einem US-Sprecher. Zudem leistet die Türkei offene Unterstützung an die Opposition in Syrien. Wie ist diese Politik Erdoğans zu verstehen?

Syrien soll nach dem Irak und Libyen als letzter Staat zu Fall gebracht werden. Mit dem Sturz Syriens wäre die letzte Bastion der linksnationalen Regime, also des alten Status quo, eingenommen. Zweitens ist Syrien, genauso wie der Iran, wichtiges Rückzugsgebiet von Organisationen wie der Hisbollah oder der Hamas. Wenn Syrien fällt, wäre das zugleich auch ein großer Rückschlag für den Iran, weil dessen Verteidigungsstellung fallen würde. Und genau daher rührt auch die



„Die Folter auf Imralı ist Folter gegen das kurdische Volk" – Demonstration in Amed gegen die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan, der seit Juni 2011 ohne Kontakt zur Außenwelt ist. Foto: DIHA

Wichtigkeit dessen für die USA und Israel. Für die Türkei ist neben dem Zwang, den USA zu dienen, ein zweiter Punkt von Bedeutung. Und das ist die Existenz der Kurden dort. Denn für die Türkei ist die Situation der Kurden in allen Teilen gleich einem „innenpolitischen Problem". Früher versuchte sie gemeinsam mit dem Irak, dem Iran und Syrien, die kurdische Existenz einzuengen. Jetzt versucht sie dies, immer in Rücksprache mit den USA, allein im Rahmen ihrer strategischen Möglichkeiten. Nachdem nach der Irak-Intervention der USA die Kurden dort eigene Strukturen errichtet haben, fürchtet sie nun, dass in Syrien auch eine kurdische Dynamik entsteht, die außerhalb ihres Einflussbereiches liegt. Daher versucht die Türkei eine aktive Rolle bei den Sturzversuchen in Syrien zu spielen, sodass sie im Nachhinein auch über ein Mitspracherecht verfügt. Sie provoziert den Krieg und ist auch bereit, an vorderster Front Soldaten zu stellen. Grund hierfür sind Kalkulationen, nach denen sie durch eine neu geschaffene Situation über genug Initiativkraft verfügen könnte, um Südkurdistan (Nordirak) zu umzingeln, und sich so auch neue Vorteile in ihrem Kurdenkrieg verschaffen könnte. Natürlich beinhaltet dieser Plan auch strategische Überlegungen hinsichtlich des Irans und Iranisch-Kurdistans/Ostkurdistans.

Zwischen der Türkei und Israel gab es Reibereien. Es scheint, als würden sie Konflikte haben, aber jegliche Zusammenarbeit und strategischen Abkommen bleiben unangetastet. Zudem wird gemeinsam mit Deutschland die Zusammenarbeit gegen die Kurden wie gehabt fortgesetzt, aber gleichzeitig erscheint es mit den türkischen Vorwürfen gegen deutsche Stiftungen, als würden die Probleme zwischen beiden Staaten vorherrschen. Am Beispiel Israels und Deutschlands wird an der türkischen Außenpolitik deutlich, dass sie nach außen hin radikal und angriffslustig auftritt, eigentlich aber genau das Gegenteil praktiziert. Können Sie uns näher erläutern, was es mit dieser Strategie auf sich hat?

Die Türkei und Israel stehen seit 1950 in einem strategischen Bündnis und beide Staaten verkörpern zugleich die Schlagkraft des Imperialismus. In den 1950er Jahren wurde das Bündnis in Form des „Geisterpakts" geheim gehalten. Grund hierfür war, dass die Türkei der wichtigste Kollaborateur der USA in der Region war und man nicht wollte, dass sie den Groll der arabischen Länder auf sich zieht. Nach den 1970ern war die Türkei von arabischem Öl und arabischen Finanzmitteln abhängig. Zugleich war die linke Opposition im Lande dabei zu erstarken. Daher war man genötigt, die Beziehungen zu Israel zeitweise einzufrieren. Aber spätestens seit den 90er Jahren war sowohl die außen- als auch die innenpolitische Situation geeignet, die Beziehungen zu Israel offen weiterzuführen. Und diese „Blutsbruderschaft" hält bis heute an. Aber mit der Erlaubnis der USA sah die Türkei sich jetzt zu einem gewissen Verhalten gegenüber Israel veranlasst. Denn immerhin musste sie mit den Staaten und den Völkern der Region in einen Dialog treten, also ihrer Rolle als „Trojanisches Pferd" gerecht werden. Natürlich musste sie eine harte Reaktion gegen Israel an den Tag legen, um mit dem Iran im Auftrag des Imperialismus Beziehung und Dialog aufnehmen zu können. Natürlich musste sie Israel scharf kritisieren, um im Namen des Westens einen Dialog mit den Palästinensern und der Hamas aufbauen zu können. Und natürlich musste sie die Besetzung der Golan-Höhen durch Israel öffentlich kritisieren, um Verbindungskanäle zu Syrien öffnen zu können. Neben diesen Gründen weiß auch die Türkei, dass Israel für die ohnehin in der Krise befindlichen USA anfängt eine Last zu werden. Die Türkei fährt daher eine „Spannungspolitik" gegen Israel, um es weiter zu isolieren und somit selbst zum Hauptpartner des Imperialismus in der Region aufzusteigen, wodurch sie sich noch mehr finanzielle, politische und strategische Unterstützung erhofft. Daher kann man die Diskussionen der letzten Zeit als einen Zusammenprall zweier miteinander konkurrierender Akrobaten verstehen, die am selben Seil hängen, sich aus derselben Quelle nähren. Der Fall der Äußerungen zu den deutschen Stiftungen hingegen war demgegenüber eher ein innenpolitisches Manöver. Die Aussage geschah, um die nationalistischen, konservativen und antiwestlichen Teile der Bevölkerung zu befriedigen. Zudem war es eine billige Politik, um die Zusammenarbeit von sozialen und zivilen Einrichtungen aus Deutschland mit den kurdischen Stadtverwaltungen zu beschädigen.

Die Türkei versucht im Nahen und Mittleren Osten ihre strategische Bedeutung zu vermarkten, um dadurch Unterstützung gegen die PKK zu erlangen. Welche Bedeutung haben die Kurden und die PKK außenpolitisch und wirkt sich die türkische Außenpolitik auf die Kurden aus?

In der türkischen Außenpolitik gibt es zwei grundlegende, strukturelle, verknöcherte Besonderheiten. Erstens die vielseitige Abhängigkeit vom Imperialismus. Zweitens die Unterstützung des Imperialismus bei ihrem militärisch-politisch-ökonomisch-ideologischen Krieg gegen die Kurden. Wenn die Türkei in Bedrängnis gerät und die kurdische Frage immer mehr zu einer internationalen Frage wird, und das liegt in ihrer Natur, dann verspürt sie umso mehr dieses Bedürfnis nach Unterstützung und erklärt die kurdische Frage und die PKK-Dynamik zum grundlegenden Pfeiler ihrer Außenpolitik. Damit bestimmt die Politik der Lösungslosigkeit und der Gewalt in der kurdischen Frage nicht nur die innenpolitische Situation der Türkei, sondern zerstört auch ihr außenpolitisches Gleichgewicht und wird somit zur „Mutter aller Probleme". Auch für die kleinste Unterstützung gegen die Kurden vergibt die Türkei unglaubliche Konzessionen an fremde Länder, Unternehmen und Institutionen und bietet in erheblichem Maße wirtschaftliche und politische Zugeständnisse an. Und je mehr sie sich in dieser inneren und äußeren Instabilität windet, desto mehr versinkt sie. Die Niederlagen, welche die Türkei im Kampf gegen die Kurden erleidet, wirken sich auch auf ihre Außenpolitik aus. Auch dort erleidet sie dadurch große Schäden. Man kann also zusammenfassend sagen, dass der Kampf gegen die Kurden bzw. gegen die PKK-Dynamik zu einem täglichen, dringenden, strukturellen und grundlegenden Ziel der Türkei geworden ist. ♦

Trägt es eigentlich zur Lösung bei, dass so viele Menschen verhaftet werden?

Die Türkei hat ihre letzte Chance noch nicht verspielt

Sırrı Sakık, BDP-Abgeordneter aus Muş

Die Türkei macht derzeit einen schwierigen Prozess durch. Falls diese kritische Lage nicht beendet und der Demokratie der Weg nicht geebnet werden sollte, steht zu befürchten, dass das Land mit noch mehr Leiden und Krisen konfrontiert wird und unser gesellschaftlicher Friede ernste Wunden davonträgt.

Da jeden Tag Militäroperationen und Verhaftungen stattfinden, kann behauptet werden, dass die Zeit des Militärputsches damit weit übertroffen wird.

Seit dem Jahr 2009 sind im Rahmen der KCK-Operationen 7 815 Personen festgenommen worden, und mindestens 3 500 davon sind noch in Haft. Unter diesen befinden sich 5 vom Volk gewählte Parlamentarier und 15 Bürgermeister der BDP. Der Innenminister beziffert die Zahl der Verhafteten auf 750. Diese genannte Zahl entspricht jedoch nur jener der Frauen. Zusätzlich wurden außerhalb der KCK noch weitere Personen in Haft genommen. Es wurden Demonstrationen gegen die Aufhebung der Immunität von Ahmet Türk und Aysel Tuğluk organisiert; es wurden Plakate mit der Aufschrift „Kein Betätigungsverbot für die DTP“ getragen ... oder in der Stadt Muş wurde ein Zelt aufgestellt, in dem öffentlich über die demokratische Lösung der Kurdenfrage nachgedacht werden sollte, dort wurde auch ein Plakat „Keine Gewalt, sichert den Frieden“ getragen. Menschen werden aufgrund ihrer oppositionellen Haltung zum Terrorismusbekämpfungsgesetz und dem Türkischen Strafgesetzbuch sehr schnell verhaftet. Obwohl sie keine Mitglieder der PKK sind, werden die Verhafteten der Propaganda beschuldigt, und es werden hohe Freiheitsstrafen für sie gefordert.

Wenn feststeht, dass jemand Kurde oder Kurdin ist, dann wird er oder sie in die KCK-Akte mit einbezogen.

Unserer Partei BDP fehlen die finanziellen Mittel. Die Parlamentarier und Bürgermeister der BDP geben 10 % ihres Gehalts an die eigene Partei weiter, weil wir als politische Partei keine staatliche Unterstützung erhalten. In jedem Haus werden Spardosen aufgestellt, in die die Kinder Münzen werfen. All dies wird als Unterstützung der KCK gewertet.

Die Verhafteten sitzen seit ca. drei Jahren im Gefängnis. Da die Gerichte jede Verteidigung in der Muttersprache verbieten, fanden bis jetzt keine Vernehmungen statt und mit Verurteilungen wurde bislang auch nicht begonnen.

Trägt es eigentlich zur Lösung bei, dass so unglaublich viele Menschen verhaftet wurden? Wir erleben dies, weil die Kurdenfrage nach wie vor ungelöst ist. Tausende Menschen werden deshalb als „Terroristen“ in die Gefängnisse gesteckt. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird sich daran nichts ändern.

Um den Standpunkt der Türkei zu veranschaulichen, muss man sich einmal vor Augen halten: Weltweit sind insgesamt 35 117 Menschen wegen Terrorismus verhaftet, 13 000 davon allein in der Türkei.

Weltweit sind 645 Journalisten in Haft. Davon 70 in unserem Land.

In beiden Fällen stehen wir weltweit an erster Stelle. Das heißt, jede/r Oppositionelle ist als potentielle/r Terrorist/in miterfasst und die langen Haftzeiten machen die autoritären Strukturen deutlich. So viele Verhaftete gibt es nicht etwa in Ägypten, in Damaskus oder in Tunesien, sondern in der Türkei, in dem Land, das im Mittleren Osten als Modell präsentiert wird. Kann die Türkei in diesem Zustand eine Vorreiterrolle für Demokratie, Frieden, Dialog und Einigung spielen?

Der Ministerpräsident legt den Diktatoren im Mittleren und Nahen Osten nahe, auf die Stimme des Volkes zu hören. Aber er selbst unterdrückt die Stimme der eigenen Bürger, hört ihnen nicht zu, bringt sie zum Schweigen und verhaftet diejenigen, die Widerstand leisten.

Wir akzeptieren diesen Zustand der Türkei nicht, er kann auch nicht mit stillschweigender Zustimmung hingenommen werden.

Wir fragen vor allem: Wenn Ihr Menschen verhaftet, die sich in demokratischem Rahmen politisch betätigen, mit wem könnt Ihr dann die Verhandlungen führen? Wem werdet Ihr dann Eure Hand reichen? Der Ministerpräsident sagte: „Kampf dem Terrorismus, Verhandlungen mit der Politik.“ Und mit wem wird er denn verhandeln? Die BDP wird auf dem politischen Feld so behandelt, als würde sie gar nicht existieren. Es wird alles versucht, damit sie ja nicht ihre Stimme erhebt. Und wie sollen überhaupt Verhandlungen stattfinden? Werdet Ihr die Gespräche mit der Polizei führen oder mit den Staatsanwälten, die mit besonderen Befugnissen ausgestattet sind?

Die politische Tradition, aus der die AKP hervorgegangen ist, war mit ähnlichen Repressionen konfrontiert gewesen. Die Medien wurden ausgeschaltet; sie wurden zum Schweigen gezwungen; sie waren Verschwörungen ausgesetzt; sie haben den 28. Februar[1] erlebt. Seit sie an die Macht gekommen sind, tun sie nun den Kurden – also den oppositionellen Kräften der Türkei – das an, was sie selbst erlebt haben. Ist das mit Gewissen und Moral zu vereinbaren? Ist das akzeptabel?

Kürzlich wurden Anwälte von Abdullah Öcalan festgenommen und anschließend inhaftiert. Diese Rechtsanwälte besuchen ihn seit 2009 auf der Gefängnisinsel Imralı und beraten ihn dort. Es wird sehr viel behauptet: Es heißt, es seien Anweisungen erteilt worden. Aber die Anwaltsgespräche finden unter staatlicher Bewachung statt und sie werden auch aufgenommen. Falls schuldrelevante Inhalte bemerkt wurden, warum hat man mit den Ermittlungen nicht sofort begonnen? Warum hat man zuerst ein Auge zugedrückt? Wenn die Anwälte schuldhaft gehandelt haben, dann ist der Staat an dieser Schuld beteiligt. Außerdem wurde die Information lanciert, dass die Verbindung zwischen Imralı und Kandil durch staatliche Institutionen hergestellt worden sei.[2] Die Staatsorgane haben Botschaften überbracht, all dies mit Wissen des Staates. Schließlich sagte der Ministerpräsident: „Der Staat kann Gespräche führen, wenn es notwendig ist“, und er wies damit auf den Kontakt mit Imralı hin. Die Beratungen der Anwälte sind jetzt auf einmal Gegenstand von Schuldzuweisungen, weil sich die Umstände geändert haben.

Für der Korruption Beschuldigte aus der Fußballwelt wurden innerhalb von acht Monaten zwei neue Gesetze beschlossen, aber das Heft für die Erweiterung der Freiheiten wurde noch immer nicht aufgeschlagen. Für diejenigen, die wegen Terrorismus verurteilt werden, rührt sich niemand von der Stelle. Nur weil eine Frau ein Plakat trägt, wird sie zu fünf Jahren Haft verurteilt. Gegen diesen Rechts-, Demokratie- und Freiheits-Genozid erhebt niemand seine Stimme.

Seit dem Einsatz chemischer Waffen gegen die kurdischen Freiheitskämpfer sind vier Wochen vergangen. Die Familien warten noch immer vor der Leichenhalle. Die Leichname sind unkenntlich gemacht worden. Der DNA-Test führt zu keinem Ergebnis. Der Staat muss bekannt geben, welche Art von Waffen eingesetzt wurde.

Der Ministerpräsident kann sich mit dieser Politik bei den Kurden nicht durchsetzen. Er kann damit nur ablehnende Reaktionen und Unmut hervorrufen. Es ist zwar eine Tugend, sich wegen des Genozids in Dersîm (1938) öffentlich zu entschuldigen. Es ist aber brutal, dass die gleiche Politik heute noch praktiziert wird. Auch heute wird noch politischer Völkermord begangen.

Die Türkei muss sich so bald wie möglich von ihrer diskriminierenden Politik gegenüber den Kurden und von ihren autoritären Praktiken trennen. Der Angriff auf die Suche der Kurden nach Demokratie und Frieden schadet gleichzeitig der Demokratie der Türkei. Die Schere zwischen dem Westen und dem Osten der Türkei klafft immer weiter auseinander.

Die Türkei hat ihre letzte Chance noch nicht verspielt, sie könnte also trotz negativen Erfahrungen Frieden stiften. ♦

Fußnoten:
1- 28.02.1997: „postmoderner Putsch“; der Nationale Sicherheitsrat setzte die Koalitionsregierung von Refah Partisi (eine Vorgängerin der heutigen AKP) und DYP unter Ministerpräsident Erbakan wegen „fundamentalistischer Aktivitäten“ unter Druck, was schließlich im Juni 97 zum Rücktritt Erbakans und dem Ende der „Refahyol“-Regierung führte, bevor die RP Anfang 1998 wegen „anti-laizistischer Aktivitäten“ endgültig verboten wurde.
2- Im Verlauf des Jahres gab es auf verschiedenen Ebenen zunächst geheime türkisch-kurdische Gespräche; in der einen oder anderen Form beteiligt waren zumindest Abdullah Öcalan und staatliche Delegationen auf Imralı, die PKK und der Nationale Geheimdienst MIT in Oslo, die KCK in Kandil.



Auf Beerdigungen getöteter Mitglieder der Volksverteidigungskräfte HPG zeigt die Bevölkerung ihre Verbundenheit mit der Freiheitsbewegung PKK. Foto: DIHA

8. Internationale EUTCC-Konferenz im EU-Parlament Brüssel

„Universelle Rechte, kurdische Selbstbestimmung und die Kämpfe um die neue Verfassung“

Ulf Petersen

Die EU Turkey Civic Commission (EUTCC) hielt am 7. und 8. Dezember 2011 ihre 8. internationale Konferenz unter diesem Titel ab. Die EUTCC wurde im November 2004 vom Bar Human Rights Committee (Großbritannien), der Rafto Foundation (Norwegen), dem Kurdish Human Rights Project (Großbritannien) und Medico International (Deutschland) gegründet. Die Aufgabe der EUTCC ist es, „die Mitgliedschaft der Türkei in der EU voranzubringen und die Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte sowie eine friedliche, demokratische und langfristige Lösung der kurdischen Situation zu garantieren“ (Zitat aus der Selbstdarstellung). Schirmherren und -damen sind unter anderem die Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu (Südafrika) und Shirin Ebadi (Iran), Bianca Jagger und die kurdische Politikerin Leyla Zana. Letztere war anwesend und hat die erste Eröffnungsrede gehalten.

Die in diesem Jahr verschärfte Repression und die Massenverhaftungen in der Türkei waren ein durchgehendes Thema. Der Anwalt Cengiz Çiçek war eingeladen, wurde aber am 22. November gemeinsam mit 45 KollegInnen aus der ganzen Türkei verhaftet. Er ließ der Konferenz Grüße aus dem F-Typ- Gefängnis in Kandira ausrichten und wurde durch Mahmut Şakar vom Demokratie und Rechtsverein MAF-DAD vertreten (s. S. 18). Im Folgenden einige Eindrücke von den zwei Konferenztagen.

Ertuğrul Kürkçü, Abgeordneter im türkischen Parlament für die BDP aus Mersin und Sprecher des Kongress für eine Demokratische Gesellschaft DTK, erklärte am ersten Konferenztag, dass die BDP keine kurdische Partei, sondern eine demokratische türkische Partei mit Schwerpunkt auf der kurdischen Frage sei: „Jedes Oppositionsthema ist unsere Sache, die wir gemeinsam mit anderen Kräften aufgreifen.“ Außerdem war er der einzige Redner, der fragte, warum es keine kurdische Übersetzung auf der Konferenz gäbe (Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch, Dänisch und Flämisch wurden angeboten).

Der zweite Tag begann mit dem Thema „Zivilgesellschaftliche Organisationen: Vorschläge für eine neue Verfassung“. Bis 2009 wurde die kurdische Identität in der Türkei nicht anerkannt, seit 2009 wird sie akzeptiert, aber die kurdische Bewegung soll nun vernichtet werden, stellte **Öztürk Türkdoğan** (s. S. 20), Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, fest. Die Amtssprache mag Türkisch sein, aber das Recht, Kurdisch und andere Sprachen zu benutzen, müsse in der neuen Verfassung garantiert werden. Er stellte Anforderungen an eine neue Verfassung. Sie müsse sich auch gegen den Militarismus richten und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einschließen. Das Recht auf demokratische Autonomie für die kurdische und andere Regionen sollte aufgenommen werden. Dieses Recht auf Selbstbestimmung meint keine staatliche Unabhängigkeit der Regionen. „Eigentlich sollte man in Konfliktsituationen keine neue Verfassung schreiben“, warnte er, das Mindeste sei ein dauerhafter Waffenstillstand.

Ayhan Bilgen, Menschenrechtsaktivist, Journalist und Schriftsteller aus der Türkei, betonte, dass die Präambel und der erste Artikel der Verfassung[1] geändert werden müssten, die Anerkennung der anderen Muttersprachen sei zentral.

„Wenn Ihr modern sein wollt, müsst Ihr türkisch-sunnitisch sein“, das sieht **Ayşegül Devecioğlu**, Aktivistin für Frauenrechte, Journalistin und Schriftstellerin (Türkei), als Linie der AKP-Politik. Die Diskussion über eine neue Verfassung finde im Schatten des 30 Jahre andauernden Krieges statt. Wie viele TeilnehmerInnen war sie besorgt und hatte Schwierigkeiten, die Hoffnung zu bewahren. „Ich habe mich gefragt, warum ich überhaupt hergefahren bin“, sagte sie am Ende ihres Beitrages.

Auf die kurz vor der Konferenz von Erdoğan ausgesprochene Entschuldigung für das Dersîm-Massaker von 1938 antwortete **Kemal Bülbül**, zweiter Vorsitzender der Föderation der Aleviten (Bektashi-Organisation): „Eine Entschuldigung reicht nicht aus, eine Untersuchungskommission ist nötig.“ Und weiterhin spreche der Regierungschef oft von „einer Nation, einer Sprache, einer Fahne.“. Damit lebe Hitlers Geist in der Türkei weiter. Er zitierte Martin Luther Kings Ausspruch „Ich habe einen Traum“ und ergänzte „aber ich habe langsam Angst zu träumen“.

Ihsan Dağı, Professor an der Technischen Universität des Mittleren Ostens und Kolumnist, meinte, dass eine schwache Türkei das Problem nicht lösen könne – nur eine gestärkte Türkei, die keine Angst vor Vielfalt habe. Zu den Anforderungen an eine neue Verfassung zählte er neben der Lösung der kurdischen Frage eine zivile Führung des Militärs und eine Überprüfung des Status der Religionsbehörde Diyanet. Eine „post-kemalistische“ Verfassung sei nötig. Für einen politischen Konsens wäre die CHP eigentlich wichtig, sie habe aber Probleme mit ihrer nationalistischen Basis und Wählerschaft.

Michael Ivers vom Bar Human Rights Committee aus Großbritannien argumentierte, dass die Umwandlung von einer Mili-

tärherrschaft zu einer Demokratie „keine Raketenwissenschaft" sei. Es gäbe Vorgehensmodelle, viele Länder hätten diese Erfahrung gemacht. Er betonte die Wichtigkeit des 2004 ergänzten Artikels 90[2] der jetzigen türkischen Verfassung, nach dem die Gültigkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bereits jetzt nicht durch die Verfassung eingeschränkt werden könne. Politiker müssten also gegen die gültigen Artikel der EMRK argumentieren. Wenn diese in einer neuen Verfassung nationalisiert werden, wären sie wirksamer, weil sie nicht mehr als etwas Fremdes aus Straßburg abgetan werden könnten.

In der Diskussion zu diesem Block stellte der BDP-Abgeordnete **Ahmet Türk** fest, dass sich für die Kurden nur wenig geändert habe. Michael Ivers hielt dagegen, dass die Diskussionen über eine neue demokratische Verfassung ein positives Zeichen seien. Auch Ihsan Dağı meinte, dass die Fortschritte nicht geleugnet werden dürften. „Wir bekommen keine Luft mehr", entgegnete Ayşegül Devecioğlu und wies darauf hin, dass die Verhaftungen sich sogar verstärkten, als die BDP ins Parlament ging, um sich an der Arbeit für eine neue Verfassung zu beteiligen. Und Öztürk Türkdoğan ergänzte, dass seit zehn Jahren die Ideologie des islamischen Türkentums durchgesetzt werden würde.

In einem eigenen Diskussionsblock wurden die internationalen Erfahrungen mit Transformationsprozessen von VertreterInnen aus Südafrika, Wales und Indien behandelt. **Essa Moosa**, Richter aus Südafrika und Mitglied im EUTCC-Vorstand, wurde in einer späteren Diskussion gefragt, wie der ANC die Regierung davon überzeugt hatte zu verhandeln. Er nannte drei Faktoren: 1. der Kampf der Bevölkerung; 2. der bewaffnete Kampf; 3. der Druck der internationalen Gemeinschaft. Der Sitzungsleiter Hans Branscheidt ergänzte, dass der ANC in den 1970er Jahren international isoliert war und erst Anfang der 80er u. a. mit Hilfe der südafrikanischen Kirchen die internationale Öffentlichkeit erreichen konnte.

In ergänzenden Bemerkungen zur türkischen Verfassungsdiskussion ging **Yıldırım Türker**, Kolumnist der türkischen Zeitung „Radikal", noch einmal auf Ihsan Dağıs Aufforderung ein, die heutige Situation nicht mit den 80er Jahren gleichzusetzen. Er meinte, dass Leyla Zana zwar jetzt frei und hier auf der Konferenz sein könne, aber: „Die ganze Türkei ist heute ein halboffenes Gefängnis, es ist nicht zentral, ob man gerade in Haft ist oder nicht."

Den letzten Diskussionsblock „Friedensinitiativen für eine politische Verhandlungslösung" leitete **Songül Karabulut**, Vertreterin des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) ein. Sie stellte fest, dass es von Seiten der AKP keinen Lösungsvorschlag für die kurdische Frage gäbe. Dies ist wichtig, weil Erdoğan sich immer noch als Reformer präsentiert.

Cengiz Çandar, prominenter Journalist für die Zeitung „Radikal", nahm zum vierten Mal an der EUTCC-Konferenz teil und hatte nun das Gefühl, „in einer Sackgasse gelandet zu sein". Er war vor sechs Monaten an einem Bericht zur kurdischen Situation beteiligt. In diesem wurde gesagt, was die Türkei nicht tun sollte. Genau das hat sie aber getan. Zum Beispiel sei durch die Verhaftungen verhindert worden, dass die akademische Welt sich in die Debatte einmischt. Die International Crisis Group (ICG) habe das Gleiche gesagt, es bräuchte vertrauensbildende Maßnahmen statt der KCK-Verfahren. Weiterhin sagte er: „Abdullah Öcalan mag für manche Leute ein Teil des Problems sein, er muss aber auch Teil der Lösung werden."

Hugh Pope, Projektleiter der International Crisis Group (ICG), teilt die Kritik an der AKP und dem türkischen Staat, übt aber auch Kritik an der kurdischen Bewegung. So hält er die Forderung nach „Demokratischer Autonomie" für kontraproduktiv, da sie im Westen der Türkei als Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan wahrgenommen werde. Außerdem sei sie nicht klar definiert. Weiterhin übte er Kritik daran, dass die Guerilla zivile Opfer riskiere und auch die Angehörigen von Polizisten angreifen würde. Die jetzige Eskalation des Krieges führt er aber vor allem auf den Niedergang des EU-Annäherungsprozesses zurück.

„Zu sagen ‚ich bin stolz, Kurde zu sein' bedeutet ja nicht, den Staat in Frage zu stellen", und wenn die Grundrechte gesichert seien, wäre es auch kein Problem, die Region „Kurdistan" zu nennen. Dies entgegnete **Selahattin Demirtaş**, stellvertretender Vorsitzender der BDP. Die Öffnungen in der kurdischen Frage waren strategische Schritte einer Säuberungspolitik – „für uns sieht das aus, als ob es keinen Fortschritt gegeben hätte". Die Forderung der Demokratischen Autonomie ist für ihn ein Ergebnis des Traumas durch das türkische Modell, seit 80 Jahren zu türkisieren und zu sunnisieren. Der Kern der Demokratischen Autonomie seien die Regional- und Bezirksversammlungen, deren Entscheidungen die Grundlagen für Gesetze sein sollten.

Mahmut Şakar erklärte, dass der von Abdullah Öcalan eingeleitet Paradigmenwechsel von der kurdischen Bevölkerung aufgenommen wurde und dazu geführt habe, dass chauvinistische und rassistische Herangehensweisen sie noch nicht von dem Wunsch abgebracht hätten, gemeinsam mit der türkischen Bevölkerung zu leben. Letztlich sei die kurdische Frage heute wesentlich ein Phänomen, das Öcalan und die PKK im Rahmen eines Identitäts- und Demokratisierungsproblems bestimmt und formuliert hätten.

Zum Ende ging der belgische Anwalt **Jan Fermon** (PROGRESS Anwälte-Netzwerk) auf die EU-Terrorlisten ein. Er sagte: „Wenn man jemanden als kriminell und terroristisch bezeichnet, bleibt für diese ‚teuflische' Seite nur die vollständige Kapitulation." So verhindere man eine nachhaltige Lösung. „Wenn man kurdische Organisationen auf eine Terrorliste setzt, bedeutet das die Übernahme der Politik der türkischen Falken." Und der türkische weite Terrorbegriff würde mehr und mehr in Europa übernommen. Das sei ein Rückfall in die Zeit vor 1945, als galt: Was der Staat tut, ist richtig. Oppositionelle galten automatisch als kriminell. Er forderte: „Die EU sollte in Europa tätige Politiker und Sprecher der PKK nicht länger kriminalisieren."

Die Abschlussresolution macht das Dilemma der EUTCC deutlich: Sie wiederholt im Wesentlichen die Punkte der letzten Konferenzen. Vielleicht könnte zwischen den Konferenzen intensiver mit den Ergebnissen gearbeitet werden, um so den Wirkungskreis auszuweiten. ♦

1- „Diese Verfassung, die die ewige Existenz des türkischen Vaterlandes und der türkischen Nation sowie die unteilbare Einheit des Großen Türkischen Staates zum Ausdruck bringt (...)"

2- „Die verfahrensgemäß in Kraft gesetzten völkerrechtlichen Verträge haben Gesetzeskraft. Gegen sie kann das Verfassungsgericht mit der Behauptung der Verfassungswidrigkeit nicht angerufen werden. (...)"

Rede auf der 8. EUTCC-Kurdistan-Konferenz

Die Rolle Abdullah Öcalans

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt

Ich grüße Sie alle, mein Name ist Mahmut Şakar und ich war vom März 1999 bis zu meinem Ausschluss durch die Türkei 2005 Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan. Seitdem betreue ich Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Eigentlich sollte mein Kollege Cengiz Çiçek bei dieser Veranstaltung sprechen. Auch ihm war im August 2011 per Gerichtsbeschluss die Mandatsvertretung für Öcalan verboten worden. Am 22. November 2011 wurde er bei einer Razzia, die zeitgleich in 16 Provinzen stattfand, mit 45 anderen Berufskollegen festgenommen, sein Büro, seine Wohnung wurden durchsucht und er wurde mit 33 Kollegen in Haft genommen. Ebenso wie die Anwälte, die hier in den letzten vier Jahren gesprochen haben und anschließend verhaftet wurden, wurde auch er festgenommen, aber ohne seine Rede halten zu können.

Zurzeit sitzt er in Kocaeli im F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis Kandira 2 und lässt Sie alle grüßen.

Für diejenigen, die die aktuelle Situation nicht so recht verfolgen konnten, gebe ich einen kurzen Überblick. Nachdem Premierminister Erdoğan das Rechtsbüro des Jahrhunderts zur Zielscheibe gemacht hatte, fand dort eine zentrale Razzia statt. Gesetzeswidrig wurden alle Akten durchsucht und beschlagnahmt. Die Medien verbreiteten, obwohl die Aussagen der Rechtsanwälte noch nicht aufgenommen waren, Falschmeldungen und vorverurteilten sie so schon öffentlich, die Richter haben dann die notwendigen technischen Details zu Ende geführt.

Zudem konnte seit dem 27. Juli kein Treffen mehr mit Herrn Öcalan durchgeführt werden. Während dieser Zeit durfte ihn nur ein Mal seine Familie sehen. Wir alle wissen, auch wenn technische Probleme angeführt werden, dass es eine politische Entscheidung ist, ihn nicht besuchen zu dürfen. Auch der Premierminister und andere Minister verheimlichen die zentrale Entscheidung in dieser Frage nicht und erklären, dass die Isolation weiter bestehen wird.

Diese beiden zu Anfang von mir eingebrachten Sachverhalte stehen in direkter Verbindung mit unserem Thema. Diese neue Politik gegen Öcalan und seine Rechtsanwälte wird durchgeführt in dem Wissen, dass er eine zentrale Stellung für den Frieden und bei Verhandlungen einnimmt.

Ich werde zunächst die bekannten Fakten der Reihe nach aufführen:

1. Herr Öcalan ist seit etwa 1993 bis heute in der kurdischen Frage und bei einer friedlichen Lösung der direkte und indirekte Verhandlungspartner.

Herr Öcalan hat, um einer friedlichen Lösung den Weg zu bereiten, historische und strategische Entscheidungen getroffen, wie den Waffenstillstand und den Rückzug der Guerilla von türkischem Boden. Er hat selbst erklärt, dass er das so weit wie ihm möglich tut.

2. Um den Weg freizumachen für eine schrittweise Reduzierung und die vollständige Auflösung der bewaffneten Kräfte als Teil der Lösung, sorgte Abdullah Öcalan über seine Rechtsanwälte mit einem Aufruf dafür, dass 1999 eine Gruppe Guerillas ihre Waffen niederlegte und in die Türkei kam. Im Rahmen eines weiteren Aufrufes reiste eine Gruppe aus Europa in die Türkei ein. Ein Teil der damals Eingereisten aus diesen Gruppen sind immer noch im Gefängnis. Sie haben, um die Risiken wissend, weil es Öcalans Wunsch war, seine Friedensbemühungen unterstützend ihre Freiheit geopfert. Im Oktober 2009 reiste über den Grenzübergang Habur, ebenfalls dem Aufruf Öcalans folgend, eine weitere Gruppe ein.

3. Es geht noch weiter; er selbst hat den größten Beitrag für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage samt den geistigen und philosophischen Dimensionen geleistet und dieses Denken fast allen Kurden eingepflanzt. Er selbst brachte es zur Sprache, dass die Lösung des nationalen Problems der kurdischen Frage nicht unbedingt über die Gründung einer neuen Nation – eines Staates – geht, sondern dass es auch die Möglichkeit einer freiheitlichen und demokratischen Lösung gibt, ohne die Grenzen anzugreifen. Er hat dies als neue strategische Änderung in der gesamten kurdischen Politik und Gesellschaft durchgesetzt und somit den Verlauf konstruktiv beeinflusst.

4. Trotz allem leitete er aufrichtig und nachhaltig beharrlich den Paradigmenwechsel in der kurdischen Frage ein und ebnete damit den Weg dafür, dass es der kurdischen Gesellschaft bewusst wurde und sich in Sachkenntnis wandelte. Darum ist auch, wider alle chauvinistischen und rassistischen Äußerungen, bis jetzt kein Riss im gemeinsamen Leben des kurdischen und des türkischen Volkes entstanden.

5. Herr Öcalan hat auf Imralı von 1999 bis heute ständig auf mögliche Gefahren hingewiesen und den Schwerpunkt immer auf den Frieden gelegt, und er orientierte sein Vorgehen nicht an Krieg und Spannungen.

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, dass Öcalans Existenz und seine Ideen das Wichtigste und der Hauptgrund dafür sind, dass die kurdische Gesellschaft trotz aller erlebten Tragödien zu einer friedlichen und mit der türkischen Republik gemeinsamen Lösung neigt.

Denn die Beziehung zwischen Öcalan und den Kurden geht über die praktische und bloß politische hinaus. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Fakten lenken:

(a) Das Problem der kurdischen Frage hat eine 200-jährige Geschichte und gesellschaftliche Ursachen. Es hat nicht mit Öcalan und der PKK begonnen. Aber bis zu Öcalan und der PKK waren auf dem Wege der Assimilation und Ausbeutung bedeutende Strecken zurückgelegt worden, die Verbindungen der kurdischen Gesellschaft zur Geschichte der Aufstände waren losgerissen worden, den Kurden waren die Identität und ihre Geschichte genommen worden. Öcalan selbst war es, der von Neuem eine innovative und moderne kurdische Identität prägte. Die Frage, die wir heute die kurdische Frage nennen, ist also die Frage nach Identität und Demokratisierung, die Öcalan und die PKK definiert und formuliert haben.

(b) Zweitens und in Verbindung damit stehend gilt, dass aktuell die Mehrheit der für die kurdische Identität eintretenden Kurden mit Öcalan ihre Identität gelernt und sich angeeignet haben.

Wir können von beiden Punkten ausgehend feststellen, dass Öcalan regelrecht zu einem Teil der kurdischen Identität geworden ist. Er sollte also nicht nur mit einer politischen Bewegung gleichgesetzt werden, sondern es dehnt sich aus auf die Repräsentativität. Darin liegt trotz zwölf Jahren Isolation und Angriffen das wachsende Interesse der Kurden am gefangen gehaltenen Öcalan.

Fasse ich es zusammen, dann:

1. möchte ich noch einmal unter Einbeziehung der oben genannten Punkte besonders unterstreichen, dass Frieden und der Verhandlungsprozess ohne Öcalan nicht entwicklungsfähig sind;

2. gilt noch mehr, ohne Öcalan, ohne Einbeziehung Öcalans würde die Grundlage genommen dafür, dass die kurdische Gesellschaft innerhalb der türkischen Grenzen leben kann;

3. muss verstanden werden, dass durch den Vollzug der Isolation Öcalans, durch die Ausschaltung seiner Rechtsanwälte mithilfe aller staatlichen Potenziale nichts erreicht werden kann;

4. bedeutet der neueste Angriff des Staates aus der Sicht des Friedensprozesses und der Verhandlungen einen strategischen Angriff. Mit Herrn Öcalan finden seit dem ersten Tag seiner Ankunft in der Türkei Gespräche mit verschiedenen staatlichen Stellen statt. Von Zeit zu Zeit wurden diese Gespräche durch Eskalationen und Kämpfe unterbrochen. Aber diese



Seit Juli 2011 kein AnwältInnenbesuch bei Öcalan Foto: DIHA

Eskalationen und die Kämpfe währten nicht lange und von Neuem wurde zurückgekehrt zu Friedensbemühungen. Auch wenn Öcalan zeitweise isoliert oder anderes unternommen wurde, führte dies nie zu dauerhaftem, also nicht rückgängig zu machendem politischem Vorgehen. Kurzum bestand zwischen Staat und Kurden grob gesehen in diesem Punkt ein stillschweigendes Gleichgewicht und innerhalb dieses Gleichgewichtes immer eine Verbindung zwischen Öcalan, der kurdischen Politik und der Gesellschaft. Natürlich hat das Vorhandensein dieses Gleichgewichtes eine Verschärfung der Kämpfe verhindert, die Hoffnung des kurdischen Volkes auf ein gemeinsames Leben geschützt und Anlass gegeben zu Optimismus.

Die AKP-Regierung hat mit Geschrei und den Lügengeschichten der türkischen Medien dieses relativ stillschweigende Gleichgewicht zerstört, wütend zertreten und die Brücken niedergerissen. Indem sie diese Brücken zwischen Öcalan, kurdischer Politik und der Gesellschaft zerstörte, hat sie den Weg für eine Konfrontation mit ungewissem Ausgang freigemacht. Im Vergleich zur bisherigen Militärpolitik hat eine Rückkehr zu einem sehr aggressiven Niveau stattgefunden, die Möglichkeiten einer politischen Lösung sind massiv beschnitten worden. Beabsichtigt ist die Reduzierung oder das Unschädlichmachen der dynamischen Kräfte unter den Kurden, die ihre Identität und Demokratie einfordern, und die Einverleibung der restlichen Menge zum eigenen Pool. Diese Politik kann dargestellt werden, wie Sie möchten, es ist offensichtlich, dass die Hauptforderung Auflösung und Massaker ist. Diese Politik ist eine offene Kriegserklärung an alle Kurden. Folglich werden mit dieser gegen Öcalan und seine Rechtsanwälte praktizierten Isolation und Angriffspolitik nicht nur der Frieden und die Möglichkeiten der Verhandlungen zertreten, sondern es ist ein Projekt, das strategische Resultate für ein gemeinsames Leben mit sich bringen kann. Ich sage es auf naivste Art und Weise: Aus Sicht der Kurden ist es eine Politik, die verhindert, den Frieden, das gemeinsame Leben so laut und stark zum Ausdruck zu bringen.

5. Als Ergebnis bleibt zu sagen, dass der aktuelle Prozess, wie oben dargestellt, sich zu einem Krieg mit ungewissem Ausgang entwickelt. Diejenigen, die in der Türkei Demokratie und Frieden wollen, müssten hauptsächlich an diesem Punkt etwas unternehmen. Demokratische Kräfte in Europa, Demokraten und Friedensliebende aus der Türkei sollten etwas unternehmen können, um diesen Verlauf zu ändern; dieser neueste Angriff der AKP, der die Frage in gefährliche Bereiche führt, muss verhindert werden und die Brücke muss erneuert werden. ♦

Lösungsansätze für die kurdische Frage in der Türkei

Den Verfassungsprozess nutzen!

Öztürk Türkdoğan, IHD-Vorsitzender

Der Menschenrechtsverein IHD hatte bereits bei seiner Gründung 1986 klar festgestellt, dass die Türkei ein Demokratie- und Menschenrechtsproblem hat. Wir haben stets betont, dass dabei die kurdische Frage die wichtigste zu lösende Aufgabe ist. Die Politik der Republik Türkei in Bezug auf die Kurden war von 1924 bis 2009 durch Leugnung und Vernichtung geprägt und seit 2009 wird sie von einer scheinbaren Anerkennung bei gleichzeitiger Liquidation bestimmt. Diese Liquidationspolitik beinhaltet die Kriminalisierung der legalen kurdischen Politik, die Inhaftierung kurdischer Politiker und parallel dazu die Vernichtung der illegalen bewaffneten Strukturen. Sie wird von den USA und einigen europäischen Staaten unterstützt, da die Türkei sich für Nordafrika und den Nahen/Mittleren Osten als Modell eines gemäßigt islamischen Staates präsentieren und für die Interessen der USA und der EU in diesen Regionen einspannen lässt. Diese Politik ist eine Politik der Stagnation und muss sich schleunigst ändern.

Die kurdische Frage ist eine politische wie auch eine Menschenrechtsfrage. Die Kurden müssen als eine eigene Volksgruppe anerkannt werden, damit sie ihre Rechte als gesellschaftliche Gruppe wahrnehmen und ihre Kultur leben können, so dass es auf der Grundlage der universellen Menschenrechte verfassungsrechtlicher Änderungen bedarf. Die Problematik wird sich auch deutlich entschärfen, wenn der türkische Staat die international gültigen Abkommen über die Menschenrechte bedingungslos anerkennt.

Die kurdische Frage kann nur durch eine Verfassungsänderung gelöst werden. Damit es so weit kommen kann, brauchen wir eine neue und demokratische Verfassung.

Die Türkei ist in ideologischer Hinsicht ein nationalistischer Staat. Dieser Nationalstaat stützt sich auf die türkische Ethnie und ist trotz des Laizismus-Prinzips stark islamisch geprägt, was die wesentliche Problemquelle darstellt. Dieses Verständnis findet im Eingang der Verfassung offen seinen militaristischen Ausdruck. Dieser Staat ist aufgrund seiner Struktur eine Republik der Oligarchen, so dass eine Demokratisierung auch die kurdische Frage lösen könnte. Aus diesem Grund müssen für eine demokratische Entwicklung die Prinzipien des Pluralismus und der Transparenz und Teilhabe in einer neuen Verfassung ihren Niederschlag finden.

Die neue und demokratische Verfassung

Die aktuelle Präambel ist abzulehnen, und in der neuen ist zu betonen, dass es in der Türkei unterschiedliche ethnische Gruppen, Sprachen und Glaubensgemeinschaften gibt. Sie haben die demokratische Republik zu beleben, indem sie im Rahmen neuer konstitutioneller Bestimmungen zu einem friedlichen Zusammenleben führen. Des Weiteren muss in der Präambel das Recht der Menschen auf Widerstand gegen Unterdrückung, Armut und Angst, wie es auch in den UN-Menschenrechtsabkommen definiert ist, festgehalten werden. Hierbei muss auch klar aufgezeigt werden, dass man auf nationaler und internationaler Ebene vor allem gegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen bzw. allgemein gegen Verbrechen im Rahmen militärischer Auseinandersetzungen Maßnahmen ergreifen und umsetzen wird.

Die ersten drei Verfassungsartikel:

Im ersten Artikel muss die Formulierung in „Die Türkei ist eine demokratische Republik" geändert werden. Hierbei ist die Betonung auf Demokratie zu verstärken.

Im zweiten Artikel muss auf die verschiedenen Volksgruppen in der Türkei hingewiesen werden, so dass ihre Unterschiedlichkeit betont wird. Es ist hervorzuheben, dass es sich um eine demokratische Republik handelt, in der dem nationalistischen Kemalismus kein Raum gegeben und der Begriff des Laizismus durch den der sozialen Gerechtigkeit ersetzt wird.

Die Ausführungen im dritten Artikel, die Türkei sei „als Staat und Nation untrennbar", sind ein Ausdruck der offiziellen Ideologie und sollten auf keinen Fall verwendet werden. Um die Mehrsprachigkeit zu schützen, muss die Verfassung festhalten, dass die regionalen Verwaltungen in der Türkei neben dem offiziellen Türkisch weitere Amtssprachen bestimmen können. Außerdem sollten Fahne, Hauptstadt und Nationalhymne keinen Platz finden.

Der vierte Artikel sollte auf jeden Fall entfallen.

Das Prinzip der Gewaltenteilung muss in der neuen Verfassung seinen Niederschlag finden.

Die Gleichstellung aller vor dem Gesetz muss unter Beachtung der Merkmale Sprache, Ethnie, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politische oder philosophische Ansichten, sexuelle Orientierung, sozialer Status, Alter, Behinderung, Gesundheit, bürgerlicher Stand, Schwangerschaft und ähn-

lichen neu definiert werden. In diesem Artikel muss der Begriff von Hass entfallen, somit fiele dann auch die Diskriminierung aufgrund von Abstammung, Glaubensbekenntnis, sexueller Orientierung, sozialem Geschlecht und Alter weg.

Die grundlegenden Rechte und Freiheiten müssen ohne Differenzierung als Ganzes, d. h. die persönlichen, politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und Solidaritätsrechte wie bei den universellen Abkommen, aufgelistet werden. Die Meinungsfreiheit muss als ein Grundrecht unbedingt unter Schutz gestellt werden.

Um eine Lösung der kurdischen Frage zu erleichtern, muss auch das Recht auf muttersprachlichen Unterricht garantiert werden. Die Modalitäten sind in die Verfassung aufzunehmen.

Isolations- und lebenslängliche Haft sind verfassungsmäßig zu verbieten und die Rechte des türkischen Parlaments zum Erlass von Amnestiegesetzen sind zu beschneiden. Die Vollstreckung von Urteilen darf nicht Menschenwürde und Menschenrechte verletzen.

Der verfassungsrechtliche Begriff des Bürgers muss frei von ethnischen Bezügen sein.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss in der Verfassung verankert werden.

Die Gerichtsbarkeit hat sich dem Recht unterzuordnen, so dass Militärgerichte abzuschaffen und die Grundlagen für Sondergerichte zu beseitigen sind. Das Recht auf einen rechtsstaatlichen Prozess muss in all seinen Facetten garantiert werden.

Das Prinzip der lokalen oder regionalen Verwaltung muss neu definiert werden, so dass die Beziehung zwischen Zentral- und Regionalmacht neu geregelt wird. Die in der Türkei lebenden Kurden müssen einen eigenen Status erhalten und ihnen müssen auch die Grundlagen geboten werden, sich im Rahmen eines Modells der lokalen/regionalen Selbstverwaltung selbst zu verwalten.

Die vom Kongress für eine Demokratische Gesellschaft DTK verkündete Demokratische Autonomie ist eine Form der lokalen/regionalen Selbstverwaltung. Die Türkei hat die UN-Abkommen über die „persönlichen und politischen Rechte" und die „ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte" ratifiziert und in Kraft gesetzt. Beide Abkommen beinhalten im ersten Paragraphen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Menschenrechtskommission der UN erklärt im Rahmen ihrer 12. allgemeinen Interpretation dieser Abkommen, dass alle Völker das Recht auf die freie Bestimmung ihres politischen Status und Aufbaus und die Entwicklung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen haben. In politischer Hinsicht bedeutet dies die Souveränität der äußeren Grenzen, und innenpolitisch auf der Grundlage des § 25 die Teilnahme an der Mitverwaltung bzw. Mitentscheidungen, da hier die demokratische Partizipation an der Regierung oder der Verwaltung geregelt ist. Des Weiteren betont die Kommission auch, dass zwar alle Völker das Selbstbestimmungsrecht haben, dies aber nicht automatisch ein Recht auf Abtrennung bedeutet. Auch die Kurden haben als ein weiteres Volk das Selbstbestimmungsrecht, so dass sie selbst ihren Status frei bestimmen können. Deshalb ist die von ihnen beschlossene Demokratische Autonomie zu akzeptieren, da sie keine Abtrennung zum Inhalt hat und somit als Lösungsmodell als geeignet anzusehen ist. Hierbei würde ich vorschlagen, dass die Kurden Unterschriften von fünf Millionen Menschen sammeln, die sich zu diesem Lösungsmodell bekennen, und das Ergebnis dem türkischen Parlament, der EU und der UNO vorlegen, um so ihre Forderung auf die Agenda der internationalen Gemeinschaft zu bringen.

Die Demokratische Autonomie beinhaltet im Kern nichts anderes als die Forderung nach einer Teilhabe an der Macht und nach Selbstverwaltung einer weiteren Volksgruppe in ihrem Lebensraum, innerhalb der bestehenden Grenzen. Kurz, sie betrifft das demokratische Prinzip der Partizipation. Wer sich gegen die Demokratische Autonomie stemmt und nicht um die Vergangenheit der Republik weiß, sollte sich der Verfassung von 1921 annehmen. Denn die Republik Türkei wurde drei Jahre lang mit dieser Verfassung regiert, ihre Gründungsphilosophie liegt darin verborgen. Denjenigen, die stur die offizielle Ideologie der Republik und ihre Gründungsphilosophie an der Verfassung von 1924 festmachen, scheint das Wissen über die ersten Jahre der Republik zu fehlen oder es wurde vergessen. Wir sollten die historischen Erinnerungen auffrischen und das seit 1924 begangene Unrecht beenden.

In eine neue und demokratische Verfassung sollten die sogenannten „Revolutionsgesetze" keinen Eingang finden, da sie den Nährboden für die vorherrschende offizielle Ideologie bilden.

Ich könnte detailliertere Vorschläge zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung machen, aber es stellt sich hierbei die Frage, wie sie angefertigt werden soll?

Eine neue Verfassung in Zeiten der Konfrontation zu erarbeiten halte ich für falsch. Erst einmal müssen die militärischen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die kurdische Frage beendet und eine gefechtsfreie Situation geschaffen werden. Daher müssen zuerst die betreffenden Seiten mit Verhandlungen beginnen. Die Bedingungen für Verhandlungen müssen hergestellt und passend sein. Damit die kurdische Seite an den Verhandlungen teilnehmen kann, muss die Isolationshaft Abdullah Öcalans, den die Kurden ganz klar als ihren Repräsentanten bestimmt haben, beendet und das Gefängnis auf Imralı geschlossen werden. Damit die Verhandlungen glatt bzw. reibungslos verlaufen können, muss es Öcalan durch die Erleichterung seiner Haftbedingungen gewährleistet werden, sich mit seiner Bewegung in Verbindung setzen zu können. Wird dies nicht umgesetzt, können mögliche Verhandlungen nicht glatt verlaufen.

Die BDP muss im Parlament mit der AKP über die Verfassung und politische Lösungsansätze verhandeln und Öcalan und die KCK mit dem Staat. Die Gespräche sollten parallel und bei gegenseitigem Austausch geführt werden.

Wenn eine gewaltfreie Atmosphäre geschaffen wurde, muss man dazu übergehen, allen gesellschaftlichen Gruppen eine Beteiligung am Verfassungsfindungsprozess zu ermöglichen, so dass ihre rechtliche Repression zu beenden ist. Dazu sind die Hindernisse vor dem „Recht auf freie Meinungsäußerung" und dem „Recht auf Organisierung" zu beseitigen. Die Sondergerichte und die Sonderermittler der Schwurgerichte müssen abgeschafft werden. Dem grausamen Verhaftungsregi-

me muss ein Ende bereitet werden, das die Persönlichkeits- und Sicherheitsrechte des Individuums immens beschneidet. Alle politischen Häftlinge müssen freigelassen werden.

Die Türkei hat sich im Zuge des Verfassungsprozesses ihrer Geschichte zu stellen und mit deren Aufarbeitung zu beginnen. Es müsste eine Wahrheits- und Rechtskommission installiert werden, die innerhalb eines Jahres das Ergebnis ihrer Arbeit zusammenfassen sollte. Sie hätte die Aufgabe, die Wahrheit aufzudecken und mit der Öffentlichkeit zu teilen, um so dem Recht neue Geltung zu verschaffen.

Nach der Beendigung der Kämpfe müssen die Folgen des Krieges untersucht werden.

Die Massengräber sind im Einklang mit international gültigem Recht unter der Aufsicht zivilgesellschaftlicher Organisationen zu öffnen. Dazu müssten auch die nötigen Untersuchungen angestellt und strafrechtliche Verfahren angestrebt werden.

Das System der paramilitärischen Dorfschützer muss sofort aufgehoben werden.

Eine Rückkehr in die Dörfer muss gefördert werden.

Minenfelder müssen ermittelt und bereinigt werden.

Das Schicksal der „Verschwundenen“ (der extralegal hingerichteten Personen) muss in ernsthafter Aufklärungsarbeit geklärt und ihre Mörder müssen ermittelt werden, so dass strafrechtliche Verfahren angestoßen werden können.

Im Zuge der Diskussion einer neuen Verfassung muss auch eine allgemeine politische Amnestie erörtert und in diesem Zusammenhang über einen Schadenersatz für die zu Unrecht Betroffenen nachgedacht werden.

Die schlimmste Auswirkung, die der Krieg hervorgerufen hat, ist die von Gewalt und Lynchjustiz geprägte Kultur. Um dem Einhalt zu gebieten, müssen sich alle einbringen und sich bemühen, eine Kultur des Friedens zu schaffen.

Ich wünsche mir, dass unsere Diskussionen und Bemühungen einen Beitrag dazu leisten, die kurdische Frage in der Türkei zu lösen. Ich möchte hierbei die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass uns die Verhaftungspolitik des Regimes in die Zeit des Putsches von 1980 versetzt hat. Denn es vergeht kein Tag, an dem nicht kurdische Politiker, Aktivisten, Oppositionelle, Menschenrechtler, Journalisten, Autoren oder Intellektuelle verhaftet werden. Ich will hoffen, dass dem die internationale Öffentlichkeit nicht noch länger stillschweigend zuschaut. ♦

Überlegungen zu den Voraussetzungen für eine neue Verfassung

Wie wird eine Friedensverfassung möglich?

Ayhan Bilgen, Menschenrechtler und Schriftsteller

Ayhan Bilgen ist gleichzeitig Mitglied der „Bewegung für eine demokratische Verfassung“ die sich seit ungefähr einem Jahr in den Diskusionen für eine neue Verfassung in der Türkei einsetzt. Sie tritt für eine von der 1982er Verfassung des 12.-September-Putsches völlig unabhängige neue Verfassung in der Türkei ein und ist der Ansicht, zunächst seien „vertrauensbildende Maßnahmen“ nötig. Zudem schlägt sie ein „Verfassungsparlament“ vor, dessen Aufgabe die Gestaltung einer Verfassung sein soll. Außerdem führte sie zwei Workshops unter dem Titel „Die Türkei nach den Wahlen, Verfassungstätigkeit und unsere Pflichten“ durch. Mit derselben Zielsetzung führte sie Gespräche mit zahlreichen Akademikern, Schriftstellern und Meinungsführern, und sie organisierte und organisiert weiterhin türkeiweit Konferenzen.

Die gesellschaftlichen Bedürfnisse in der Türkei machen sich in vielerlei Hinsicht bemerkbar. Eine gleichberechtigte und freiheitliche Neudefinition der Beziehungen zwischen Staat und Religion und die Aufhebung der Einschränkungen der Rechte und Freiheiten sind dabei nur zwei Aspekte. Eine Neugestaltung der Sozialpolitik und die Bestimmung des neuen Gleichgewichts zwischen den staatlichen Organen verstärken die Erwartungshaltung aus einem anderen Blickwinkel. Die politischen Machthaber wollen durch die Einleitung mancher gesellschaftlich geforderter Schritte einerseits und durch die Beherrschung und Kontrolle von Machtzentren wie dem Militär oder der Justiz andererseits Verfassungsänderungen realisieren, die ihre eigene Position stabilisieren.

Das Verfassungsreferendum und das Erbe der Wahlen

Es wird sicher schwierig, alle diese Erwartungen gemeinsam zu erfüllen. Eine flexible und parallele Planung erscheint deshalb unumgänglich. Es darf aus diesem Blickwinkel nicht übersehen werden, dass es dazu bei der letzten Parlamentswahl am 12. Juni 2011 auch nur zurückhaltende Äußerungen gab. Begriffe wie neu, zivil, demokratisch, freiheitlich, gleichberechtigt werden zwar verbreitet gebraucht und akzeptiert, es wird jedoch mit Absicht vermieden zu definieren, was sie konkret beinhalten sollen. Es ist eines der grundlegenden Handicaps des jetzigen Parlaments, eine neue Verfassung gestalten zu wollen, nachdem die Parteien sich doch vor den Wahlen gehütet hatten, ihren jeweiligen Wählern ihre Vorstellungen von einer Verfassung darzulegen.

Das Verfassungsreferendum vom 12. September 2010 mit den dabei bevorzugten Regelungen zeigt auch, dass die dort benutzten Demokratie-Floskeln lediglich die Position der politischen Machthaber gegenüber anderen Organen stärken sollten. Eine für eine Demokratisierung zwingend notwendige Zivilisierungsphase allein kann jedoch nicht ausreichen. Zudem darf nicht vergessen werden, dass in manchen Staaten, in denen eine politische Umwälzung stattfand, die neuen politischen Machthaber selbst zu Zentren gesellschaftlicher Unterdrückung geworden sind. Sowohl das Gleichgewicht und die sogenannten Kontrollsysteme, die auf der Gewaltenteilung gründen, als auch die Wirkungslosigkeit gesellschaftlicher Kontrollmechanismen bergen ernsthafte Risiken in sich. Es ist besonders bemerkenswert, dass durch die Medien die Einschränkung mancher Freiheiten wie der freien Meinungsäußerung auf der Tagesordnung gehalten wird.

Wegbereinigung und vertrauensbildende Maßnahmen

Es ist unumgänglich zwingend, mit einer neuen Verfassung eingehend die Möglichkeit der Eröffnung eines neuen Weges zum Frieden zu bewerten. In dieser Richtung können Vergangenheitsbewältigung und die Gründung einer Wahrheitskommission eine Absichtserklärung darstellen und den guten Willen ausdrücken. Leider konnten die bisherigen Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Vorwürfen, allen voran die Ergenekon-Verfahren, die manche Verbrechen der Vergangenheit beleuchten sollten, nicht besonders positiv genutzt werden. Ereignisse, die die Gesellschaft tief getroffen und zu großer Bestürzung geführt hatten, wurden nicht selbstkritisch verarbeitet, man hat sich stattdessen dafür entschieden, einige wenige für diese Taten verantwortlich zu machen.

Die Verhaftungen kurdischer Politiker und solchen aus manchen sozialistischen Kreisen, die mit ihnen in Verbindung gebracht wurden, und die Art und Weise der Darstellung dessen in der Öffentlichkeit haben für einen erneuten schweren Vertrauensbruch gesorgt.

Die Besorgnis darüber, dass die behauptete Demokratisierung im Rahmen einer neuen Verfassung eigentlich nur eine Säuberungsaktion bedeute, die den Willen brechen soll, ist zunehmend gewachsen. Die willkürlichen und sich über sehr lange Zeit erstreckenden Verhaftungen, eine Praxis, die jegliche Rechtsstaatlichkeit vermissen lässt, haben eine mögliche Lösung des Problems auf dem Wege des Dialogs negativ beeinflusst. Die Verhandlungen des Staates mit der kurdischen Bewegung haben von diesem Vertrauensbruch ihr Teil abbekommen. Damit die Verfassung Gelegenheit zu einem dauerhaften und akzeptablen Frieden bieten kann, müssen schnellstens Schritte zur Wegbereinigung und vertrauensbildende Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn die Phase, in der eine Verfassung entwickelt wird, für eine Gesellschaft den Zeitabschnitt darstellt, in dem sie sich zu ihrer Zukunft äußern kann, dann sollte in dieser Phase jedem Einzelnen ermöglicht werden, Foren zu bilden, auf denen seine Forderungen frei zum Ausdruck gebracht werden können. Für eine neue Verfassung muss es als vorrangiger und einfacher gelten, manche Gesetze und Verordnungen zu ändern, um Einschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit abzuschaffen und um in diesen Bereichen zu praktischen Erleichterungen zu kommen.

Warum weigern wir uns, die Politik zu demokratisieren?

Es ist zwingend notwendig, parallel zur neuen Verfassung alle antidemokratischen gesetzlichen Bestimmungen, allen voran das Gesetz über die politischen Parteien, sogar en bloc zu behandeln. Eine politische Macht, die es nicht über sich bringt, die Parlamentsgeschäftsordnung zu novellieren, wird auch in ihrem Anspruch, eine neue Verfassung erarbeiten zu wollen, natürlicherweise angezweifelt. Es geht nicht an, sich auf der einen Seite vor Schritten zu hüten, die die Politik demokratisieren würden, und auf der anderen Seite den Anspruch der Demokratisierung zu formulieren.

Die sich einer gesellschaftlichen Beteiligung verschließenden Organisationsformen der politischen Parteien, ein führerzentriertes Politikverständnis – dieser Zustand wird nicht nur durch die politische Kultur, sondern auch die Gesetzgebung genährt. Warum diese Praxis bis heute nicht revidiert wurde, muss offen beantwortet werden.

Ohne fundamentale Änderungen im antidemokratischen Rechtssystem, das die Gründe für die kurdische Frage in sich birgt, ist ein Ende des Konflikts nicht möglich.

Kein freiheitlicher Verfassungsentwurf ohne Partizipation

Die Phase der Vorbereitung einer Verfassung ist genauso wichtig wie deren Inhalt, manchmal sogar noch wichtiger. Eine Vorlage, in der sich die gesellschaftlichen Kräfte nicht wiederfinden, wird niemals als zufriedenstellend empfunden werden. Die Verinnerlichung und Aneignung von Rechten und Freiheiten lässt sich lediglich erreichen, indem Partizipationsmechanismen geschaffen werden. Um diese Beteiligung effektiv und wirkungsvoll zu gestalten, muss von Beratungen als Mogelpackungen Abstand genommen werden.

Ein vorgetäuschter Austausch mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen wird zur Legitimation im Sinne einer Beteiligung nicht ausreichen.

Die Gestaltung einer Verfassung durch Zivilisten bedeutet nicht, dass sie nicht durch die Hand von Uniformierten entsteht. Die Übernahme der Führung durch die gesellschaftlichen Formationen von unten nach oben muss dabei vorangetrieben werden. Im Übrigen ist das Schreiben einer Verfassung nicht gleich der Schaffung einer Verfassung. Diese erste dieser sich ergänzenden Phasen ist ein gesellschaftlicher politischer Schritt; der letzte Schritt ist das Erstellen einer Vorlage, das technische, juristische und fachliche Unterstützung erfordert.

Verfassungen sind in diesem Sinne ein Werkzeug zum Festhalten und Sichern der im gesellschaftlichen Kampf erreichten Resultate in einem neuen Statut.

Wer soll es machen? Wie soll es vorbereitet werden?

Diese Phase sollte in Form von Verfassungsinitiativen von allen umgesetzt werden, die etwas zur neuen Verfassung beizutragen haben; lokale Umweltbewegungen gegen Wasserkraftwerke, Initiativen der Kriegsdienstverweigerer, Jugendgemeinschaften, Arbeitsschutzorganisationen, Glaubensgemeinschaften, Plattformen, die für den Frieden arbeiten. Eine Verfassungsbewegung, die durch das Zusammentreffen lokaler Initiativen in einer Art von Volksvertretung organisiert ist, wird sowohl eine entsprechende Beteiligung erreichen als auch über ein Potential verfügen, das sich zu einer dynamischen Kraft wandeln kann.

Obwohl es Verfassungsaktivitäten von verschiedenen Institutionen gibt, haben diese sich nur darauf konzentriert, eine Verfassungsvorlage zu formulieren. Natürlich ist es wichtig, dass verschiedenste Kreise ihre Erwartungen an die Verfassung artikulieren und beschreiben, doch dringlicher ist es, die Basis dieser Institutionen in die Verfassungsvorbereitung direkt einwirken lassen zu können.

Sich auf Diskussionen um eine Endvorlage einzulassen, ohne effektive gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen, kann nicht mehr wettzumachende Versäumnisse mit sich bringen. Ein Parlament, das die Kompetenz zur Gestaltung einer Verfassung als sein Monopol beansprucht, kann die demokratische Repräsentanz oder, wenn es diese Kompetenz sogar nur formell ausüben lassen will, die gesamte Gesellschaft teuer zu stehen kommen.

Politische Akteure, die den gesellschaftlichen Kräften den Rücken gekehrt haben, besitzen ein hohes Potential, die Verfassungserwartungen in eine Enttäuschung zu verwandeln.

Mutmaßliche Risiken und die Möglichkeit eines Verfassungsbruchs

Verfassungen spiegeln gleichzeitig auch einen Gründungswillen wider. Dies nur auf die Militärputsche zu reduzieren und so zu diskutieren, wäre in höchstem Maße irreführend. Wer die Kompetenz des gegenwärtigen Parlaments zur Gestaltung einer neuen Verfassung bestreitet, trägt die Verantwortung, die Öffentlichkeit auch über einige der Risiken zu informieren. Die Erarbeitung einer Verfassung, ohne sich von der nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 entstandenen Verfassung von 1982 völlig zu trennen, wird durch deren Einschränkungen der Rechtsvorschriften bedroht. Die gegenwärtige Verfassung enthält nur Vorgaben bezüglich der Art und Weise von Verfassungsänderungen. Wenn man sich daran hält, wird der in einem Vermittlungs- oder Vorbereitungsausschuss entstehende Wille keine bindende Wirkung mehr entfalten. Zudem kann, wie im Falle der vorherigen Verfassungsänderungen, das gesamte Vorhaben mit dem Argument zunichte gemacht werden, die neue Vorlage verstoße gegen die unabänderlichen Verfassungsartikel, ohne dass es überhaupt zu ihrer Änderung kommt. Abgesehen von derartigen großen Schrecken [*überhaupt über die ersten drei Paragrafen zu reden, die auf einer türkischen Nation beharren*] sind auch Machtspiele politischer Parteien vorstellbar, die diesen Prozess ins Stocken bringen können. Es kann schon heute vorausgesagt werden, dass als neue Verfassung ein Konzept, auf das sich alle vier Parlamentsfraktionen einigen, eher als ein Änderungspaket akzeptiert werden würde. Das bedeutet, dass man schon mit ernsten Handicaps unterwegs ist, auch wenn die „Unabänderlichen Vorschriften“ und das Änderungspaket vom 12. September 2010 aus der Diskussion gelassen werden.

Grundsätzliche Forderungen und ein Verfassungsparlament

Eine Neudefinition des Staatsbürgers, die Forderung der Kurden nach einem Status, Muttersprache, einem autonomen Administrationsmodell, das Konstrukt des Präsidiums für Religionsangelegenheiten, Zwangsreligionsunterricht, die militärische Bevormundung – in diesen grundlegenden Problembereichen müssen die Erwartungen konkretisiert und in dieser Richtung gesellschaftliche Diskussionsprozesse und Überzeugungsarbeit geplant werden. Diese Aufgaben müssen von einem Verfassungsparlament, oder wie man es auch immer nennen mag, ausgeführt werden. Das würde zu einem gesunden gesellschaftlichen Bewusstsein und Klima führen.

Die Behauptung, die Abgeordneten des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ dürften von dem im Parlament stattfindenden Prozess nicht ausgeschlossen werden, kann vom Gesichtspunkt der Propaganda her nachvollziehbar sein, birgt jedoch in der reellen politischen Planung ernsthafte Risiken. Wenn sich die Lage bei fortschreitender Diskussion zu einem Bild wandelt, das den Erwartungen der kurdischen Politik nicht entspricht, wird für die BDP-Abgeordneten eine sehr schwierige Situation entstehen.

Der Parlamentspräsident, der eigentlich neutral sein sollte und die Vorschläge zahlreicher Akademiker für ein Verfassungsparlament als „Phantasie“ abgetan hat, gibt damit ein wichtiges Signal für die Zukunft. ♦

Eine demokratische Verfassung von einer solchen Regierung ...?

Dunkle Vorboten einer neuen Verfassung

Müslüm Örtülü

Die Diskussionen über eine neue Verfassung haben im türkischen Parlament noch nicht wirklich begonnen, da gibt die AKP-Regierung bereits die Marschroute vor. Die Anzahl politischer Häftlinge in den türkischen Gefängnissen sprengt alle weltweiten Vergleiche. Im Oktober 2011 veröffentlichte die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) eine Statistik zu den Festnahmen und Inhaftierungen im Rahmen der sogenannten KCK-Verfahren: 7 748 Festnahmen, davon 3 895 Inhaftierungen, seit dem 14. April 2009. Und ein Ende der Festnahmewellen ist nicht abzusehen. Selbst vor gewählten ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen und RechtsanwältInnen wird kein Halt gemacht. Dennoch wurde die Türkei bis vor kurzem in den westlichen Medien als demokratisches Vorzeigemodell für die im Umbruch befindliche arabische Welt lanciert. Was sich aber mit den aktuellen Gesetzentwürfen bzw. Erweiterungen des Anwendungsrahmens bestehender Gesetze in Ankara anbahnt, droht selbst das Regime des einen oder anderen gestürzten Diktators in den Schatten zu stellen. Doch überzeugen Sie sich selbst:

Feuer frei auf Molotowcocktail-Werfer?

Durch ein Gericht in Wan (Van) wurden Ende November zwei Personen zu jeweils 12,5 Jahren Haft verurteilt, weil sie angeblich mit Molotowcocktails von der Polizei erwischt worden waren. Die Staatsanwaltschaft hatte zum Ende des knapp einjährigen Gerichtsverfahrens darauf plädiert, die Molotowcocktails als Waffen zu werten. Erstmals in der Türkei ist das Gericht einer solchen Argumentation der Staatsanwaltschaft gefolgt und hat damit die hohen Haftstrafen begründet.

Natürlich rein zufällig hatte sich einige Tage vor der Urteilsverkündung der Polizeipräsident von Adana, Mehmet Avcı, zu diesem Thema öffentlich zu Wort gemeldet. Er hatte in seiner Stellungnahme den Gesetzgeber dazu aufgefordert, Molotowcocktails fortan als „liquide Bomben“ zu werten und Täter dementsprechend hart zu verurteilen. Die Polizei müsse gegebenenfalls auch das Recht haben, die Täter zu erschießen, so Avcı. Das Gericht in Wan (Van) jedenfalls hielt es nicht für nötig, auf die Gesetzesänderung durch die Regierung zu warten.

Steine werfende Kinder sollen in (Um-)Erziehungsheime der Gülen-Gemeinde

Auch für die Steine werfenden Kinder und Jugendlichen hat sich die Erdoğan-Regierung etwas Besonderes einfallen lassen: Nachdem die Türkei bereits in der Vergangenheit mit massenhaften Festnahmen und Inhaftierungen Minderjähriger, die im Rahmen der Anti-Terror-Gesetze zum Teil zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt worden waren, ihre Haltung zu Kinderrechten offenbart hatte, geht ihr jetziger Vorstoß gar noch weiter. So sollen laut Mustafa Toprak, Gouverneur von Amed (Diyarbakır), Kinder und Jugendliche, die bei Demonstrationen Steine auf türkische Sicherheitskräfte werfen, von ihren Familien getrennt und in Erziehungsheimen interniert werden. Hierfür sei noch nicht einmal eine Gesetzesänderung notwendig, denn § 5395 des „Kinderschutzgesetzes“ biete die Grundlage für eine solche staatliche Praxis. Man müsse dies lediglich noch umsetzen. Auch über die Frage, in welche Heime die Kinder sollen, hat man sich schon Gedanken gemacht. Es handelt sich um die sogenannten „Sevgi Evleri“, zu Deutsch „Häuser der Liebe“, die zur Gemeinde Fethullah Gülens gehören.

Mit diesen Plänen scheint die AKP auf eine althergebrachte Praxis zurückgreifen zu wollen, die bereits im Osmanischen Reich angewandt worden war. Damals entführte das Osmanische Heer in den neu ins Reich einverleibten Gebieten massenhaft Kinder aus dort ansässigen Familien. Diese Kinder wurden dann am Hof des Sultans einer grundlegenden ideologischen und militärischen Ausbildung unterzogen. Das Ergebnis war das berühmt-berüchtigte Janitscharen-Heer des Osmanischen Reiches. Man scheute nicht davor zurück, die Kämpfer dieses Heeres, deren Wurzeln vor allem auf dem Balkan lagen, wieder in den Krieg gegen ihre Brüder und Schwestern zu schicken. Ob man will oder nicht, die „Häuser der Liebe“ der Gülen-Gemeinde erinnern nun einmal stark an die ideologischen Bildungsstätten des Janitscharen-Heeres.

Enteignungspläne für kurdische Geschäftsleute

Zu guter Letzt sollen auch die kurdischen Geschäftsleute und Einzelhändler nicht ungeschoren davonkommen. Die Regierung hat bereits die „Kommission für Inneres“ im türkischen Parlament damit beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Enteignung von „Finanziers des Terro-

rismus“ ermöglicht. Dabei wird selbstverständlich darauf geachtet, dass die Definition dieser „Finanziers“ möglichst schwammig gehalten wird. So müsste der Einzelhändler in Gever (Yüksekova), welcher aus Anteilnahme bei der Beerdigung eines gefallenen PKK-Guerilleros beschließt, seinen Laden für den Tag zu schließen, in Zukunft um seine wirtschaftliche Existenz bangen. Naheliegend ist auch die Befürchtung, dass an die Stelle jedes enteigneten kurdischen Geschäftsmannes ein AKP-loyaler gesetzt wird.

Auch hier hat es die Regierung besonders eilig. Wer hat denn schon Zeit, die gesamte Prozedur vom Gesetzentwurf bis zum abschließenden Erlass des Gesetzes abzuwarten? Das wird sich auch der türkische Justizminister Sadullah Ergin gedacht haben, als er in einem Rundschreiben alle Staatsanwälte und Richter in der Türkei Schritt für Schritt instruierte, wie sie auf Basis der aktuellen Gesetzeslage eine Beschlagnahmung des Eigentums der „Finanziers des Terrorismus“ veranlassen können.

Und was ist jetzt mit der Verfassung?

Beantworten Sie mir diese Frage. Glauben Sie nach dem oben Beschriebenen wirklich noch daran, dass die AKP-Regierung eine demokratische Verfassung auf den Weg bringen wird? Oder gar die kurdische Frage mit friedlichen Mitteln zu lösen beabsichtigt? Als kürzlich der türkische Staatspräsident Abdullah Gül auf ein mittlerweile fast vergessenes Zitat von ihm angesprochen wurde, in welchem er in der kurdischen Frage baldige „positive Dinge“ angekündigt hatte, entgegnete er dem Journalisten, dass die PKK diesen Prozess sabotiert habe. Vor einigen Jahren jammerte die AKP-Regierung noch öffentlich darüber, dass die kemalistische Bürokratie und das Militär sie daran hinderten, demokratische Reformen in die Wege zu leiten. Man wolle doch, aber andere ließen es halt nicht zu. Diese Ausrede scheint zum Leitspruch der AKP geworden zu sein. Sie versteht sich wunderbar darin, nach außen hin die demokratische Maske zu zeigen, hinter verschlossenen Türen jedoch Pläne zu schmieden, wie man die gesellschaftliche Opposition möglichst schnell loswird, um die eigene Hegemonie im Staat noch allgegenwärtiger zu gestalten. Eine demokratische Verfassung von einer solchen Regierung zu erwarten wäre daher nichts als Selbstbetrug. Täuschen wir uns deshalb nicht selbst. Lassen Sie uns stattdessen der AKP die Maske herunterreißen! ♦

Demokratie hinter Gittern



Weitgehend unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit hat sich die politische Situation in der Türkei vor allem in den letzten zwei Jahren in Bezug auf demokratische Standards dramatisch verschlechtert. Am dramatischsten zeigt sich die Situation an der wachsenden Zahl politischer Gefangener, die in der Türkei wegen Meinungsäußerungen und demokratischen Engagements im Gefängnis sitzen. Aktuell sind es mit über 4000 Inhaftierten – bei zunehmender Tendenz – mehr als jemals seit dem Militärputsch von 1980. Vor allem betroffen ist hier die kurdische Demokratiebewegung, der pauschal unterstellt wird, Teil der PKK zu sein.

Grundlage der Verhaftungen ist das Antiterrorgesetz. Dabei wird keiner der Verhafteten beschuldigt, sich an Gewalttaten beteiligt oder auch nur eine Waffe in der Hand gehalten zu haben. Vielmehr handelt es sich bei den Personen um BürgermeisterInnen der kurdischen Partei BDP, LehrerInnen, AnwältInnen und MenschenrechtsaktivistInnen.

Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, hat sich die Kampagne „Demokratie hinter Gittern“ gebildet. Die Kampagne wird sowohl von Gruppen getragen, die sich schon längere Zeit mit der Situation in der Türkei/Kurdistan befassen, als auch von Initiativen und Einzelpersonen, die sich allgemein für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Zum Auftakt fanden im Dezember 2011 bereits Informationsveranstaltungen in Berlin und Hamburg statt. Weitere Aktivitäten sind geplant.

Die Kampagne Demokratie hinter Gittern fordert:

Die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei!
Schluss mit der Repression gegen das Engagement für kommunale Selbstverwaltung, Frauen- und Menschenrechte und eine ökologische Gesellschaft!
Eine politische Lösung der kurdischen Frage!

Kontakt: http://demokratiehintergittern.blogsport.de
E-Mail: demokratiehintergittern@riseup.net

Antagonismus von Staatsideologie und Demokratie

Sonderjustiz

Selahattin Erdem, 11.12.2011

Wenn ein Land Sondergerichte für außergewöhnliche Angelegenheiten unterhält, dann ist dieses Regime nicht normal, sondern selbst außergewöhnlich, dann ist dieses Regime nicht demokratisch, sondern antidemokratisch. Und eben das ist eine weitere Besonderheit des antidemokratischen und faschistischen Charakters des türkischen Staatssystems. Denn die Republik wurde seit ihrer Gründung bis heute immer auch durch eine Sonderjustiz geleitet. In der Vergangenheit hieß sie „Unabhängigkeitsgerichte", „Ausnahmezustandsgerichte" oder „Staatssicherheitsgerichte" (DGM), unter der Regierung der AKP bekam die Sonderjustiz den Namen „Sondergerichte".

Doch was treibt die Türkei zu dieser Sonderjustiz, warum wird der Staat antidemokratisch und faschistisch? Ohne Zweifel ist die offizielle Staatsideologie die Ursache. Und das Ziel dieser „offiziellen Ideologie" ist es, ein Staatsvolk zu schaffen. Es sollen also alle, die innerhalb der Grenzen der türkischen Republik leben, von staatlicher Hand assimiliert werden, sodass eine „türkische Nation" entsteht. Und selbstverständlich wird jede Person, die innerhalb der genannten Grenzen lebt und nicht türkischer Herkunft ist, zur Zielscheibe und soll zur Erreichung des Ziels assimiliert werden. Aber das „Mosaik der Kulturen" in Anatolien und Mesopotamien ist vielfältig. Und deswegen gerät eine Vielzahl von Menschen und Gruppen ins Fadenkreuz der Assimilationspolitik. Aber unter dieser Vielzahl ist es lediglich das kurdische Volk, welches die Kraft zum Widerstand gegen die Assimilation aufweist. Daher sind bei der gegenwärtigen Umsetzung der offiziellen Ideologie die Kurden im Visier. Und an diesem Punkt setzt eben auch die Sonderjustiz der türkischen Republik an und spielt ihre Rolle.

Selbstverständlich hat die offizielle Ideologie neben der Schaffung eines Staatsvolkes auch andere Ziele. So sollen das religiöse Verständnis, ihre Orden und ihre Ideologie ausgelöscht werden. Auch waren Kommunisten stets ein Angriffsziel der Staatsideologie, da das System selbst auf Klassenausbeutung und -unterdrückung basiert. Auch für diese Zwecke hat das System Sondergerichte berufen und ein entsprechendes Justizsystem zu gestalten versucht. Allerdings war das vordergründige Ziel, wie es auch der jetzige Premierminister Tayyip Erdoğan immer und immer wieder betont, die Schaffung „einer Sprache, einer Nation". Deshalb hat die antikurdische Politik der türkischen Republik auch einen so zentralen Charakter und drückt jeglicher Politik ihren Stempel auf. Und das ist letztlich auch die Hauptursache für den antidemokratischen und faschistischen Charakter des Staates.

Nun gibt es Versuche, das vollkommen entlarvte Justizsystem und seine Sonderjustiz zu reformieren. Die antidemokratische und faschistische Struktur der türkischen Republik soll überwunden werden, um sie in eine demokratische Form zu bringen. Dafür ist zunächst eine neue und demokratische Verfassung vorgesehen sowie eine breit angelegte demokratische Reform des Justizwesens nötig. Und um dies bewerkstelligen zu können, bedarf es einer demokratischen Politik und einer demokratischen Mentalität. Während manche eben das versuchen, und zwar sowohl Mentalität und Politik der Gesellschaft als auch des Staates durch eine demokratische Revolution nachhaltig zu verändern, klammern sich andere reaktionäre Kräfte mit aller Kraft an den Status quo und an die offizielle Staatsideologie. Die konsequenten demokratischen Kräfte bilden erstere Gruppe, während faschistische wie die MHP zur letzteren gehören.

> Nun gibt es Versuche, das vollkommen entlarvte Justizsystem und seine Sonderjustiz zu reformieren.

Und dann gibt es noch eine dritte Gruppe, irgendwo zwischen den beiden anderen. Eigentlich will sie auch die offizielle Ideologie beibehalten, doch sie sieht, dass es nicht wirklich möglich ist und dass die Verfolgung ihrer Interessen gewisse Korrekturen verlangt. Deshalb führt sie sich in ihrer Theorie als radikale Reformer auf; in ihrer Praxis realisiert sie allerdings über lange Zeiträume nur kleinkarierte Reformen, die höchstens kosmetischer Natur sind. Sie will angeblich Veränderungen, zumindest wahrt sie diesen Schein in der Öffentlichkeit, aber in ihrer Praxis schützt sie das Althergebrachte. Ich denke, es erübrigt sich zu sagen, dass es sich bei dieser Gruppe um die AKP handelt.

Die gegenwärtige Haltung der AKP spiegelt genau das oben Beschriebene wider. Auf der einen Seite wird von der Lösung der kurdischen Frage gesprochen, auf der anderen Seite wird das System „eine Sprache, eine Nation, ein Staat" reproduziert. Auf der einen Seite wird von einer demokratischen Verfassung gesprochen, auf der anderen Seite werden „Anti-Terror-Gesetze" und die Sondergerichte gestärkt. Auf der einen Seite wird von einer „demokratischen Öffnung" und politischen Ver-

handlungen gesprochen, auf der anderen Seite wird in Form der KCK-Verfahren die demokratische Politik hinter Gitter gesteckt. Diese Widersprüche sind mittlerweile so gravierend, dass sich die Bevölkerung nur noch wundert. Wie will die AKP-Regierung mit diesen Maßnahmen die „demokratische Öffnung“, politische Verhandlungen, die Lösung der kurdischen Frage und eine neue demokratische Verfassung eigentlich vorantreiben?

Welcher Unterschied besteht zwischen dem, was 1937–38 in Dersîm getan wurde, und dem, was heute mit den Kurden gemacht wird?

Die Sonderjustiz arbeitet im Hinblick auf die Kurden auf alle Fälle auf Hochtouren. Gegen die kurdische demokratische Politik findet ein politischer Genozid statt, der immer mehr ausgeweitet wird. Jeden Tag werden dutzende Menschen verhaftet, mehr als die Hälfte von ihnen anschließend inhaftiert. Dieser Prozess hat am 14. April 2009 seinen Anfang genommen und hält nun seit fast drei Jahren an. Das Verbot der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) und die ersten Festnahmen gewählter BürgermeisterInnen sind mittlerweile fast zwei Jahre her. Nun ist ein mögliches Verbot der BDP im Gespräch. Die KCK-Verfahren haben selbstverständlich keinen Fußbreit zu einer Lösung beigetragen. Den Tausenden von Inhaftierten ist es noch nicht einmal gestattet, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen. Dem Vorsitzenden des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan wird seit nunmehr viereinhalb Monaten die Konsultation mit seinen Anwälten untersagt. Der Polizeiterror gegen die Bevölkerung nimmt tagtäglich zu. Zudem wird die kurdische Jugend auf den Bergen mit chemischen Waffen ermordet.

Und während all dies geschieht, wird auf einmal das Dersîm-Massaker diskutiert und Krokodilstränen werden vergossen. Da fragt man sich doch: Welcher Unterschied besteht zwischen dem, was 1937–38 in Dersîm getan wurde, und dem, was heute mit den Kurden gemacht wird? Diese Frage ist immanent und wird sich jedem, der die aktuellen Geschehnisse verfolgt, unweigerlich stellen. Man muss sich der Geschichte zwangsläufig stellen, aber man muss auch das gut verstehen, was heute geschieht. Die AKPler antworten auf die Frage: „Früher wurde getötet; wir lassen sie leben und stecken sie in die Gefängnisse.“ Das ist der einzige Unterschied zwischen dem CHP-Regime von 1937/38 und dem AKP-Regime von heute, zwischen den außerordentlichen Gerichten des Jahres 1937 in Eleziz (Elazığ) und den Sondergerichten von heute in Amed (Diyarbakır). Wenn dies überhaupt als Unterschied bezeichnet werden kann! Zumal das Verrottenlassen in den Gefängnissen auch nichts anderes als töten ist, und zwar die schlimmste Form des Tötens. Die Menschen ohne jegliche Befragung in die Gefängnisse zu stopfen, ihnen noch nicht einmal zu erlauben, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen, das ist, mal abgesehen vom Individuum und dem kurdischen Volk, eine Beleidigung der Menschheit. Mit ihrer Sonderjustiz hat die AKP-Regierung heute ein System der Beleidigung und Erniedrigung errichtet. Mit der Sonderjustiz und ihren Sondergerichten kann die Türkei sich nicht demokratisieren, keine Lösung für die kurdische Frage finden, keine neue demokratische Verfassung auf die Beine stellen, noch nicht einmal die Türkei von 1925 bis 1938 überwinden. Dies sollte sich jeder bewusst machen und die Realität richtig bewerten.

Vor allem die Kurden sollten diese Realität richtig analysieren und ihre Lehren daraus ziehen. Am zweiten Jahrestag des DTP-Verbots sollte der Widerstand forciert und die demokratische Politik effektiviert werden. Seit Jahren leisten tausende Menschen in den Gefängnissen einen würdevollen Widerstand gegen den AKP-Faschismus und ergeben sich nicht. Das ist selbstverständlich eine bedeutungsvolle Haltung und sollte weiter gestärkt werden. Aber dafür müssen die Politik der AKP und der Widerstand gegen ihre faschistischen Angriffe richtig verstanden werden. Die aktuelle Haltung der BDP, ihr gut geplanter demokratischer Widerstand, ist wichtig und sie wird durch eine breite Praxis sowohl den AKP-Faschismus als auch die Sonderjustiz zerschlagen.

Anmerkung:

Die „Unabhängigkeitsgerichte“ (türk.: „İstiklal Mahkemeleri“) stammten aus der Zeit des türkischen Unabhängigkeitskrieges und den Anfangsjahren der Republik. Sie wurden eingesetzt gegen „Vaterlandsverrat“, Desertion und Revolten, dann mit dem Scheich-Said-Aufstand 1925 zur Aburteilung Aufständischer benutzt (bis 1929). Für Ausnahmezustandszeiten wurden später als außerordentliche Gerichte die „Ausnahmezustandsgerichte“ (türk.: „Sıkıyönetim Mahkemeleri“) geschaffen und besonders nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 notwendig. 1973 wurden mit einer Verfassungsänderung „Staatssicherheitsgerichte“ (türk.: „Devlet Güvenlik Mahkemesi“, DGM) eingeführt, aufgrund von Protesten musste das Gesetz aber wieder revidiert werden. 1982 erklärte die Verfassung der Militärputschisten vom 12. September 1980 schließlich die DGM zum Verfassungsorgan und wies ihnen damit eine besondere Rolle zu. Sie hatten sich mit als staatsgefährdend geltenden Straftaten zu befassen (wie der Name schon sagt). Bis 1999 gehörte einem Staatssicherheitsgericht auch ein Militärrichter an, und in Ausnahmezustandszeiten und -gebieten hatten die DGM Militärgerichtsaufgaben zu übernehmen. 2004 wurden die DGM per Verfassungsänderung abgeschafft, ihre Aufgaben und ihr Personal gingen an neu installierte, den Großen Strafkammern angegliederte, „nach Art. 250 StPO für schwere Strafen zuständige“ Sondergerichte über. In den Artikeln 250–252 StPO sind dann die besonderen Zuständigkeiten aufgeführt (Oberbegriff: organisierte Kriminalität und politische Vergehen). Oppositionelle Kreise sind daher der Ansicht, die Staatssicherheitsgerichte arbeiteten weiter, nur unter neuem Etikett. ♦

Es handelt sich hierbei um eine sehr gut organisierte Struktur

Fethullah Gülen und die grüne Ergenekon-Bande

Baki Gül, Journalist und Soziologe

Der Begriff „Ergenekon" erfasst den Hauptansatz des türkischen Rassismus. Ergenekon ist – wie Gladio innerhalb der NATO – die rassistische Kernorganisation innerhalb des türkischen Staates, kurz: der tiefe Staat. Die Organisation Ergenekon wurde nicht erst mit der Machtübernahme der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) ein Thema. Mit der AKP jedoch begann die Liquidation des nationalistisch-kemalistischen Blocks von Ergenekon innerhalb des Staates. Im Zuge dieser Liquidationspolitik kam es zu Spannungen und Konflikten zwischen den herrschenden Blöcken im Staat. Es ging um die Hegemonie über das Staatsverständnis, sodass hier ein Konflikt zwischen der weißen Ergenekon, den nationalistisch-kemalistischen Strukturen, und der grünen Ergenekon, den nationalistisch-islamistischen Strukturen, entbrannte. Zur grünen Ergenekon gehören die islamistisch-nationalistische Sekte des Predigers Fethullah Gülen und die Regierungspartei AKP von Erdoğan.

Die weiße Ergenekon konnte die kurdische Frage militärisch und politisch nicht lösen. Sie versuchte, durch eine Sonderpolitik ihren Einfluss innerhalb des Militärs beizubehalten. Die türkischen Streitkräfte unterlagen aufgrund ihrer militärischen wie auch politischen Erfolglosigkeit gegenüber der PKK und der immer noch ungelösten kurdischen Frage einem enormen Verschleiß. AKP und Gülen-Sekte haben dies in eine Politik umdefiniert. Die AKP nutzte vor allem Widersprüche und Konflikte innerhalb der kemalistisch dominierten Streitkräfte aus und verwandelte sie in eine Operation. Unter dem Vorwand eines geplanten Putsches deckten AKP und Gülen-Sekte geheime Verbindungen zwischen Medien, Armee und Bürokratie auf und verhafteten hunderte Generäle, Offiziere, Bürokraten und Journalisten. Im Zuge dessen hat sich der Konflikt um die Hegemonie im Staat zu Gunsten von Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül und Bülent Arinç, ehemaligen Gefolgsleuten Erbakans und der Gülen-Sekte, verschoben. In dieser Kontroverse war vor allem die Rolle der Polizei, der Justiz und des türkischen Geheimdienstes MIT von Interesse. Sie hatten entweder eine AKP-nahe oder eine neutrale Position eingenommen, da sie von der Gülen-Sekte unterwandert und somit die kemalistisch-nationalistischen Kräfte aus ihren Strukturen verdrängt worden waren. An die Stelle der Angehörigen der weißen Ergenekon hatte Gülen seine Mitglieder der grünen Ergenekon gesetzt. Der Kern des sich neu formierenden türkischen Staates orientierte sich vom kemalistischen hin zum islamistischen Nationalismus. Die dafür geeignetste Struktur war eben die AKP Erdoğans und die sie unterstützende Gülen-Sekte.

Gülen bedient sich des Islams für den türkischen Nationalismus

Fethullah Gülen stammt aus Erzîrom (Erzurum) und engagierte sich in den 1960ern im „Verein gegen den Kommunismus". Er war die wichtigste Figur in dieser Struktur. Seine Vergangenheit ist aufgrund seiner Beziehungen äußerst interessant. Er wurde 1941 in Erzîrom (Erzurum) geboren und war Mitglied der islamischen Abspaltung der Hanefi. Er behauptet zwar, Erbe des Nurcu-Ordens zu sein und damit auch dessen Gründers, des kurdischen Religionsführers Said-i Kürdi, bezeichnet diesen aber aufgrund seiner türkisch-nationalistischen Gesinnung als Said Nursi, weil er sogar glaubt, es wäre eine Erniedrigung des Türkentums, eben diesem kurdischstämmigen Lehrer die Hand zu küssen. Es ist ein Ausdruck fehlender Achtung für Said-i Kürdi. Gülen äußerte sich einst dazu und meinte, ein Türke, auch wenn es dabei um den Glauben gehe, sollte niemals die Hand eines Kurden küssen. Mehmet Kutlular, einst ein Weggefährte Gülens, u. a. Verleger der Zeitung „Yeni Asya", äußerte sich in einem Interview mit Ruşen Çakır über die Beziehungen Fethullah Gülens zum tiefen Staat wie folgt: „Der sogenannte tiefe Staat lehnt sich an Folgendes an. Im Jahre 1980 hat sich die Politik des Staates geändert. Zuerst waren Anarchisten und Marxisten eine Gefahr, nun aber waren es die Gläubigen. Dies bedeutete, dass Kontakt zu religiösen Gruppen aufgebaut werden musste, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das Ziel dabei war, diese Gruppen und den Staat zueinanderzuführen. Daher haben die vom Staat beauftragten Vertreter damit begonnen, den Kontakt zu den Führern dieser Glaubensgemeinschaften herzustellen. Zur Sekte des Fethullah Gülen sind allerdings gesondert Vertreter des Geheimdienstes (MIT) gekommen. Auch zu mir sind sie gekommen und haben uns angeboten, im Ausland gemeinsam gegen Glaubensgemeinschaften der ‚Milli Görüş' und ‚Süleymanci' vorzugehen. Ich habe dies jedoch klar abgelehnt ... Der sogenannte tiefe Staat hat mit den meisten islamischen Gruppen Vereinbarungen getroffen."

Gülen verteidigt Militärputsche

Fethullah Gülen ist eine der Persönlichkeiten, die besonders von den sich ergebenden Möglichkeiten des Militärputsches vom 12. September 1980 profitieren durfte. In der Zeitschrift „Sızıntı“ erklärte er den Putsch für notwendig. Um zu verhindern, dass sich die gesellschaftlichen Bewegungen in der Türkei und Kurdistan jeweils zu einer marxistisch-revolutionären und kurdischen Befreiungsbewegung entwickeln, hatte man Gülen alle Möglichkeiten zur Gründung von Koran-Kursen, Internaten, privaten Lernanstalten und Schulen geboten. Die Gülen-Sekte ging anschließend dazu über, eigene Kader in die Polizeiorganisation, Gouverneurs- und Landratsämter und Staatsanwaltschaften zu schleusen. In seinen Reden kommt stets die türkisch-nationalistische Gesinnung zum Ausdruck. Als Sekte unterstützen sie stets die gerade an der Macht befindliche Partei. Der Putsch vom 12. September 1980 und die folgende liberal-nationalistische Regierungspartei ANAP von Turgut Özal wurden offen unterstützt. Ebenso die folgenden Regierungen: 1990 die nationalistisch-konservative Regierung von Süleyman Demirel, 1993 die Kriegstreiberin Tansu Çiller, 1999 die Regierung des sozialdemokratisch-nationalistischen Politikers Ecevit, die rassistisch-faschistoide Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Ab 2002 unterstützt die Gülen-Sekte die Regierung des Duos Erdoğan/Gül. Deren Partei AKP versteht sich als national, islamisch, liberal. Erkennbar kooperiert Gülen nur mit Kräften, die über die Macht im Staat verfügen und das Türkentum vertreten. Als ihn der Einfluss der kemalistischen Elite innerhalb des Militärs ängstigte, gab er vor, aufgrund gesundheitlicher Probleme ins Ausland zu müssen, und ließ sich daraufhin in den USA nieder. Er kaufte sich mit Spenden aus seinen Schulen für den „heiligen Prediger“ für mehrere Millionen Dollar eine Ranch in Pennsylvania. Hier gelang es ihm, die Kontakte zu den Mächtigen im Staat noch reibungsloser aufzubauen. Denn er begann über seine Privatschulen, mit dem Kapital der Sekte und ihrem Wählerpotential Einfluss auf die politische Struktur des Staates zu nehmen. Dabei nutzt er seinen Einfluss in Polizei und Geheimdienst, sodass er politische Gegner per Komplott aus dem Weg räumen lässt. Er nutzt die von ihm kontrollierten Medien, um sich als religiösen Gelehrten mit keinerlei Machtambitionen darzustellen. Weder Journalist noch Schriftsteller, gründet er in seinem Namen eine Stiftung für Journalisten und Schriftsteller. Obwohl Lobbyisten ihn im Ausland als Fürsprecher des Islam vorstellen, obliegt es ihm nicht, den Islam zu verbreiten, sondern Türkentum und türkische Sprache. Um den Islam für die Interessen der Türken einzunehmen, taktiert er politisch.

Die Lücke, die der weiße Ergenekon-Bund hinterlassen hat, füllt Gülen mit seinen Mitgliedern aus Polizei, Geheimdienst und Justiz. Auch über Erdoğan gewinnt er auf diesem Wege Einfluss. Kurz gesagt, Ergenekon hat in der Türkei lediglich die Farbe gewechselt. Denn zwischen der türkisch-rassistisch-nationalistischen weißen Ergenekon und der islamistisch-nationalistischen grünen Ergenekon gibt es keinen Unterschied. Denn in beiden Ergenekon-Strukturen wird in zentralen Fragen wie den zu den Armeniern, Kurden, zu Zypern, Syrien, Irak, Iran ähnlich gedacht. In beiden ist die extremistische türkische Idee des Turanismus existent. Die eine Struktur betont den laizistischen und die andere den islamischen Aspekt. Aber als Ergebnis kann festgehalten werden, dass beide für ihr jeweiliges politisches Modell die gleiche Politik gebrauchen.

Weil das Buch „Die Armee des Imams“ [*vgl. S. 32*] die Gülen-Sekte beschreibt, wurde es noch vor Veröffentlichung verboten. Darin sind folgende Schilderungen gut geeignet, um Fethullah Gülen zu charakterisieren: Es war Prof. Dr. Ahmet Insel von der Marmara-Universität, der in einem Interview mit Neşe Düzel von der Zeitung Taraf auf die Frage, ob „bewusst nationalistische Kader im Staat installiert“ würden, antwortete: „Sie sind bereits installiert worden. Im Moment sind die Führungs- und Auswahlkader welche. Wir können gerade sehr gut verfolgen, wie das Bildungsministerium auf missionarische Art und Weise versucht, die Aleviten innerhalb des Islam aufzulösen [*sie zum Konvertieren zu bewegen*]. Im Innenministerium haben wir dieselbe Kaderstruktur. Innerhalb der Polizei gibt es eine klare Kaderstruktur Gülens und im Justizapparat ist sie gerade im Aufbau. Als die Militärs bemerkt hatten, dass ihnen die Kontrolle entgleitet, versuchten sie sich dieser Struktur am 28. Februar [*1997; s. Anm. S. 15*] zu entledigen. Denn sie bekamen nun Angst vor der ‚Kreatur‘, die sie selbst erzeugt hatten.“ Auf diese Äußerung hin hakte Neşe Düzel nach und fragte, ob die „Kreatur die Fethullah-Gülen-Sekte“ sei. Daraufhin Insel: „Ja, sie wurden sehr offen ab 1970 unterstützt, und ab 1980 unternahm man gezielte Anstrengungen, um sie weiter zu stärken. Unter den Unterstützten waren nicht nur die von Gülen, sondern alle, die eine türkisch-islamische Synthese verfolgten. Weil aber diese Kräfte nun begonnen hatten, sich für eigene Interessen einzusetzen, kam es zum Konflikt mit den Militärs. Diese sind alle nationalistisch gesinnt. Fethullah Gülen ist ein Nationalist, der in Organisationen, die sich dem Kampf gegen den Kommunismus verschrieben hatten, heranreifte. Der tiefe Staat empfindet vieles als legitim, solange es unter seiner Kontrolle steht. Sobald sich aber etwas seinem Einfluss entzieht, stellt es für ihn eine Gefahr dar. Gülen hat die Behauptung aufgestellt, dass sie in seinen Schulen eine goldene Generation heranziehen wollen. Dass sie eine unglaublich starke türkisch-islamische Elite wie die Jesuiten heranziehen werden, die dann die Welt beherrschen wird.“

Die Fehlinterpretation der BRD in Bezug auf Gülen

Die Europäer, allen voran die BRD, sind mit der Gülen-Sekte im Einklang. Doch scheinen sie nicht ganz zu wissen, was hinter den Kulissen los ist. Die Gülen-Sekte hat eine rechtsgerichtete nationalistische türkische Gesinnung. Ihr Ziel ist es, die Türken und das Türkentum zur Weltherrschaft zu führen. In all ihren Schulen und Moscheen werden diese Ideen verbreitet. Sie lehnen es vor allem ab, andere Bücher zu lesen

und sich mit anderen Kulturen auszutauschen. Sie haben eine geschlossene, autoritär aufgebaute Organisationsstruktur. Unter dem Vorwand, die Bildungsprobleme von Jugendlichen lösen zu wollen, werden Instanzen der „Älteren Brüder und Schwestern“ installiert, die die Jugend blockieren. Mit der Instanz des „heiligen Mentors“ wird Fethullah Gülen als Erlöser stilisiert. Da sie ein liberales Wirtschaftssystem befürworten, betrachten sie die Wirtschaft als Existenzberechtigung.

Gülens Genozid-Plan für Kurdistan

Die jüngsten Bestrebungen Fethullah Gülens gehen dahin, die türkische Besatzung in Kurdistan zu erneuern. Als die kurdische Freiheitsbewegung die Politik des türkischen Staates der letzten Jahrzehnte entlarvt und neutralisiert hatte, kam die Gülen-Sekte auf die Agenda. Vor kurzem sprach Gülen in einer Rede eine Kriegs-Fatwa über die Kurden aus. An dieser Fatwa sind einige Aspekte sehr außergewöhnlich. Gülen-Sekte und AKP-Regierung transportieren das neue Verständnis von der Besatzung über den Gesundheitsbereich, Schulen, Moscheen und Hilfsstiftungen nach Kurdistan. Ziel ist dabei, die Kurden durch eine sensiblere Assimilationspolitik und Repression für sich einzunehmen und erneut auszubeuten. Gülen hat seit seiner letzten Rede diesen Plan dargelegt und spricht diese Punkte offen an. Sie gehen jede zu liquidierende Person und Institution Namen für Namen durch und praktizieren eine Politik der polizeilichen Verhaftungen und der militärischen Vernichtung. Gülen empfiehlt die Lehrkräfte zum Zwecke der Assimilation einzusetzen. Er macht klar, dass der islamische Glaube in Kurdistan angewendet und die Zahl der Sittenwächter erhöht werden muss. Er scheint sich in die Assimilationspläne derart vertieft zu haben, dass er anbringt, man müsse die gesundheitlichen Probleme der Menschen in Kurdistan ausnutzen, um bis ins Innere vorzudringen. Um Assimilation und Kollaboration zu erreichen, ist es nach Gülen notwendig, bis ins gesellschaftliche Gewebe vorzustoßen. Inzwischen beeinflusst Gülen auch den Justizbereich sehr stark. Er überhäuft bereits Richter, Staatsanwälte und Justizpersonal mit Anordnungen. Auffällig waren auch die Devisen aus seiner Rede zum politischen Genozid. Damit empfiehlt er quasi Polizei, Geheimdienst und Militär ein Massaker an 50 000 Menschen, wenn dies der erneuten Errichtung der staatlichen Hoheit über Kurdistan dient.

Die Warnung der KCK an Gülen

Die kurdischen Organisationen verfolgen aus nächster Nähe die von Fethullah Gülen neu definierte Staatspolitik. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) betrachtet Gülen und seine Sekte als die neue Ergenekon und als Vertretung des Staates in Kurdistan mit der Mission zur Umsetzung seiner neuen Politik. Der KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayılan meint dazu, die Gladio-Truppe der NATO, welche hier Ergenekon ist, habe in der Türkei sehr lange eine Rolle gespielt.



Foto: meydansozluk.com

Ergenekon habe sich im Krieg gegen die Kurden eingekapselt und mafiöse Strukturen gebildet, sodass sie innerhalb des Staates zur Belastung wurden. Daher habe man sie heute außer Kraft gesetzt. „Gladio wechselt die Kluft“, so Karayılan, „an die Stelle der bekannten tritt nun die grüne Ergenekon, die Gülen-Sekte.“

„Ihre Mitglieder haben sich in Bezirkskomitees organisiert und bestimmen darüber, wie staatliche Beschlüsse durch die Sicherheitsorgane und Gouverneure umzusetzen sind, sodass sie mittlerweile zu den wahren Machtzentren geworden sind. Das ist sowohl in Kurdistan als auch in der Türkei der Fall. Natürlich gibt es noch nicht im System aufgegangene Kreise, aber auch die können sie nach Bedarf lenken. Es handelt sich hierbei um eine auf zentraler Ebene wie auch auf Bezirksebene sehr gut organisierte Struktur“, so Karayılan. Er weist darauf hin, dass diese Struktur mittlerweile eins sei mit der AKP. Anstelle der militärischen Vormundschaft über den Staat sei nun eine andere Form der Vormundschaft installiert worden. Auch der Krieg gegen die Kurden werde, so Karayılan, unter Aktivierung aller Ressourcen von der grünen Ergenekon-Bande geführt. ♦

Die neue Form des aufblühenden türkischen Nationalismus in Europa

Kurden und Kurdinnen sind der Gülen-Bewegung ein Dorn im Auge

Memo Yaşar, Politologe

In den vergangenen Monaten hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan durch seine Hasspredigten wiederholt kurdische PolitikerInnen sowie ZivilistInnen – innerhalb und außerhalb der Türkei – zur Zielscheibe faschistischer Übergriffe gemacht. Die wiederholten Drohungen des türkischen Ministerpräsidenten gegen die BDP und gegen KurdInnen, die seiner Ansicht nach mit der kurdischen Freiheitsbewegung sympathisieren, wurden durch die von der Polizei geduldeten Übergriffe türkischer Faschisten auf KurdInnen in die Tat umgesetzt.

Auch in Europa versucht die AKP-Regierung gemeinsam mit der Fethullah-Gülen-Bewegung und über die türkischen Botschafter – die sie ja schon längst selbst rekrutieren – zu Anschlägen und Übergriffen auf KurdInnen zu mobilisieren. Nicht zuletzt gab es – anlässlich des türkischen Staatsfeiertages am 29. Oktober – in fast allen Großstädten Europas wie Amsterdam, Brüssel, Antwerpen, Paris, Straßburg, Basel, Berlin, Mannheim, Köln, Stuttgart, München, Hannover, Hamburg zentral organisierte Demonstrationen türkischer Ultranationalisten. Nach diesen Demonstrationen wurden in Deutschland[1], Österreich[2], Belgien, Frankreich, England und Holland kurdische Geschäftslokale überfallen, kurdische Vereinslokale sowie Caféhäuser angegriffen und dutzende Menschen körperlich verletzt. In Mannheim wurden türkische Fahnen an Cafés, Supermärkte und Geschäftslokale verteilt. Wer sich weigerte, diese Fahnen aufzuhängen, wurde von den Faschisten bedroht und terrorisiert.

Grund für diese vermehrten sowie zentral gesteuerten Übergriffe türkischer Ultranationalisten auf KurdInnen ist die Ideologie der Fethullah-Gülen-Bewegung, welche hinter der AKP-Regierung steht und diese für ihre politischen Pläne steuert. Wer aber ist Fethullah Gülen, und welche politisch-ideologische Einstellung hat dieser islamische Prediger?

Um die Strukturen und Organisationsformen der Gülen-Bewegung in der Türkei und in Europa verstehen zu können, ist es notwendig, sich die Entwicklung des Islam in der Türkei kurz vor Augen zu führen. Der Islam war zwar Staatsreligion im Osmanischen Reich, es gab aber immer wieder Spannungen zwischen den Kalifen[3], dem offiziellen Islam und dem im Volk verbreiteten Islam des Sufismus[4].

Mit der Republikgründung durch Mustafa Kemal – nach westlichem Vorbild – begann in der Türkei eine Modernisierungswelle. Um einen Anschluss an den Westen zu bekommen, wollte Mustafa Kemal den Staat und die Gesellschaft nicht mehr nach traditionellen Verhaltensformen führen, sondern eine säkulare Ideologie begründen. Diese Reformbemühungen führten zu einer starken Ablehnung seitens breiter Gesellschaftsschichten und in weiterer Folge zu starken, teilweise bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Truppen von Mustafa Kemal und den unterschiedlichen Orden und ihren Anhängerschaften[5].

Die Überlegenheit des Staates und die damit verbundenen Repressalien zwangen die Orden in den Untergrund, wo sie sich in Form von Tariqas[6] organisierten. Somit war eine große Konfrontation zwischen säkularen und geistlichen Kräften vorprogrammiert. Die Folgen dieser Entwicklungen begleiten die Geschichte der türkischen Republik bis heute. Immer wieder gewannen die Tariqas an Macht, widersetzten sich mit Hilfe politischer Parteien, Medien, Wirtschaftsunternehmen, Bildungseinrichtungen usw. dem Staat und wurden dann von staatlicher Seite mit Methoden wie Parteiverboten, Militärputschen usw. bekämpft und mit wechselndem Erfolg zurückgedrängt[7].

Durch die Fethullah-Gülen-Bewegung, welche nach dem Militärputsch am 12. September 1980 als islamisch-nationalistisches Bollwerk gegen linke und antiimperialistische Bewegungen fungieren sollte, hat sich auch die Struktur des politischen Islam in der Türkei maßgeblich geändert. Die Putschisten und Investoren merkten immer mehr, dass altbekannte Methoden wie Militärputsche allein keine Resultate gegen links-oppositionelle Gruppen liefern. In seinem Buch „Imamın Ordusu" (Die Armee des Imam) schreibt Ahmet Şık[8]: „Die Putschisten merkten, dass sich linke Kader sogar innerhalb des Militärs formierten und platzierten als Gegenpol dazu Menschen mit nationalistischem und religiösem Ideengut, die nach dem Putsch die wichtigsten Posten in staatlichen Einrichtungen bekleideten."[9]

Damit die Religion – hier der Islam – gegen linke und sozialistische Strömungen eingesetzt werden konnte, war es notwendig, Islamisten zu finden, die sich auch für diese Zwecke einsetzen lassen. Die Aufmerksamkeit richtete sich hierbei vor allem auf Fethullah Gülen, auf den diese Eigenschaften zutrafen, der als Imam im Volk bereits sehr beliebt war und der durch seine nationalistischen Ideen bekannt war. Zuvor war Gülen Vorsteher des Vereins „Kampf gegen den Kommu-

nismus“ und hatte intensive Kontakte zu Alparslan Türkeş[10]. Die Gülen-Bewegung hat es innerhalb kürzester Zeit – mit Unterstützung der USA – geschafft, die politische Macht in der Türkei an sich zu reißen. „Fethullahci, wie sich Gülens Anhänger nennen, besetzen inzwischen Positionen bis in höchste türkische Regierungskreise“[11].

Die Gülen-Bewegung ist eine global agierende Sekte, hat die Struktur eines Konzerns und ist absolut türkisch-nationalistisch orientiert. Die Schulen dieser Bewegung erstrecken sich über Zentralasien nach Afrika und bis nach Europa. Sie haben das Ziel, eine türkisch-islamische Synthese zu realisieren. In diesen Schulen ist Türkisch die Unterrichtssprache und die türkische Nationalhymne ein Muss. Auf Grund der streng religiösen und türkisch-nationalistischen Ausrichtung dieser Schulen haben sie viele arabische Länder sowie der Iran verboten. In den vergangenen Jahren wurden Gülen-Schulen auf Grund ihres fundamentalen Islamismus und Pantürkismus in Russland[12] geschlossen, und in Usbekistan wurden Funktionäre der Bewegung festgenommen.[13]

In Europa wird die Gülen-Bewegung, trotz Protesten von KurdInnen sowie links und demokratisch gesinnten TürkInnen, hofiert. In vielen EU-Ländern hat diese Bewegung eine große Anzahl AnhängerInnen und FunktionärInnen. Sie betreiben Schulen, Wirtschaftsunternehmen und Medien, StudentInnenheime, Nachhilfeinstitute und Moscheenvereine. In ihren Einrichtungen werden vor allem Jugendliche und junge Erwachsene rekrutiert und mit türkisch-islamischem Gedankengut indoktriniert.

Nicht dass es vor der Regierungszeit der AKP, des verlängerten Arms der Gülen-Bewegung, keine fundamental-islamistischen sowie türkisch-faschistischen Strömungen in Europa gegeben hätte. In Europa gab es auch vor der AKP die faschistischen Vereine der „Grauen Wölfe“ sowie fundamental-islamistische Moscheenvereine geben, die für ihre kurdenfeindlichen und antiwestlichen Predigten bekannt waren. Aber mit der Machtergreifung der AKP, die innerhalb kürzester Zeit viele Posten im Staat bekleidete und auch Botschafter in Europa ernannte, hat die Sache eine andere Dynamik bekommen.

Türkisch-faschistische und fundamental-islamistische Gruppen in Europa, die schon seit ihren Anfängen eine enge Beziehung zum türkischen Staat hatten, werden nun erstmals von der AKP-Regierung bewusst als Werkzeuge zur Umsetzung türkischer Staatsinteressen eingesetzt. Die türkische Religionsbehörde, die nach dem Militär den größten Posten im türkischen Staatshaushalt erhält, ernennt die Imame in den jeweiligen Ländern, welche die Moscheenvereine als Unterbehörden des Staates führen.

Die Kurdinnen und Kurden sind der Gülen-Bewegung – sowohl in der Türkei als auch in Europa – ein Dorn im Auge, weil sie ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Nicht ohne Grund wurden innerhalb der letzten zwei Jahre mehr als 8 000 Kurdinnen und Kurden in der Türkei festgenommen und davon mehr als 4 000 inhaftiert. Eines der Hauptziele der Gülen-Bewegung ist es, auch die Aktivitäten der kurdischen Flüchtlinge in Europa mit unterschiedlichsten Mitteln zu verhindern und eine Öffentlichkeitsarbeit der kurdischen Diaspora zu unterbinden. Nur dadurch können die vermehrten Übergriffe türkischer Faschisten auf kurdische Vereins- und Geschäftslokale sowie Persönlichkeiten erklärt werden. Man will die KurdInnen in Europa einschüchtern und davon abbringen, ihre politischen und kulturellen Aktivitäten in den unterschiedlichen europäischen Staaten weiterzuführen. So erklären sich auch die ständigen Drohungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan gegen die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, die angeblich die PKK unterstützen[14]. Nicht zuletzt die Untersuchung deutscher Stiftungen in der Türkei[15] – mit dem Vorwurf, Gelder an die PKK zu schleusen – zeigt die Paranoia des türkischen Ministerpräsidenten.

Dieses große wirtschaftliche und religiöse Netzwerk ist nicht nur eine Gefahr für die in Europa lebenden KurdInnen und andere oppositionelle Gruppen aus der Türkei, sondern auch für die autochthone Gesellschaft hierzulande. Denn die Gülen-Bewegung versucht – unter dem Vorwand der Assimilationsgefahr – jeglichen Bestrebungen für die Integration türkisch-/kurdischstämmiger Menschen vorzubeugen und sie zu unterbinden. Schließlich leben allein in Deutschland rund drei Millionen Menschen türkischer Abstammung (davon eine Million KurdInnen). Dies stellt eine große wirtschaftliche und politische Ressource dar, von der die AKP-Regierung und die Fethullah-Gülen-Bewegung profitieren wollen.

1 http://www.taz.de/!80565/
2 http://dastandard.at/1319181609238/Wien-Krawalle-bei-anti-tuerkischen-Protesten-in-Fuenfhaus?seite=5
3 Der Kalif war sowohl der geistliche als auch der politische Führer des theokratischen Staatswesens.
4 Strömungen im Islam, die sich um einen Gelehrten (Sufi) herum formen und unzählige Orden und Bruderschaften bilden.
5 T. Schmidinger, D. Larise (2008): Zwischen Gottesstaat und Demokratie: Handbuch des politischen Islam.
6 Als Tariqa bezeichnet man eine Gruppe von Leuten, die gemeinsam auf demselben Weg zu Gott reisen, mit anderen Worten eine Sufi-Bruderschaft bzw. einen Derwisch-Orden.
7 Wunn, Ina (2007): Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart.
8 In der Türkei wurden in den letzten Monaten Dutzende regierungskritischer JournalistInnen festgenommen. Einer von ihnen ist der angesehene Reporter Ahmet Şık, dem das noch nicht einmal fertige Buch beschlagnahmt und die digitalen Kopien zerstört wurden. „Şık hatte über den Geheimbund Ergenekon recherchiert und war dabei auf die seltsame Verbindung eines radikalen Islamistenbundes, der Fethullah-Gülen-Bewegung, und der türkischen Justiz sowie der Polizei gestoßen.“ (siehe: Die Presse, Türkei: Der Vormarsch der islamistischen Chauvinisten.
http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/654304/Tuerkei_Der-Vormarsch-der-islamistischen-Chauvinisten).
9 Wunn, Ina (2007): Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart.
10 Gründer der rechtsextremen türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)
11 Wunn, Ina (2007): Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart.
12 Siehe http://www.haber5.com/rusyadan-cemaat-okullarina-yasak-haberi-125015.aw
13 Siehe http://www.milliyet.com.tr/ozel/dosya/gulen/gulen3.html
14 http://www.sabah.com.tr/Gundem/2011/11/03/pkk-terorunu-belgeledik-fakat-bir-sonuc-alamadik
15 http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,790073,00.html

Die autoritär werdende AKP und die KCK

Dr. Vahap Coşkun, Dozent an der Juristischen Fakultät der Dicle-Universität Diyarbakır

Die KCK-Razzien wurden zu Beginn vom Umfeld der DTP/BDP auf die Ergebnisse der Regionalwahlen vom März 2009 zurückgeführt. Demnach hätten sie die nicht verdaute Wahlschlappe der AKP im Osten und Südosten widergespiegelt. Die AKP hatte dort eigentlich die kurdische politische Opposition verdrängen wollen.

AKP-nahe Kurden und kurdische politische Kreise außerhalb der DTP/BDP maßen dieser Erklärung keine Bedeutung bei, solche Razzien einer Regierung, die eine Reformpolitik eingeleitet hatte, wären kontraproduktiv. Nach ihrer Meinung waren es Razzien der im Osten und Südosten erstarkenden Gülen-Bewegung, somit eine politische Schwächung der ihrem Vorhaben im Weg stehenden PKK – und die Regierung habe sich mittendrin gesehen. Dass die Gülen-Bewegung sich große Mühe dabei gab, diese Razzien in ihren Medien zu legitimieren, und die Regierung sich dessen nicht wirklich annahm, beförderte Überlegungen in dieser Richtung.

Die wichtigste Razzia

Nur war dieser Gedankengang nicht wirklich überzeugend. Vor allem stand er im Widerspruch zur Natur der Macht. Die AKP beschneidet die weitreichenden Kompetenzen der Armee, der MIT (Millî Istihbarat Teşkilâtı – Nationaler Geheimdienst) wird loyalen Händen übergeben, im Lauf der Zeit festigt sie ihre Macht in Justiz, Medien und Akademien – undenkbar, dass die AKP, die geradezu die Herrschaft zu übernehmen beginnt, an einem so kritischen Punkt wie der Kurdenfrage nicht die Initiative ergriffe. Regierung und Gülen-Bewegung könnten zusammen gegen ihren „gemeinsamen Feind" angegangen sein und sich so gegenseitig nützen, aber ohne Frage würde sich die Regierung in der kurdischen Politik nicht ausklinken und sie einer anderen Kraft übertragen.

Denn nach der aktuellsten KCK-Verhaftungswelle gab es vonseiten der Regierung keine „gutwilligen AKP-Äußerungen" wie „die KCK ist eine Sache der Bewegung und nicht der Regierung". Die AKP übernimmt von ganz oben die Verantwortung für die KCK-Razzien und erklärt sie zur eigenen Politik. Das machen sie auf zweierlei Weise:

Führungskräfte der AKP betonen nach jeder Festnahme- und Verhaftungswelle, wie richtig und legitim sie sei. Yalçın Akdoğan, Berater des Premiers, war voll des Lobes: „Die KCK-Razzien sind die wichtigsten der letzten dreißig Jahre." Innenminister Şahin beschwor wieder den Eindruck von der Macht der Nationalfronten der 1970er Jahre herauf mit dem Versuch zu erklären, wie gefährlich Büşra Ersanlı [*BDP-Vertreterin in der parlamentarischen Verfassungskommission]* sei, und erinnerte an ihre „kommunistische" Vergangenheit.

„Es ist sehr wichtig, schuldig von unschuldig zu trennen. Ich denke, diese Trennung hat stattgefunden", behauptet Vize-Premier Bozdağ und nimmt den Gerichten die Arbeit ab, indem er die Schuldigen von vornherein feststellt. „Ich unterstütze die KCK-Razzien", sagt der Premierminister, beschuldigt Kritiker als Unterstützer des Terrors und fragt, an seiner Zigarette ziehend: „Wisst Ihr, was diese Leute gemacht haben?" „Auch Freiheiten haben Grenzen", so der Premier, er schüchtert damit diejenigen mit einer kritischen Position ein und weist die Medien in die Schranken: „Die Presse muss zusammenhalten."

Mit solchen Worten werden Grundelemente des Rechts vollkommen zerstört.

Das Prinzip der „Unschuldsvermutung" wird von den Mitgliedern der Regierung tagtäglich mit Füßen getreten. Menschen, von denen wir noch nicht einmal wissen, wessen sie beschuldigt sind, werden vom parlamentarischen Rednerpult aus, in Fernsehprogrammen und Zeitungskommentaren als Schuldige ausgerufen.

Der Grundsatz der „persönlichen Schuld" spielt keinerlei Rolle für die Herrschenden. Falls ein nahes oder entferntes Familienmitglied früher einmal oder aktuell an einem Vergehen beteiligt war oder dahin gehend verdächtigt wurde, macht es sie zum Schuldigen. Manche Zeitungen machen noch nicht einmal hier Schluss; falls ein früheres oder aktuelles Mitglied ihrer Familie zu den „üblichen Verdächtigen" der Gesellschaft gehört, kann das als Beweis dafür genutzt werden, sie der Beteiligung an einem Verbrechen zu bezichtigen. Indem Recht und Moral ausgehebelt werden, wird das Leben derer, die die Grenzen der AKP überschreiten, erschwert.

Und zweitens: Die AKP weist die Richtung der KCK-Razzien. Wenn Sie die Aussagen ihrer führenden Vertreter aufmerksam verfolgen, ist es keine schwere Aufgabe zu vermuten, wer bei den KCK-Razzien die Nächsten sind. Beispielsweise sagte der Premierminister: „Es gibt da das Rechtsbüro des Jahrhunderts. Hier wechseln stets die Rechtsanwälte. Es gehen nicht immer dieselben Anwälte nach Imralı. Aber jetzt hat es aufgehört, dass aus Imralı Nachrichten kamen." Mit dieser Aussage, direkt auf die Anwälte Öcalans gemünzt, war es klar, dass sie die nächste Welle treffen würde. Und genauso war es; fast alle Rechtsanwälte, die auf Imralı mit Öcalan gesprochen haben, wurden an einem Tag eingesammelt.

Totaler Krieg

Nun, da Öcalan nicht erst gestern festgenommen wurde und auch nicht erst neu mit seinen Anwälten Gespräche aufgenommen hat, muss es einen anderen Grund für diese Festnahmen geben. Ich vermute, dass es die aktuelle Kurdenpolitik der Regierung ist.

Folgendes: Die Regierung wollte von Barzani und Talabani [*PDK und YNK in Südkurdistan*] Unterstützung im Kampf gegen die PKK, erhielt jedoch nur zur Antwort: „Wir unterstützen keine Formel, die Kämpfe beinhaltet, aber wir tun alles in unserer Macht Stehende für eine politische und friedliche Lösung." Es ist bekannt, dass beide Anführer nicht glücklich sind über die Existenz der Kämpfer der PKK in Südkurdistan und dass sie befürchten, die PKK-Aktionen würden ihre Beziehungen zur Türkei zerstören. Aber sie sehen die Lösung nicht in einem Kampf zwischen den Kurden, sondern in der Entwaffnung der PKK, und darauf verwenden sie ihre Energie. Nach unwidersprochenen Meldungen der letzten Tage sollen beide die PKK überredet haben, nach kurzer Zeit die Kämpfe einzustellen – also einen Waffenstillstand auszurufen.

Die PKK habe aber als Voraussetzung genannt, Öcalan solle diesen Aufruf an sie richten.

Ich denke, die Bedeutung dieser Bedingung der PKK lag darin, dass Öcalan wieder auf der Bühne erscheinen und die Verantwortung mit ihm geteilt werden sollte. Er hätte einen solchen Aufruf allein über seine Rechtsanwälte tätigen können. Nur hat die Regierung mit der Festnahme aller Anwälte ihre Ablehnung gezeigt.

Festzustellen bleibt, dass die Regierung, statt mit Öcalan zu sprechen, ihr jüngstes Konzept des totalen Krieges weiterverfolgen will. Dies lässt die AKP zweifellos sehr autoritär werden.

Als Ergebnis ihrer Politik der Demontage demokratischer Prinzipien verlangt sie, dass alle ihr huldigen, sie kann keine Andersdenkenden akzeptieren, ignoriert die juristischen Feinheiten. Die AKP beginnt das zu tun, was jede andere Macht vor ihr getan hat und was sie früher kritisiert hat.

Quelle: Zeitung RADIKAL, 27.11.2011

Die kurdische Karte verliert ihre traditionelle Wirkung

Die Zeit ist reif für die kurdische Nationalkonferenz

Nilüfer Koç

Eine bessere Gegenwart ist immer abhängig von den Lektionen, die aus der Vergangenheit gelernt wurden. Geschichte ist daher kein totes Gebilde, sondern widerspiegelt sich lebendig auf die verschiedenste Art in der Gegenwart. So gesehen ist es für uns Kurden wichtig, aus unserer Vergangenheit zu lernen, und dies tagtäglich. Unsere Geschichte in uns selbst zu finden und zu begreifen ist die Grundlage, um heutige gesellschaftliche wie politische Prozesse besser zu verstehen. Eine Äußerung des Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Abdullah Öcalan, von 1986, als Motto über dem Eingangstor der ehemaligen Mahsum-Korkmaz-Akademie: „Hier wird in der Gegenwart die Geschichte, in der Person die Gesellschaft analysiert", bringt es auf den Punkt. Diese wissenschaftliche Methodik, in erster Linie ein grundlegender Maßstab der Selbstanalyse für die politisch Engagierten, drang bis in die Gesellschaft vor. Die Geschichte in sich selbst zu finden und in dem Moment dieser Analyse die Geschichte zu erfassen, das war und ist immer noch von Bedeutung. Ansonsten wären die durch die Kolonialisierung entwickelten Schwächen überaus schwer zu verstehen. Andererseits war und ist es wichtig, sich auch jenseits der meist von Nichtkurden aufgegriffenen kurdischen Geschichte zu sehen. Trotz der systematischen Assimilationspolitik der Kolonialisten Kurdistans, die alles Kurdische als minderwertig und rückständig betrachteten, haben die Kurden auch ihre – meist versteckten – starken Seiten erfahren, die die Kolonialisten nicht erkannt hatten. Öcalans geschichtsanalytische Methodik half daher, in sich einerseits den Assimilierten, aber auch die Spuren der vergessenen kurdischen Widerstandsgeschichte zu sehen.

Ein historischer Dienst Öcalans für die Kurden sind in diesem Zusammenhang seine Schriften, die er auf der Gefängnisinsel Imralı unter unmenschlichen Isolationshaftbedingungen gefertigt hat. Tausende Jahre kurdischer Geschichte hat er mit ihren gegenwärtigen Spuren aufgegriffen. Für kaum ein anderes Volk ist es daher so lebenswichtig, die eigene Geschichte mit kurdischen Augen zu erlernen. Heute gehen ihr hunderte Werke kurdischer Intellektueller nach. Eine der

grundlegendsten Fragen, auf die eine Antwort gesucht wird, dreht sich um die Teilung Kurdistans durch die Kolonialisten und die dadurch verursachte gesellschaftliche Zersplitterung. Also die Frage der kurdischen Einheit. Sie ist wesentlich bei der Ursachenforschung nach den wenigen Erfolgen in den 28 kurdischen Aufständen, obwohl heldenhaft Widerstand gegen die Unterdrückung geleistet wurde. Diese Aufstände waren meistens lokal begrenzt, Solidarität und gegenseitige Verantwortung rar. Auch der mangelnde Informationsfluss aufgrund nicht vorhandener Kommunikationsmittel war maßgebend dafür, dass man erst Jahre später von einem Aufstand erfuhr. Ebenso gab es keine politischen Plattformen, auf denen die meist die Aufstände anführenden kurdischen Religions- und Stammesführer zusammenkamen, um Erfahrungen auszutauschen oder gemeinsame nationale Pläne zu entwickeln.

Ein weiteres Problem für ein Zusammenkommen der kurdischen politischen Kräfte bei diesen Aufständen war die Teile-und-herrsche-Politik der Kolonialisten. Zu oft wurden kurdische politische Kräfte gegeneinander ausgespielt. Dies ist vor allem im 20. Jahrhundert von den regionalen sowie internationalen Hegemonialkräften systematisiert worden. Die Herrschenden versuchen noch immer, Profit daraus zu schlagen. So werden heute noch Kurden in „böse“ und „gute“ kategorisiert, und manche kommen auf die Liste terroristischer Organisationen und manche werden bevorzugt.

Aufbau eines kurdischen Nationalparlaments

In den letzten dreißig Jahren des kurdischen Freiheitskampfes unter der Führung der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) hat sich vor allem in der Frage der nationalen Einheit eine positive radikale Wende ergeben. Bis vor zehn Jahren noch sprach man vom Bruderkrieg („birakujî“). Trotz ideologischer und politischer Differenzen hat sich inzwischen auch ein Dialog zwischen den politischen Kräften entwickelt. Ferner äußern sich immer mehr kurdische politische Parteien zur Notwendigkeit einer nationalen Konferenz. Auch hierbei muss auf das unermüdliche Engagement Abdullah Öcalans hingewiesen werden, der wieder und wieder unter schwierigsten Bedingungen die nationale Einheit gefordert hat. Bereits 1992 rief er zum Aufbau eines kurdischen Nationalparlaments auf, in dem Kurden gemeinsame Angelegenheiten erörtern sollten. Im Herbst ‘92 wurde der Nationalkongress Kurdistans mit Vertretern aus den vier Teilen und der Diaspora ins Leben gerufen. Allerdings wurde dieses Parlament in den Bergen aufgebaut, da es in den Städten der Türkei, Irans, Iraks und Syriens keine Chance hatte. Als eingesehen werden musste, dass ein Nationalparlament unter den Kriegsbedingungen in den Bergen schwer zu etablieren ist, wurde es nach kurzer Zeit aufgelöst. Öcalan beharrte weiter auf einem unbedingt notwendigen eigenen Nationalparlament für die nationalen kurdischen Angelegenheiten. Er bemühte sich persönlich intensiv darum, kurdische Intellektuelle und Politiker zu ermutigen, ein kurdisches Exilparlament ins Leben zu rufen, was auch im Mai 1994 im europäischen Ausland erfolgte. Das Kurdische Parlament im Exil war vor allem im außenpolitischen diplomatischen Bereich sehr erfolgreich. Intern kümmerte es sich intensiv um den innerkurdischen politischen Dialog. Auf zahlreichen Sitzungen wurden Kurdistan-relevante Beschlüsse gefasst. Die kurdische Bevölkerung erlebte zum ersten Mal in ihrer modernen Geschichte eine neue Erfahrung, auf die sie stolz war.

Um Funktion und Inhalt des Exilparlaments noch auszuweiten und zu stärken, begannen Diskussionen um eine Reorganisierung. Infolgedessen wurde seine Auflösung beschlossen und der Aufbau eines viel weitgehenderen kurdischen Parlaments. Folge war die Gründung des Nationalkongresses Kurdistan (KNK), zwei Monate nach der Entführung Abdullah Öcalans. Denn dieser hatte, obwohl seine Zukunft in den Händen des türkischen Staates ungewiss war, die kurdischen politischen Kräfte gebeten, diesen Kongress ins Leben zu rufen. Dies erfolgte dann am 26./27. Mai 1999 in Holland, mit genau 789 Vertretern aller kurdischen Parteien, unabhängigen Persönlichkeiten, Frauen, Intellektuellen, Akademikern, geistlichen Führern. Vom Exilparlament bis zum heutigen KNK wurde stets großer Wert auf die aktive Teilnahme von Assyrern, Aleviten, Jeziden, Frauen gelegt. Alle kurdischen Dialekte (Kurmancî, Soranî, Zazakî, Hewramî), aber auch andere Sprachen wie die assyrische, wurden gleichberechtigt behandelt. Auf zahlreichen Konferenzen, Seminaren, Veranstaltungen wurde die Notwendigkeit der nationalen Einheit aufgegriffen, was sehr große Sympathien in der kurdischen Bevölkerung hervorrief. Diese sah, dass kurdische politische Parteien zusammenkommen und gemeinsam debattieren können. Im KNK haben alle politischen Kreise die Sprache des Konsenses kennengelernt. Jeder von ihnen hat bei der Berücksichtigung der eigenen Interessen auch Freiraum für nationale Anliegen gelassen und ebenfalls auf die politischen und ideologischen Empfindsamkeiten des anderen geachtet.

Nationale Konferenz der Kurdinnen

2007 begannen kurdische Frauen jeglicher politischen Couleur unter der Führung des KNK, sich über eine nationale Konferenz der Kurdinnen zu verständigen. Nach intensiven dreijährigen Vorbereitungsarbeiten fand dann die erste nationale Frauenkonferenz Kurdistans im April 2010 in Amed (Diyarbakır) statt. Kurdische Frauen diskutierten dort gemeinsam über Frauenprobleme in allen Teilen Kurdistans sowie der Diaspora. Die erste nationale Jugendkonferenz folgte im Frühjahr 2011 in Amed.

Heute herrscht ein reger Dialog zwischen den kurdischen Intellektuellen, Akademikern, Schriftstellern, Künstlern usw. So gesehen gibt es heute jenseits der offiziellen staatlichen Grenzen in Kurdistan starke Bestrebungen zusammenzuarbeiten.

Angefangen von Med TV 1995 bis hin zum heutigen Roj TV haben kurdische Medien für das nationale Selbstbewusstsein eine sehr wichtige Rolle gespielt. Heute strahlen mehr als zwanzig kurdische Fernsehsender über Satellit weltweit Sendungen über die vier Teile Kurdistans aus. Auch das Internet hilft, schnell über die Entwicklungen in Kurdistan informiert zu sein, was zu schnellem Handeln führt. So berichteten zum Beispiel alle kurdischen Fernsehsender über das Erdbeben in Wan (Van), und umgehend eilten Kurden, egal wo, schnell zu Hilfe.

In dieser Hinsicht hat die Bevölkerung ein großes nationales Selbstbewusstsein, das längst die durch die Türkei, Iran, Irak und Syrien gebildeten Grenzen überwindet. Heute erhofft sich die Mehrheit des kurdischen Volkes die Einberufung einer nationalen kurdischen Konferenz. Immer mehr Kurden drängen darauf.

Das nationale Einheitsstreben in der Bevölkerung hat außerdem einen weiteren positiven Effekt, es setzt kurdische politische Parteien unter Druck. Noch immer gibt es, auch wenn sie heute Rarität sind, kurdische Parteien, die sich etwas von den jeweiligen Besatzerstaaten Kurdistans erhoffen. In diesem Sinne stehen zum Beispiel auf Kosten der PKK kleine Parteien hinter verschlossenen Türen mit der türkischen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) im Dialog. Sie halten sich mit merkwürdigen Argumenten aus dem nationalen Einheitsprozess heraus. Diese Politik betreiben solche kleinen Parteien heimlich, da sie ansonsten in der kurdischen Bevölkerung diskreditiert sind, das heißt, sie werden mit Misstrauen betrachtet, wenn sie keine transparente Politik betreiben. Für die kurdische Zukunft ist die Kontrolle der Bevölkerung über die politischen Parteien unausweichlich. Heute kann es sich zum Beispiel keine der Parteien leisten, offen mit den Besatzerstaaten gegen die PKK zusammenzuarbeiten. Denn nach wie vor versuchen Türkei, Iran, Syrien und Irak, kurdische Parteien gegeneinander auszuspielen. So bemüht sich die AKP-Regierung darum, nachdem sie selbst im eigenen Land die Kurden nicht zum Schweigen bringen kann, in Südkurdistan die Patriotische Union Kurdistans (YNK) und die Kurdische Demokratische Partei (PDK) unter Druck zu setzen, um sie gegen die PKK auf ihre Seite zu bekommen. Mit ständigen Drohungen und Intrigen und über die wirtschaftliche Zusammenarbeit versucht die AKP sie zu zwingen. Was allerdings schwierig ist, da bei kleinsten Anzeichen dafür die kurdische Bevölkerung im Irak selbst gegen diese Parteien auf die Barrikaden gehen würde. Andererseits aber sehen PDK und YNK die PKK als stärkenden Faktor für Irakisch-Kurdistan. Die Existenz der PKK im Nordirak ist für sie selbst auch eine Garantie, ein Schutz vor der Türkei, dem Iran und Syrien.

Die Frage der kurdischen nationalen Einheit mag für die Kurden lebenswichtige Bedeutung haben, sie ist aber auch von erheblicher Relevanz für den gesamten Mittleren Osten. Der Fakt, dass Millionen Kurden in der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien leben und heute immer näher zusammenkommen, führt dazu, dass führende kurdische politische Parteien nicht dem entgegengesetzt handeln können. So können weder die Türkei, der Iran, der Irak noch Syrien die kurdische Karte gegeneinander ausspielen. Das erschwert es auch internationalen Kräften wie einigen europäischen Staaten und den USA. Das heißt, die kurdische Karte verliert ihre traditionelle Wirkung als Instrument des Teilens und Herrschens, das den Großmächten seit dem Ersten Weltkrieg große Dienste geleistet hat. Weder können die internationalen die regionalen Hegemonialstaaten wie Türkei, Iran, Irak und Syrien gegen die Kurden aufhetzen noch Kurden gegeneinander. So wie sich heute die Kurden nicht bereitfinden, Syrien für Dritte anzugreifen, obwohl das Regime Beshar al-Assads jahrelang systematische Unterdrückungspolitik betrieben hat. Die Kurden haben auch aus Fehlern in ihrer Politik bei der Irakinvasion 2003 gelernt, und sie haben heute eigene Gründe für ihre Kritik am syrischen und am iranischen Regime. Man kann sagen, die Kurden vertreten unter Führung der PKK eine eigene politische Linie: sozusagen die dritte Linie. Eine Linie, deren Priorität die Interessen der Völker sind, sich aber weniger nach den ökonomischen und strategischen Großmachtinteressen richtet.

Prinzipiendokument für kurdische Frauen erarbeitet

Der nationale Einheitsprozess in Kurdistan wird, so wie es aussieht, in kurzer Zeit mit der Ankündigung einer nationalen Konferenz ein historisch neues Niveau erreichen. Alle Zeichen deuten darauf hin. Auch bei der letzten Beratungsrunde des KNK im September 2011 in Brüssel, mit 21 politischen Parteien, 18 zivilgesellschaftlichen Organisationen, unabhängigen Persönlichkeiten, war eine kurdische Nationalkonferenz zentrales Thema. Dabei drang interessanterweise ein neuer Aspekt im Zusammenhang mit der nationalen Einheit in den Vordergrund. Die rege Teilnahme der Frauen an den Debatten lenkt die Diskussionen in eine neue Richtung. Nämlich Frauenrechte sollten ein maßgebliches Kriterium im nationalen Einheitsprozess sein. Damit der nicht wie bei der PLO elitär, parteilich über dem Volk steht, ist es wichtig, gesellschaftliche Probleme auch aufzugreifen. Letzten Endes sind die Vorstellungen des kurdischen Patriarchats andere als diejenigen der Frauen. Deshalb hat die Frauenkommission des KNK ein Prinzipiendokument für kurdische Frauen erarbeitet, um klar und deutlich die Bedingungen der Frauen im nationalen Einheitsprozess darzulegen. Es wird bald öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Ein freies Kurdistan heißt ein Kurdistan, in dem nicht nur kurdische Männer, sondern auch kurdische Frauen frei sind. So gesehen wird damit die Debatte über die nationale Ebene hinaustreten – aus dem Verständnis, dass nämlich dieser Einheitsprozess nicht nur ein Round Table kurdischer Parteien sein wird, sondern auch eine Runde, in der kurdische Frauen für ihre Rechte ihre Vision eines freien Kurdistan einbringen werden. Um Nationalismusideen als Ausdruck patriarchaler Politik vorzubeugen. Die Erfahrung mit der PLO in Palästina hat gezeigt, dass ein nationaler Einheitsprozess nicht nur eine Plattform gegen Kolonialisten sein kann. Während Israel Palästina kolonialisierte, kolonialisierten palästinensische Männer ihre Frauen. Die Erfahrungen in Kurdistan werden in Form und Inhalt andere werden, da Kurdinnen eigene Vorstellungen von Kurdistan haben. Außerdem haben sich Kurdinnen als Erste auf einer nationalen Konferenz getroffen und sind eher in der Lage zusammenzukommen als die patriarchal dominierten Strukturen.

Nicht nur innergesellschaftlich, auch außenpolitisch ist der Prozess der nationalen Einheit, der seinen nächsten Höhepunkt mit der Ersten Kurdischen Nationalkonferenz finden wird, für den Mittleren Osten unausweichlich. Denn dort wird auch die Solidarität des kurdischen Volkes mit den ebenfalls unterdrückten Nachbarvölkern ausgedrückt werden. ♦

Was ist eigentlich los in Syrien und welche Linie setzt sich durch?

Proteste im Zuge des Arabischen Frühlings

Mehmet Emin Orhan

Im Dezember 2010 begann mit der Revolution in Tunesien eine Serie von Protesten und Aufständen (und in deren Folge der Sturz von autoritären Herrschaftsregimes und Diktatoren), welche mehrere Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas umfasste und in der Öffentlichkeit als „Arabischer Frühling" bekannt wurde.

Nach dem Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 kam es zuletzt in Libyen zu einem Bürgerkrieg, in dem rebellische Aufständische mit Unterstützung und Intervention der NATO Staatschef Muammar al-Ghaddafi Ende Oktober 2011 stürzten und gewaltvoll seinem Leben ein Ende setzten.

In jüngster Zeit ist auch Syrien unter der Führung von Beshar al-Assad im Zuge der Umwälzungen in der arabischen Welt immer mehr unter Druck geraten, sich und sein Land zu reformieren. Seit Ende März finden landesweit zahlreiche Demonstrationen für Demokratie und Freiheitsrechte statt, auf die der Staat mit Gewalt und Repression sowie Mord und Totschlag reagiert. Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) sollen dabei bis Anfang November 2011 mindestens 3 500 Menschen getötet worden sein. Die EU hatte daher bereits am 9. und am 23. Mai 2011 Sanktionen verhängt und sich anschließend bei einem Außenminister-Treffen in Polen auf ein Öl-Embargo mit Wirkung vom 3. September verständigt. Das Bestreben der BRD, am 2. August eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats einzuberufen, scheiterte am Widerspruch Russlands und Chinas.

Die syrische Regierung hat als Reaktion auf die Proteste im Land mehrere Gesetzesvorhaben angekündigt wie ein Parteiengesetz, ein Lokalverwaltungsgesetz oder ein neues Mediengesetz. Daneben hat die Aufhebung des 1963 verhängten Ausnahmezustands vom 21. April 2011 faktisch zu keiner Verbesserung des Schutzes der Menschen- und Bürgerrechte in Syrien geführt. Vielmehr setzen die Sicherheitsapparate die staatliche Repression und die Mordserie unverändert fort. Weiterhin unterliegen die Städte einer umfassenden Kontrolle durch die syrische Armee. Es kommt weiter zu willkürlichen Verhaftungen und Verurteilungen. Auch Fälle von Folter sind verbreitet. Problematisch bleibt darüber hinaus die Lage staatenloser Kurden, auch wenn die Regierung den registrierten Kurden der nordöstlichen Provinz Hassakeh die syrische Staatsangehörigkeit zugesagt hat. In Syrien aktive lokale Menschenrechtsorganisationen arbeiten ohne staatliche Genehmigung, ihre Existenz wird zwar im Grundsatz toleriert, aber durch vielfältige Maßnahmen stark behindert. Viele Menschenrechtsverteidiger unterliegen einer Ausreisesperre oder sind inhaftiert. Meinungsfreiheit ist in Syrien nicht gegeben.

Die Lage spitzte sich erneut drastisch zu, als al-Assad trotz vorheriger Zustimmung zum Friedensplan der Arabischen Liga ein Ultimatum bezüglich einer Beobachterkommission, welche den Zugang ins Land zur Untersuchung der Menschenrechtssituation unter der Obhut von UN-Beauftragten zulassen sollte, am 25. November verstreichen ließ. Zuvor hatte die Arabische Liga am 12. November beschlossen, die Mitgliedschaft Syriens auszusetzen. Höhepunkt der Vorfälle war das Inbrandsetzen mehrerer Botschaften, unter anderem der Türkei und Saudi-Arabiens, durch al-Assad-Anhänger, was den Westen sowie die Türkei weiter aufbrachte.

Zur Situation in Syrien ein Interview mit Zuhat Kobani, Europavertretung der Partei der Demokratischen Einheit PYD:

Auf der einen Seite haben wir die Regierung unter al-Assad, auf der anderen Seite eine gespaltene Opposition, zum einen bestehend aus dem „Syrischen Nationalrat" und zum anderen aus dem „Nationalen Koordinationskomitee für demokratischen Wandel", dem auch die PYD angehört. Welchen Charakter haben diese Gruppierungen und welche Politik verfolgen sie, und können sie eine praktikable Lösung für Syrien bieten?

Die erste Seite ist die Regierung, welche die klassische unitäre Staatspolitik verfolgt und dabei mit Repression und Gewalt an einem zentralistischen und veralteten Hierarchiesystem festhält. Wie am Beispiel von al-Assad und seinem zu den schiitischen Alawiten zählenden Clan zu sehen ist, werden die Besonderheiten und die reiche Vielfalt im Land wie Ethnien, Sprachen, Kulturen und Religionen unterdrückt und mit Gewalt niedergeschlagen. Der Staat in Syrien hat trotz seiner vielseitigen Bevölkerung sowie der Tatsache, dass sie [*die herrschende Clique*] als Alawiten zu einer Minderheitengruppe im Land zählt, einen nationalistischen und diktatorischen

Charakter. Diese Politik und diese Staatsform sind mittlerweile nicht mehr zeitgemäß und können den Ansprüchen und Bedürfnissen der Völker nicht länger gerecht werden. Die jahrzehntelang andauernde Gewalt vermag daran nichts zu ändern.

Die zweite Seite ist der Syrische Nationalrat (SNC) aus 94 überwiegend arabischen Einzelpersonen und Parteien verschiedener Kreise, darunter auch kurdische Gruppen und die fundamentalistische Muslimbruderschaft. Diese Opposition besteht mehrheitlich aus Exil-Syrern und wird von Ländern wie der Türkei und Saudi-Arabien finanziell unterstützt, die wiederum eng mit dem Westen bzw. den USA und der EU zusammenarbeiten. Der SNC hofft auf die Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands. Im Oktober gegründet, unterstützt er zum einen die gewalttätig agierenden Deserteure der syrischen Armee, welche sich „Freie Syrische Armee" nennen, und zum anderen spricht er sich für ein Ende der Gewalt in Syrien aus, schließt aber eine Militärintervention der NATO à la Libyen nicht aus. Daneben gibt es auch Forderungen nach einer Schutz- oder Flugverbotszone. Zuletzt erklärte Anas Abdah, Mitglied des Zentralkomitees des Nationalrats, gegenüber SPIEGEL ONLINE am 25.11.2011: „Wenn Syrien in einen Bürgerkrieg abrutscht, muss der Westen eingreifen." (Quelle des Zitats: Ulrike Putz, Beirut, 25.11.2011, Spiegel Online: Aufstand in Syrien, Assad-Gegner setzen auf Libyen-Taktik). Hauptforderung ist eine Lösung nach dem Muster des politischen Islam durch die Politik des gemäßigten Islam im Zeichen des islamischen Modellstaates Türkei, als verlängerter islamischer Arm oder Trojanisches Pferd des Westens.



Die dritte Alternative stellt das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel dar, das innerhalb Syriens und der Bevölkerung verankert ist. Hier kommen neun arabische und vier kurdische Parteien zusammen, darunter auch viele im Zuge der Aufstände freigekommene langjährige Gefängnisinsassen. Überwiegend handelt es sich hierbei um eine Kooperation von sozialistischen demokratischen Kreisen sowie Arbeitern und Menschenrechtsaktivisten. Hauptforderung dieser Oppositionsbewegung ist, dass die Gewalt und die Morde in Syrien aufhören und dass die syrischen Volksgruppen, Glaubensrichtungen und Gruppierungen selbstbestimmt eine neue demokratische und partizipierende Verfassung und Staatsform schaffen, für ein besseres Miteinander. Ihre drei Leitsätze lauten:

- nein zum Nationalismus; ja zu einem breitgefächerten Nationenbegriff mit all ihren Farben, Individualitäten, Glaubensrichtungen, Sprachen, Kulturen, Ethnien und Stämmen;
- nein zu äußeren Mächten und Interventionen; ja zu Selbstbestimmung, regionaler Selbstverwaltung und Autonomie;
- nein zu Gewalt, Krieg, Tod und Elend; ja zu Frieden, neuer Verfassung und Demokratie.

Warum ist die Opposition gespalten, bzw. warum arbeitet sie nicht zusammen?

Grundsätzlich ist eine Zusammenarbeit oder ein Dialog möglich, allerdings gibt es hierfür Bedingungen. Wir sind gegen eine Intervention von außen, insbesondere des Westens, in die Belange der syrischen Bevölkerung und für eine farbenreichere repräsentativere Beteiligung der einzelnen Volksgruppen am Prozess des Neuaufbaus des neuen und demokratischen syrischen Staates. Der SNC stützt sich jedoch auf die westlichen Mächte, die schon beim Sturz von Libyens Ghaddafi tatkräftig mithalfen, und zum anderen geht aus seinem ersten in und mit der Türkei erarbeiteten Forderungskatalog hervor, dass den Kurden kein Platz in der neuen Verfassung eingeräumt werden soll. Im Interesse aller Syrer und der Einheit des syrischen Staates müssen alle Minderheiten und Gruppierungen, Volksgruppen und Glaubensrichtungen berücksichtigt werden. Nur mit einer Stärkung der basisdemokratischen Strukturen und Strömungen können Frieden und ein Neuanfang erreicht werden.

Hat Ihre Opposition oder die PYD selbst Kontakt zu al-Assad?

Nein. In einer Situation, in der er und seine Regierungsmannschaft weiterhin Befehl geben zum Mord an Menschen und in der das Sterben nicht aufhört, sind wir auch nicht bereit, einen Dialog einzugehen. Die Kriterien für einen Dialog könnte man so auflisten: 1. Die Gewalt und das Töten müssen sofort aufhören; 2. die syrische Armee muss aus den Städten zurückgezogen werden; 3. Kundgebungen, Proteste, Demonstrationen und zivile Aktionen müssen erlaubt und geduldet werden; 4. die oppositionelle nationale und internationale Medienberichterstattung muss zugelassen werden.

Erst dann ist ein ruhigeres Klima für Gespräche und Verhandlungen möglich.

Was sind Ziel und Lösungsvorschlag der PYD?

Das Ziel der PYD ist in erster Linie, für die kurdische Bevölkerung innerhalb der Grenzen des syrischen Staates einen Status zu erlangen. Bekanntlich werden die Kurden in Syrien, wenn sie nicht der syrischen Staatsbürgerschaft beraubt wurden, bislang als Araber definiert und behandelt. Um ihren Status zu erlangen und mit der eigenen Identität anerkannt zu werden, schlagen wir die Demokratische Autonomie vor. Hierbei soll innerhalb des syrischen Staates eine Identität als Kurden mit regionaler Selbstverwaltung und Organisierungsfreiheit gewährleistet sein, ohne die Einheit des Gesamtstaates zu gefährden. Die Demokratische Autonomie ist auch für die anderen Volksgruppen oder Minderheiten anwendbar. Sie ist für alle individuellen Färbungen und Charaktere innerhalb der Gesellschaft geeignet. Dies gilt es konstitutionell in der Verfassung zu verankern und rechtlich für alle syrischen Merkmale und Besonderheiten festzuhalten.

Es gibt zwei Möglichkeiten für den Staat. Entweder akzeptiert er die Demokratische Autonomie und sie wird in die neue demokratische Verfassung eingebaut, oder das Volk fängt selbst mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten mit ihrer Umsetzung an. Dies erfordert eine starke lokale und regionale Basisorganisierung. Der Anspruch hierbei ist die Institutionalisierung eines eigenen Systems und Projekts in allen notwendigen Lebensbereichen, je nach den Bedürfnissen.

Beispielsweise haben wir, nachdem wir jahrelang unsere legitimen Rechte gefordert und nicht bekommen haben, nun selbst mit der Gründung von Sprachschulen und Bildungseinrichtungen angefangen, unsere Bevölkerung in unserer eigenen kurdischen Muttersprache und Kultur auszubilden und großzuziehen.

Um unser Leben und unser Schicksal selbst zu bestimmen und nicht fremdbestimmen zu lassen, sind die Aufklärung, Mobilisierung und Politisierung oder Stärkung der Bevölkerung notwendig. Daher haben wir unter den in Syrien lebenden Kurden mit der nicht zu unterschätzenden Beteiligung von ca. 250 000 Menschen abstimmen lassen und sind gemeinsam zur Entscheidung für die Demokratische Autonomie gekommen. Hier muss noch hinzugefügt werden, dass die Demokratische Autonomie nur die rechtliche Dimension der Kurden bzw. der Volksgruppen klärt. Es gibt jedoch weitere wichtige Dimensionen und Aufgaben, wie z. B. die Sicherheit oder die Wirtschaft usw., die definiert werden müssen.

Welches Gewicht hat dieser Lösungsvorschlag für die syrische Bevölkerung, und kann er ein Gesamtmodell für den neuen syrischen Staat sein?

Wir als PYD schlagen das von Abdullah Öcalan vorgelegte Modell des Demokratischen Konföderalismus vor, in dem die Lösung der Probleme der Volksgruppen, Ethnien, Kulturen, Sprachen, Religionen und anderen Gruppierungen des Nahen und Mittleren Ostens außerhalb der staatlichen Organisierung gesucht und entwickelt wird. Die Demokratische Autonomie beschreibt in diesem Rahmen die juristische verfassungstechnische Dimension. Die Selbstorganisierung und Selbstverwaltung der einzelnen Gesellschaftsformationen bieten die Möglichkeit zu einer gestärkten und demokratischeren Gesellschaft. Und wenn dann einzelne organisierte Volksgruppen mit anderen organisierten Volksgruppen außerhalb der eigenen Staatsgrenzen in Kontakt oder diplomatische Beziehungen treten, um sich z. B. bei wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Fragen gegenseitig zu helfen, dann gibt es eine stärkere Solidaritätsgemeinschaft in der Region, die mehr Demokratie bedeutet. Dies bezeichnen wir als Demokratischen Konföderalismus der Völker des Mittleren Ostens. Demnach ist unser Vorschlag eine ernstzunehmende dritte Lösungsalternative für Syrien, ohne es in seinen bisherigen Grenzen zu sprengen oder zu verändern. Als Formel könnte es heißen: Die zentralistische Macht und Herrschaft des Staates wird Stück für Stück auf die breitgefächerte und farbenfrohe Gesellschaft in all ihren Facetten verteilt. Staat plus Demokratie.

Warum hat die Türkei unter Erdoğan, der bis vor kurzem noch eng mit Syrien unter al-Assad diplomatisch liiert war, diesem so radikal den Rücken zugekehrt und sich der Opposition angenähert?

Hierbei müssen die Interessen dieser beiden Länder betrachtet werden. Die Türkei hat bis vor ungefähr einem Jahr eine Politik der „Null Probleme mit den Nachbarn“ betrieben, wobei sie sich Armenien, Iran, Syrien und Irak auf der Basis von Wirtschaftsbeziehungen diplomatisch annäherte. Diese Außenpolitik mit dem Anspruch Erdoğans, eine Führungsperson des Ostens zu sein, ist aus mehreren Gründen ins Leere gelaufen. In erster Linie ist es ihrer repressiven unitären und nationalistischen Staatsgesinnung geschuldet, einer überholten, visionslosen Form ohne Perspektive für den Nahen/Mittleren Osten. Die außerdem auch nur auf die Wirtschaft und nicht auf die Gesellschaft bedacht war und nationale und regionale Sicherheitsprobleme verursacht hat.

Des Weiteren ist die Annäherungsweise der Türkei mit dem Anspruch, Regionalmacht zu werden, eine überaus despotische und undemokratische. Daher fand sie in ihren Beziehungen und Partnern in der Region keinen Zuspruch und keine Akzeptanz, weshalb ihre Politik scheiterte. Heute ist sich die Türkei ihrer Rolle als Trojanisches Pferd der USA und von deren Neustrukturierungsvorhaben im Mittleren Osten sehr bewusst und sie versucht diese Karte gegen Israel und den Westen auszuspielen. Man kann nicht behaupten, dass sie eine eigenständige oder stabile Politik betreibt, doch ist sie gefährlich. Die Hauptziele der Türkei sind zum einen, die sunnitische Herrschaft in der Region zu unterstützen, und zum anderen, einen Status für die Kurden zu verhindern. Die Folgen einer solchen Motivation könnten von einem angestachelten Bürgerkrieg bis zu einem billigend in Kauf genommenen regionalen Krieg reichen. Dabei war die Unterdrückung der Kurden und die Verhinderung ihrer Anerkennung ein Schnittpunkt der syrischen und der türkischen Interessen gewesen. In

der Vergangenheit gab es etliche gemeinsame Feldzüge. Die anti-kurdische Koalition ist nun jedoch auseinandergebrochen. Al-Assad, der ebenfalls einen nationalistischen Unterdrückerstaat führt, versucht jetzt, auf den Beinen zu bleiben und seine Macht zu erhalten. Aus der Machtperspektive heraus bestehen zwischen Erdoğan und al-Assad also keine großen Unterschiede der Demokratie gegenüber. Erdoğan war jahrelang mit al-Assad befreundet, und auch bei Ghaddafi hatte er zunächst von Völkerbrüderschaft gesprochen und einen NATO-Einsatz abgelehnt, um später selbst dessen Absetzung öffentlich zu provozieren und die Opposition zu unterstützen. Obwohl sie auf zwei verschiedenen Seiten der Front stehen, versuchen sie insgeheim das kurdische Problem gegeneinander auszuspielen. Diese kolonialistische Politik der beiden Staaten wurde und wird von der kurdischen Freiheitsbewegung nicht akzeptiert und ihr wird mit starkem Widerstand begegnet. Die kurdische Bewegung hat ihre eigene Politik und Vorgehensweise gegenüber der Politik und den Interessen der beiden Kolonialstaaten zum einen und der Westallianz zum anderen. Ihre Politik beruht auf der politischen und demokratischen Lösung, die statt gegenseitiger Aufstachelung der Völker deren gemeinsames Zusammenleben auf dem Wege konföderaler Beziehungen vertritt. Insofern besteht für die Kurden kein Druck, sich für eine Alternative zu entscheiden, da sie als eine dritte Linie ihre eigene Strategie haben. Trotzdem sind sie im Rahmen von Prinzipien zu Beziehungen mit den jeweiligen Staaten bereit.

Wie ist die geostrategische und geopolitische Situation Syriens im Vergleich mit derjenigen Libyens und dem Fall Ghaddafis zu beurteilen? Ist eine NATO-Intervention wahrscheinlich?

Syrien ist in keiner Weise mit Libyen vergleichbar. Libyen hatte eine zentrale Oppositionsgruppe, Syrien jedoch ist wie ein Mosaik, mit in kultureller, sozialer, ethnischer, sprachlicher und religiöser Hinsicht zahlreichen Brüchen und großer Vielfalt. Darüber hinaus hat Syrien im Vergleich zu Libyen historisch immer eine politisch und strategisch bedeutende Rolle gespielt, es hatte die Mission als Diplomatiestätte des Nahen Ostens. Außerdem sind sein gutes Verhältnis zum Iran und zum Libanon und seine Beziehungen zu Russland und China bekannt und die große geostrategische und geopolitische Bedeutung seiner Gegenposition zum Westen mit den USA und der EU sowie der NATO und den UN. Wie Martin Winter in der Süddeutschen Zeitung vom 26.11.2011 ausführt, könnte eine Intervention zu einem Flächenbrand führen, der die gesamte Region in ein weltkriegartiges Chaos versetzen kann. Deshalb scheint die NATO eine Intervention nicht zu befürworten. ♦

Zeyneb Celaliyan, Kurdin aus dem Iran, zum Tode verurteilt

„Ich habe keine Angst vor dem Tod, ich opfere mich für die Freiheit“

Dieser Text wurde nach den Darstellungen einer ehemaligen Mitgefangenen von Zeyneb erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Übersetzung aus dem Persischen: Adel Feyzi

Wenn Zeyneb Celaliyan mit ihrem süßen Akzent Kurdisch spricht, hört man ihr gern stundenlang zu. Sie erzählt von all dem, was ihr angetan worden ist. Wenn sie von ihrer Folter spricht, tut es einem in der Seele weh, vor allem von ihrer Auspeitschung. Wie sie ihre männlichen Folterer hin und her gerissen haben, wie einen Ball auf dem Fußballfeld. Sie drohten ihr mit Vergewaltigung. Es tut einem in der Seele weh, wenn sie davon berichtet, wie plötzlich eine Eisenstange auf ihrem Kopf landete. Die Wunden dieser Gräueltaten sind alle noch frisch. Trotz all dieser Grausamkeiten hat Zeyneb kein Geständnis abgelegt. Sie ist ihren Freunden treu geblieben, genauso selbstlos, wie man es aus Romanen und Erzählungen kennt. Die Folterer wollten sie dazu bringen, ein falsches, nicht wahrheitsgemäßes Geständnis abzulegen. Sie hat sich vehement dagegen gewehrt. Sie hat nie bestritten, dass sie mit der PJAK zusammengearbeitet hatte, betonte aber stets, dass sich diese Zusammenarbeit nur auf schriftstellerische Tätigkeiten beschränkt hatte. Militärisch war sie nie für die Partei aktiv.

Zeyneb stammt aus einer armen Familie. Schon als Kind ist sie der Diskriminierung der Kurden durch das islamische Regime ausgesetzt. Im Alter von 16 Jahren kommt sie in den Bergen Kurdistans zum ersten Mal mit der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) in Berührung. Da lernt sie zum ersten Mal eine Gruppe PJAK-Kämpfer kennen. Sie erzählt:

„Meine Freunde haben mich mehrfach gewarnt, nicht in den Iran zurückzukehren. Da ich bereits bei den Sicherheitsbehörden registriert sei und dementsprechend sofort verhaftet werden würde. Ich dachte jedoch, ich habe nichts getan, warum sollte ich Angst davor haben, zurückzukehren? Ich hatte große Sehnsucht nach Kurdistan und meiner Familie. Deshalb habe ich es gewagt und bin zurückgekehrt. Man hat mich sofort verhaftet."

Sie beschreibt ihre Verhaftung: „Man hatte mir bereits gesagt, dass ich bei den Sicherheitsbehörden registriert sei und der Geheimdienst bereits auf meine Spur gekommen wäre. Jedes Mal, wenn ich mich mit meinen Freunden getroffen habe, waren unzählige Sicherheitsleute vor Ort. Ich konnte aber immer wieder, wie durch ein Wunder, entkommen. Ich befand mich außerhalb der Stadt Kermanschah. Meine Freunde hatten mich davor gewarnt, in die Stadt zu gehen. Ich vermisste meine Familie unglaublich. Ich wollte sie besuchen. Also bin ich in einen Bus nach Kermanschah eingestiegen. Unterwegs wurde der Bus von Sicherheitskräften angehalten. Sehr viele von ihnen stiegen ein. Sie haben mich gefesselt und verhaftet. Als Erstes nahmen sie mir meine Handtasche weg. Sie hatten den Verdacht, dass ich eine Bombe oder einen Revolver mit mir rumschleppe. Aber ich habe nie eine Waffe gehabt."

Verhaftung und Gerichtsurteil

Zeyneb Celaliyan wurde im Azar 1388 (Nov./Dez. 2009) verhaftet und vom Gericht zum Tode verurteilt. Urteilsbegründung: „Kooperation mit der PJAK und staatsfeindliche Aktivitäten."

Sie ist seit genau zwei Jahren im Gefängnis. Sie bezeichnet die Vorwürfe als unwahr und das Gerichtsurteil als falsch und weist alle Anschuldigungen und Vorwürfe strikt zurück. Sie räumt die zivile Kooperation mit der PJAK ein, bestreitet aber nach wie vor eine bewaffnete Zusammenarbeit.

Die 26-Jährige verbrachte direkt nach ihrer Festnahme vier Monate in der Einzelhaft des Geheimdienstes WAWAK. Während dieser Zeit wurde sie derart gefoltert, dass die Gefängniswärter sie mehrmals ins Krankenhaus von Kermanschah bringen mussten. Auf dem Weg zum Krankenhaus, aber auch während ihres dortigen Aufenthalts, versuchte sie durch Hilfeschreie, Menschen auf ihr Schicksal und das, was ihr angetan wurde, aufmerksam zu machen. Aus diesem Grund wurde sie von anderen Patienten separiert und in einem streng überwachten Raum behandelt.

Während ihres Aufenthalts im Gefängnis war sie ununterbrochen den repressiven Maßnahmen des islamischen Regimes ausgesetzt. Man hat sie mit einem Stromkabel ausgepeitscht. Ihre Hände und Füße wurden gefesselt. Weil sie sich gegen die Vergewaltigungsdrohungen ihrer Folterer gewehrt hatte, schlug man ihr mit einer Eisenstange auf den Kopf. Infolge der Hirnblutung verlor sie das Bewusstsein. Man hat ihre Füße mit Kabeln ausgepeitscht. Sie bluteten, erzählt sie, und dennoch hat man sie gezwungen zu laufen. Trotz aller Drohungen und Folter verneinte sie jegliche nicht zivile Zusammenarbeit mit der PJAK. Dennoch wurde sie vom Gericht zum Tode verurteilt.

Zeyneb wurde das Gerichtsurteil offiziell mitgeteilt. Sie hat beim Obersten Gerichtshof Berufung eingelegt. Während der Wahlen im Jahre 1388 (2009) musste sie für drei Monate in Einzelhaft bleiben. Daraufhin begann sie einen Hungerstreik. Infolgedessen verschlechterte sich ihr Allgemeinzustand so drastisch, dass die Zuständigen entschieden, sie aus der Zelle zu holen. Während der Zeit ihrer Einzelhaft dachten viele, sie sei bereits exekutiert worden. Nach dem Ende der Einzelhaft und ihrer Rückkehr ins Gefängnis von Kermanscha berichtete Zeyneb, dass selbst sie den Grund für ihre Einzelhaft nicht wüsste. Während ihrer Einzelhaft wurde sie mehrmals gewaltsam gedrängt, vor laufender Fernsehkamera ein Geständnis abzulegen. Als Gegenleistung versprach man ihr, der Berufung des bereits gefällten Todesurteils stattzugeben.

Der Druck auf sie nahm eine noch ganz andere Dimension an, nachdem Farzad Kamangar und die anderen vier kurdischen Gefangenen hingerichtet worden waren. Dennoch hat Zeyneb immer wieder betont, dass sie keine Angst vor der Hinrichtung habe und dass sie für den Tod bereit sei.

Nach fünfmonatigem Aufenthalt in der Abteilung 209 des Ewin-Gefängnisses in Teheran und nach einem Treffen mit dem Staatsanwalt kehrte sie in das Gefängnis von Kermanschah zurück. Die Staatsanwaltschaft ließ sie darüber informieren, dass ihr Todesurteil vom Obersten Gerichtshof nochmals bestätigt worden war. Ihr Anwalt Dr. Mohammad Scharifi sagte, er habe davon keine Kenntnis: „Mir wurde kein Urteil mitgeteilt." Während ihres Aufenthalts im Krankenhaus von Kermanschah erfuhr Zeyneb von einer Krankenschwester, dass das Todesurteil vorerst hinfällig sei. Es hieß damals, der Oberste Gerichtshof spreche sich dagegen aus. Dies wurde jedoch relativ zeitnah wieder offiziell dementiert. Dr. Mohammad Scharifi sagte, er habe bezüglich der Berufung gegen das Todesurteil nichts Offizielles gehört. All seine Bemühungen, irgendetwas von den Behörden zu erfahren, seien ins Leere gelaufen. Währenddessen gehen die Hinrichtungen politischer Gefangener unaufhaltsam weiter und der Druck auf Zeyneb nimmt zu.

Shirin Alam Houi, eine andere Kurdin, hatte zwei Jahre im Gefängnis von Ewin verbracht, bis ihr Todesurteil vollstreckt wurde. Während ihres Aufenthaltes im Gefängnis gingen die Bemühungen um ihre Freilassung weiter. Unter anderem war man in Berufung gegangen. Im Verhör war ihr zugesichert worden, dass ihre Todesstrafe nicht vollzogen werden würde. Zwei Jahre lang hat sie auf die Vollstreckung gewartet.

Zeyneb Celaliyan war von Kindheit an mit Shirin befreundet. Sie beschreibt die Zeit nach deren Hinrichtung als mühsame und grausame Tage. Während Shirins Hinrichtung befand sie sich in der Abteilung 209 des Ewin-Gefängnisses. Ihre Familie setzte sie über die Exekution in Kenntnis. Wenn Zeyneb von Shirin spricht, treten ihr Tränen in die Augen: „Ich habe sehr viele Erinnerungen an Shirin." Jetzt ist sie mehr denn je auf den Tod vorbereitet. Mit beispiellosem Mut sagt sie: „Ich habe keine Angst vor dem Tod, ich opfere mich für die Freiheit." ♦

„Sie haben sich selbst steuernde Raketen; wir hingegen haben Herzen, die der Menschheit, der Freiheit und dem Volk verbunden sind!“

Ein Wintergruß aus den Kandil-Bergen von Silan Dilara

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich grüße Euch aus den schneebedeckten Bergen mit der Wärme des Frühlings, den wir immer in unseren Herzen tragen.

In diesen Tagen kreisen die verfluchten Stahlvögel immer über unseren Köpfen über die Gipfel; ein Kampfjet folgt auf den nächsten. Ich weiß nicht, ob Ihr Euch das vorstellen könnt, aber der Tod ist zu unserem ständigen Begleiter geworden. Die Herrschenden möchten uns damit einschüchtern, aber da wir unsere Vorkehrungen getroffen haben, lachen wir sie aus. Jedoch kommen uns die Tränen, wenn wir daran denken, dass die Kosten einer jeden explodierenden Bombe und Granate auf das Konto einer noch mehr verarmenden Bevölkerung gehen. Die ganze Welt schießt auf uns: die Türkei, der Iran, der Irak, die USA – sie alle haben sich in diesem Krieg verbündet. Aber wir lassen uns nicht brechen! Sollen diese Despoten doch mit ihren selbststeuernden, „intelligenten“ Raketen auf uns schießen! – Sie haben sich selbst steuernde Raketen; wir hingegen haben Herzen, die der Menschheit, der Freiheit und dem Volk verbunden sind!!! Glaubt uns, mit unseren bloßen Herzen leisten wir hier einen starken Widerstand und wir glauben daran, dass dieses Land in naher Zukunft hellere Tage sehen wird.

An der Front hier haben sich Dinge ereignet, die einer Sage gleichen: Während der Angriffe der iranischen Armee hatten wir unsere Stellungen auf den Gipfeln bezogen. Bei dem Widerstand zur Verteidigung des Kandils sind in einem Gefecht einige FreundInnen verletzt worden und haben Unterstützung von anderen Einheiten angefordert. Unter den Verletzten war auch der Bruder einer Freundin, die zur Unterstützung und Rettung der verletzten FreundInnen losgegangen waren. Sie nahm ihren verletzten Bruder auf den Rücken, um ihn aus dem Gefechtsgebiet herauszutragen. Genau in diesem Augenblick wird auch sie verletzt, aber sie sagt niemandem etwas davon. Erst als sie die FreundInnen einer anderen, sicher gelegenen Einheit erreichen, stellen die anderen GenossInnen fest, dass auch diese Freundin verletzt worden war. Ihre Verletzung war sogar noch schwerer als die ihres Bruders, aber sie hat kein Wort darüber verloren. Mit diesem aufopfernden Widerstandsgeist haben wir das anti-kurdische Bündnis in Kandil zerschlagen. Wir haben gehört, dass die Kommandanten der iranischen Armee unseren Widerstand als Beispiel für die Schulung ihrer Soldaten herangezogen haben. Wie Ihr Euch vorstellen könnt, hat es hier wertvolle Beispiele des Kampfes und des Widerstandes gegeben, die genug Material für Dutzende Filme und Romane bieten würden. Auch die Aktion von Celê ist ein solches Thema für einen Roman. Es wurden Soldatenstellungen auf Hügeln eingenommen, die Festungen glichen. Die FreundInnen haben sehr meisterhaft (professionell) gekämpft. In den Guerillakämpfen, die es weltweit gibt, gibt es bislang nur wenige Beispiele von Aktionen, die ein solches Niveau hatten. Obwohl die Bomber ständig über uns waren, haben wir es geschafft, unter den schwersten Bedingungen, an den schwersten Orten große Erfolge zu erzielen. Nur der Verlust wertvoller FreundInnen wie Heval Rüstem, Heval Cicek, Heval Aliser und junger KämpferInnen, die alle ein Teil unseres Herzens sind, schmerzen uns und stellen uns vor die Verantwortung, ihre Aufgaben mit zu übernehmen und ihre Träume zu erfüllen.

Bestellt unseren Freundinnen und Freunden in Europa schöne Grüße. Erzählt den Menschen in Europa, dass wir gegen den Despotismus und die Grausamkeiten der Herrschenden hier Widerstand leisten. Sagt ihnen, dass heute in unserem Land ein sehr grausamer, ungerechter und schmutziger Krieg gegen die Natur, gegen die Menschen und gegen Frauen jeden Alters geführt wird. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden die blutrünstigsten Waffen, schmutzige, verbotene Technologien gegen unsere Menschen und unsere schöne Natur eingesetzt. Babys werden zerfetzt, Mütter ermordet, die Körper der GuerillakämpferInnen werden zerstückelt, . . . aber das gewissenhafte, humanitäre Europa schweigt! Kein Widerstand scheint sich gegen die schmutzigen Bündnisse der Regierungen zu regen. Heute wird hier ein Volk vernichtet, heute wird die Würde der Menschen in Kurdistan mit Füßen getreten, aber die Völker auf dieser Welt scheinen blind und taub zu sein. Als würdevolle, politische Frauen, als Menschen müssen alle gegen dieses Unrecht Widerstand leisten. Wir kämpfen hier in unserem Land mit allen Mitteln, die wir haben, aber es kommt mir vor, als sei die Welt in einem tiefen Schlaf.

FreundInnen und GenossInnen dürfen sich nicht zu Mitschuldigen der patriarchalen Herrschaft und imperialistischer Kriege machen lassen. Als Frauen müssen wir uns und die Menschheit von diesen patriarchalen Mächten befreien. Auch Ihr könnt und müsst dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir leisten hier gegen Militarismus und menschenverachtende Kriegstechnologien unseren Widerstand, und ihr müsst Euren Widerstand gegen dieses System dort organisieren. Vereinigt Euren Aufschrei mit dem unseren, und lasst uns diesen schmutzigen Krieg zum Stillstand bringen, indem ihr den Widerstand der kurdischen Guerillakämpferinnen als Eure eigene Würde und Hoffnung begreift und als Frauen gegen jegliche Form der Unterdrückung Widerstand leistet. Das patriarchale System befindet sich heute in einer Sackgasse, das ist der Grund, warum sich die Kriege und Konflikte immer mehr zuspitzen. Lasst uns den Zusammenbruch dieses Systems beschleunigen und die Herrschenden zu Fall bringen!

Das wichtigste ist, dass wir niemals aus dem Blick verlieren, was auf Imralı passiert. Was uns am meisten Schmerzen bereitet, ist, dass wir es nach 13 Jahren immer noch nicht geschafft haben, das System der Gefängnisinsel Imralı aufzulösen. Das Imralı-Gefängnissystem zu Fall zu bringen und die Freiheit von Serok zu erreichen, ist für uns die Voraussetzung unseres Menschseins und unserer Genossenschaftlichkeit. Von Serok haben wir es gelernt, auch in den schwierigsten Augenblicken hoffungsvoll, hartnäckig und willensstark zu sein. Von den jüngsten bis zu den ältesten FreundInnen, die hier kämpfen, haben wir uns alle selbst unser Versprechen gegeben: Wir werden unsere Wut und unsere Schmerzen in Widerstand und Stärke verwandeln!

Lasst uns dem Widerstand und Freiheitskämpfen der Frauen und Völker gegenüber aufmerksam sein und gemeinsam für eine freie Welt und eine freie Gesellschaft kämpfen!

In diesem Sinne sende ich allen FreundInnen und GenossInnen meine Grüße und meine Liebe.

Silan Dilara, 21-11-2011

Das Gesellschaftssystem dieser Moderne nennt sich Demokratischer Konföderalismus

Die Kunst liegt im Aufbau der alternativen Moderne

Gönül Kaya, Journalistin

Aus menschheitsgeschichtlicher Perspektive war das letzte halbe Jahrhundert aus der Sicht sowohl der Kräfte der kapitalistischen Moderne als auch der Kräfte, die Widerstand für ein freies Leben leisten, eine Phase des Hinterfragens, voller Wirrnisse und Lösungsansätze, auf der ideologischen wie auf der historischen, sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen und geschlechterfreiheitlichen Ebene. Darüber hinaus charakterisiert die Suche nach Antworten auf Fragen wie „Wie ist die Menschheit an diesen Punkt gelangt?", „Wie leben wir heute?", „Wie haben wir in der Zukunft zu leben?" den zeitgenössischen Kampf, wobei die Lösungen auf Demokratie, Gleichberechtigung und Freiheit beruhen.

Die kapitalistische Moderne ist nicht in der Lage, die Probleme der machtgesteuerten Systeme und ihrer Geisteshaltungen zu lösen. Im Gegenteil, erst durch die Reproduktion dieser Probleme erhält sie sich. Überall auf der Welt sind sich die Menschen, die Gesellschaften, die Völker, die Geschlechter und die Natur dieser Wirklichkeit bewusst. Auch wenn die imaginären und falschen freiheitlichen Ideologien der kapitalistischen Moderne, wie beispielsweise der Liberalismus, bestehende Probleme zum Ausdruck bringen, verschleiern sie doch radikale Lösungen, lenken von ihnen ab oder leiten die Lösung gar an „rechte" oder „linke" Modelle dieser Moderne. Alternativen, die Profit, Kapital, Macht und Kräfteverhältnisse nicht überwinden (so wie im realsozialistischen Beispiel), waren nicht fähig, die Probleme der Gesellschaft zu lösen. Darüber hinaus wurde in diesen Beispielen versucht, mit Mentalitätsmustern der kapitalistischen Moderne eine „Revolution" zu vollbringen. In dieser Hinsicht müssen das russische und das chinesische Beispiel der „großen Revolutionen" des 20. Jahrhunderts hinterfragt werden. Dass die Alternativen von gestern die Fortsetzung des heutigen kapitalistischen Systems darstellen und auf diese Weise dafür sorgen, dass der kapitalistische Geist weiteratmen kann, zeigt, dass es nicht möglich ist, mit falschen Denkweisen und Prinzipien richtig zu leben.

Vielmehr ist eine radikale Loslösung von der kapitalistischen Moderne vonnöten. Das Bedürfnis nach einer wahrhaft alternativen Moderne, die nicht auf den Materialien der kapitalistischen Moderne aufbaut, sondern eigene Muster entwickelt, ist brennend zu spüren.

Vielmehr ist eine radikale Loslösung von der kapitalistischen Moderne vonnöten. Das Bedürfnis nach einer wahrhaft alternativen Moderne, die nicht auf den Materialien der kapitalistischen Moderne aufbaut, sondern eigene Muster entwickelt, ist brennend zu spüren. Notwendig ist eine Alternative, die in keiner Weise Geist und Praxis des macht- und staatsbezogenen Systems beinhaltet.

In der Geschichte der Menschheit stellten Sozialität und Kommunalität die Existenzbedingung der Menschheit dar. Menschsein beinhaltet im Grunde die Kraft, sozial zu sein und kommunal zu leben. Diese Kraft hat Entwicklung und Fortgang der Existenz des Menschen, der Frau, des Mannes, der Natur möglich gemacht. Auf die Frau gestützte Sozialisierung, Leben im Gleichgewicht mit der Natur und kommunales Leben, Produktion sowie Verteilung gestützt auf Solidarität und Gemeinschaftssinn, sind die drei Hauptprinzipien der demokratischen, ökologischen und antisexistischen Moderne. Die Menschheit hatte über einen sehr langen Zeitraum nach diesen Prinzipien gelebt. Aus Sicht derjenigen, die gegen die kapitalistische Moderne ein alternatives Lebensmodell und -system schaffen wollen, ist es von Bedeutung, diese drei Hauptprinzipien zu erfassen, zu verstehen und umzusetzen. Die Menschen sind nicht mit einem auf Macht, Staat, Klasse, Sexismus, Gewalt fußenden Geist und entsprechenden System zur Menschheit geworden.

Dass der Mensch zum Feind des Menschen und der Natur, die Frau zum Feind des Mannes, das Individuum zum Feind der Gesellschaft gemacht wird; dass der Mann zum Subjekt und die Frau zum Objekt, der Mensch zum Subjekt und die Natur zum Objekt, der Machtinhaber zum Subjekt und alle anderen zum Objekt erklärt werden, das ist Teil dieser Geisteshaltung und dieses Systems. Ebenso ist es genau dieses System, das die Aussage „Der Stärkere zerquetscht den Schwächeren, das ist ein Naturgesetz" produziert. Auch definiert dieses System jegliche Werte der Menschen, der Natur und der Gesellschaft zur kaufbaren Ware. Aus diesem Grund ist es so wichtig, sich dem Geist und den administrativen Modellen der kapitalistischen Moderne mit diesem Bewusstsein anzunä-

hern und die radikale Loslösung von diesem System zunächst im Geiste zu vollziehen. Ansonsten ist es nicht möglich, ein alternatives System zu schaffen. Die erfolglosen Versuche unter „linkem“ oder „sozialistischem“ Vorzeichen sollten uns in dieser Sache eine Lehre sein.

In seiner Position als Vorsitz des seit nunmehr fast vierzig Jahren andauernden Kampfes für Freiheit und Demokratie in Kurdistan entwickelt Abdullah Öcalan seit zehn Jahren Mentalität und Lebensmodell eines alternativen Systems. Das gründet auf dem Hinterfragen der kapitalistischen Moderne, des 5 000 Jahre alten patriarchalen Systems mit seinen ideologischen, politischen, ökonomischen, mentalen und praktischen Ebenen. Ebenso fußt es auf der Überwindung von macht- und staatsbezogenem Sexismus. Öcalan schreibt dazu: „Ohne eine Diskussion der Begriffe der Moderne kann eine radikale Loslösung vom Kapitalismus nicht möglich sein. Viele linke und rechte ideologische Modelle, die sich selbst als antikapitalistisch bezeichnen, allen voran der wissenschaftliche Sozialismus und anarchistische Strömungen, sind erfolglos geblieben, weil sie den Kapitalismus nicht als hegemoniale Moderne analysiert und daraus folgend überwunden haben. Über einen Diskurs der Moderne ist es möglich, neue Begriffe und Theorien der Moderne zu entwickeln. Die demokratische Moderne, die wir vorantreiben möchten, stellt eines dieser anderen Paradigmen der Moderne dar.“ (Aus seiner Verteidigungsschrift „Manifest der demokratischen Zivilisation“)

Der Aufbau einer demokratischen Moderne/Zivilisation stellt die alternative Lösung der kurdischen Revolution im Mittleren Osten dar. Das Gesellschaftssystem dieser Moderne nennt sich Demokratischer Konföderalismus.

Der Aufbau einer demokratischen Moderne/Zivilisation stellt die alternative Lösung der kurdischen Revolution im Mittleren Osten dar. Das Gesellschaftssystem dieser Moderne nennt sich Demokratischer Konföderalismus. Hierbei handelt es sich um das System der Gesellschaften ohne Staat. Es basiert auf dem Aufbau von Mechanismen der Selbstverwaltung der Gesellschaft, angefangen auf kleinster lokaler Ebene. Innerhalb dieser Mechanismen sollen Probleme und Bedürfnisse festgestellt werden. Ebenso sollen Lösungen aus eigener Kraft, gemeinsam und solidarisch entwickelt und umgesetzt werden. In diesem System sind die Befreiung der Geschlechter, eine gesellschaftliche Ordnung, die auf der Freiheit der Frau basiert, sowie ein ökologisches Leben, das auf Harmonie mit der Natur baut, grundlegend. Sowohl ein ethisches und politisches Individuum als auch eine solche Gesellschaft, die ihre Eigenorganisierung schafft, sich selbst verwaltet, das Faktum der Autorität nicht vereinzelt, ist in der Lage dazu, das System des Demokratischen Konföderalismus aufzubauen. Dabei sind kommunales Denken, die Überwindung der Trennung von Subjekt und Objekt sowie eine demokratische und wissenschaftliche sozialistische Perspektive von Bedeutung.

Innerhalb dieses Systems werden Probleme nicht aus einer macht- und staatsbezogenen Perspektive betrachtet. In der kapitalistischen Moderne ist das Gegenteil der Fall. Diese Moderne, die für Probleme der Gesellschaft, der Natur und der Geschlechter verantwortlich ist, kann natürlich keine Lösungen liefern. Deshalb muss ihre Intervention gegen die Gesellschaften verhindert werden. Beim Demokratischen Konföderalismus handelt es sich auch um ein solches Hindernis. Da dort die Völker, vor allem unterdrückte Gruppen, über ein eigenes Gesellschafts- und Lebensmodell verfügen, ist es von Bedeutung, aus einer anderen, aus einer nicht den Herrschenden gehörenden Perspektive blicken zu können.

Wenn wir von der Aufbauphase des demokratisch-konföderalen Systems in allen Bereichen des Lebens sprechen, kommen wir auch auf das Thema legitime Selbstverteidigung. Das patriarchale System als Quelle von Gewalt hat es sich zur Aufgabe gemacht, jegliche Gruppen, die es ablehnen und Widerstand leisten, ihrer Selbstverteidigungsmöglichkeiten zu berauben. Völker, Bewegungen, Frauen und Männer, die sich gegen die ideologische, politische, militärische, kulturelle Bombardierung durch das kapitalistische System wehren, werden von ihm als Terroristen gesehen und hingestellt. Dabei ist es legitimes Recht aller Unterdrückten, sich in allen Bereichen gegen dieses System zu verteidigen. Das KCK-System, das in Kurdistan vorangetrieben wird, stellt ein wertvolles Beispiel und eine konkrete Kraftquelle für Volks- und Guerillawiderstand dar.

Innerhalb des Demokratischen Konföderalismus organisieren sich alle Gemeinschaften, Ethnien, Kulturen, Glaubensrichtungen, ökonomischen Einheiten, Geschlechteridentitäten etc. in Form von politischen Einheiten und nehmen so innerhalb des Mechanismus der demokratischen Gesellschaft ihren Platz ein. Diese Organisierungsform beginnt auf lokaler Ebene. Direkte und partizipatorische Demokratie ist Prinzip. Anstatt dass eine bestimmte Gruppe oder ein bestimmter Teil die Allgemeinheit repräsentiert und an deren Stelle Entscheidungen fällt, soll garantiert werden, dass das Individuum durch Kommunen oder Räte an den Entscheidungsprozessen teilnimmt. Dies ist auch als Vorsorge gegen Machtzentralisierung von Bedeutung.

Der Demokratische Konföderalismus gibt die Administrationskraft, die der Staat an sich gerissen hat, der Gesellschaft zurück. In diesem Sinne handelt es sich beim Demokratischen Konföderalismus nicht um ein Staatsmodell oder -system. Die Staatslosigkeit stellt gar ein Freiheits- und ein Demokratieprinzip dar. Im Rahmen dieser Prinzipien soll das Individuum in Verantwortung für die Gesellschaft und mit demokratischem, ökologischem und geschlechtsfreiheitlichem Bewusstsein handeln sowie auf diese Weise das Gleichgewicht des sozialen Beziehungssystems wiederherstellen, wobei zeitgleich die Freiheit des Individuums gestärkt werden soll.

Die Alternative der demokratischen Moderne und des Demokratischen Konföderalismus trägt entgegen den drei Grundelementen der kapitalistischen Moderne (Profit, Nationalstaat und Industrialismus) folgende drei Elemente voran: demokratische Nation, kommunale Ökonomie und ökologische Industrie. Beim Nationalstaat handelt es sich um das macht- und staatsbezogene Modell der kapitalistischen Moderne. Ziel ist die höchstmögliche Anhäufung von Kapital. Aus der Freiheitsfrage der Nationen macht sie ein unüberwindbares Problem. In nahezu allen Nationalstaaten bestehen aufgrund von Nationalismus Konflikte zwischen Völkern. Bei jedem Nationalstaat handelt es sich um eine erweiterte Staatsmacht. Jeder Nationalstaat funktioniert als institutionalisierte rechtlich-sozial-politische Ausbeutung und Unterdrückung der Gesellschaft. Abdullah Öcalan formuliert die Lösung der demokratischen Moderne in diesem Punkt folgendermaßen: „Die demokratische Moderne hat auch in dieser Sache als Ergebnis der demokratischen Lösung die Annäherung an die demokratische Nation vorangebracht. Bei der demokratischen Nation handelt es sich um eine Nationwerdung des Volkes, die sich nicht auf Macht und den Staat stützt, und vor allem auf der Politisierung der Menschen basiert. Es soll außerdem bewiesen werden, dass für eine Nationenbildung mit ihren Institutionen für Verteidigung, Wirtschaft, Recht, Soziales, Diplomatie und kulturelle Autonomie Staatenbildung und Machtzentralisierung nicht nötig sind. Es ist den Völkern möglich, sich als demokratische Nation zu formieren. Für das Heiligtum der kapitalistischen Moderne gibt es nur eine Staatsform und das ist der Nationalstaat.“

Ohne Zweifel reicht es nicht aus, nur Widerstand gegen das kapitalistische System und seine Auswüchse zu leisten, um diese Hegemonie zu überwinden und eine Alternative voranzutreiben. Die Kunst liegt im Aufbau der alternativen Moderne.



Auf dem Mesopotamischen Sozialforum wurde im „Ökologie-Zelt“ u. a. über Lösungen und Initiativen gegen die Zerstörung unserer Umwelt diskutiert. Foto: DIHA

Öcalan macht darauf aufmerksam, dass die Rolle des Industrialismus für den maximalen Profit der kapitalistischen Moderne die Grundlage für die gesellschaftlichen und nationalen Probleme unserer Zeit darstellt. Das Industrialismusverständnis dieser Moderne ist der Grund für die ökologischen Probleme. Unser Planet ist mit einer großen Katastrophe konfrontiert. In diesem Sinne handelt es sich bei der demokratischen Moderne mit ihrer Kommunenökonomie und ökologischen Industrie um eine systematische Verteidigungsmöglichkeit für die Gesellschaft und das Individuum gegen den zerstörerischen Wahnsinn der kapitalistischen Moderne mit ihrem Verständnis vom maximalen Profit und Industrialismus.

Der wissenschaftliche Sozialismus sollte den Industrialismus der kapitalistischen Moderne kritisieren. Allein eine ökonomisch-politische Kritik des Systems reicht nicht aus. Denn Prinzip der radikalen Demokratie und des Demokratischen Konföderalismus ist die Kritik des gesamten Systems der kapitalistischen Moderne (beispielsweise ihre Hegemonie über Wissenschaft, Philosophie, Kultur, Kunst etc.) und die Umsetzung von Alternativen.

Die gesellschaftliche Revolution in Kurdistan wird heute auf Grundlage der neuen Begriffe der demokratischen Moderne von neuem zusammengeführt. Die wahre Umsetzung und kraftvolle Verteidigung des demokratisch-konföderalen Systems kann allein von Kurdistan und dem Mittleren Osten aus verbreitet werden. Diese gesellschaftliche Revolution besitzt ein großes Potential. Wenn man sich aber die Kräfte vor Augen hält, gegen die diese Revolution kämpft, wird die strategische Bedeutung aus Sicht der gesamten Menschheit deutlich. Ohne Zweifel reicht es nicht aus, nur Widerstand gegen das kapitalistische System und seine Auswüchse zu leisten, um diese Hegemonie zu überwinden und eine Alternative voranzutreiben. Die Kunst liegt im Aufbau der alternativen Moderne.

Die Kräfte der kapitalistischen Moderne (UNO, NATO, USA, Großbritannien etc.) führen heute sozusagen einen „Dritten Weltkrieg“ gegen diejenigen, die für Demokratie und Freiheit kämpfen. Die demokratische Moderne und der Demokratische Konföderalismus scheinen die einzige Lösung zur Überwindung der von den Kräften der kapitalistischen Moderne verursachten Krisen und Konflikte zu sein. „Wenn das, was als Lösung dargestellt wird, mehr Kapitalismus und Industrialismus beinhaltet, dann wird es noch mehr Krisen, Arbeitslosigkeit, Konflikte, Umweltzerstörung und Klimaverschmutzung bedeuten.“ (Abdullah Öcalan – „Manifest der demokratischen Zivilisation“) ♦

Zum möglichen Chemiewaffen-Einsatz des türkischen Militärs

„... die Türkei [ist] jetzt in einer Bringschuld ...“

Jan van Aken, Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei DIE LINKE

Es besteht aktuell wieder der Verdacht, dass das türkische Militär chemische Waffen im Kampf gegen die kurdische PKK eingesetzt hat. Am 22.–24. Oktober 2011 wurden bei einem Einsatz des türkischen Militärs in der Region Kazan Vadesi (bei Cukuca, Provinz Hakkari) 36 PKK-KämpferInnen getötet. Nach Berichten einer Überlebenden sowie von AnwohnerInnen kamen dabei auch chemische Agenzien zum Einsatz.

Berichten über den vermeintlichen Einsatz von Chemiewaffen ist grundsätzlich mit einer gewissen Vorsicht zu begegnen, insbesondere wenn sie von einer Seite in einer militärischen Auseinandersetzung erhoben werden. In fast jedem bewaffneten Konflikt wird – oft von beiden Seiten – zu Propagandazwecken der Vorwurf erhoben, dass verbotene Waffen eingesetzt wurden. In der Regel lassen sich diese Vorwürfe nicht bestätigen.

Es gibt jedoch sehr gute Gründe dafür, dass im aktuellen Fall der Einsatz einer unabhängigen, internationalen Untersuchungskommission dringend angeraten ist. Denn es ist belegt, dass das türkische Militär 1999 verbotene chemische Waffen eingesetzt hat, mit ihnen trainiert hat und dass es von der Führung des türkischen Militärs in der Vergangenheit entsprechende Befehle gegeben hat. Zudem ist belegt, dass die Türkei noch vor kurzem (2010) verbotene chemische Waffen gelagert und zum Verkauf angeboten hat. Die Vernichtung dieser Waffen ist nicht dokumentiert.

Einsatz von CS-Gas im Jahre 1999

Am 11. Mai 1999 wurden in einer Höhle bei Balikaya, südöstlich von Şırnak, 20 PKK-KämpferInnen bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem türkischen Militär getötet. Vor Ort wurden Überreste einer Granate gefunden, die vom Roten Halbmond einem deutschen Fernsehjournalisten übergeben wurden. Eine Analyse am Rechtsmedizinischen Institut der Universität München konnte eindeutig Spuren von CS-Gas an den Granatresten feststellen. Nach Angaben des deutschen Fernsehmagazins „Kennzeichen D“ wurde die Granate vom Typ RP707 von der deutschen Firma Buck & Depyfag produziert und seit 1995 an die Türkei geliefert.

Dieser Gas-Einsatz wurde auch auf Video dokumentiert.[1] Dort kann man hören, wie ein Soldat über Funk mitteilt: *„Wegen der eingesetzten Gasgranate im Inneren besteht Vergiftungsgefahr für unsere Soldaten.“* Und weiter: *„Wir haben zwar einen Tag gewartet, aber die Wirkung des Gases dauert an.“*[2] Im Video ist zu sehen, dass die Soldaten nach dem Einsatz die Höhle und das Gelände davor ohne Schutzkleidung betreten.[3] Das spricht eher dafür, dass es sich um Tränengas gehandelt hat und nicht um ein tödlicheres Nervengas.

CS-Gas ist Tränengas. In hohen Konzentrationen, vor allem in geschlossenen Räumen, kann es tödlich sein. Nach der Chemiewaffen-Konvention (CWC) darf Tränengas zwar bei Demonstrationen, nicht aber in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Damit liegt hier ein forensisch nachgewiesener Verstoß gegen die Chemiewaffen-Konvention vor, die die Türkei 1997 ratifiziert hat.

Produktion von militärischer CS-Munition in der Türkei

Im Jahre 2010 hat die Bradford University in England einen Bericht vorgelegt, nach dem der staatliche türkische Rüstungskonzern *Makina ve Kimya Endustrisi Kurumu* (MKEK) CS-Granaten vom Kaliber 120 mm produziert und international vermarktet (siehe Abbildung 1).[4] Die Granate mit der Typenbezeichnung „MKE MOD 251“ hat ein Gewicht von über 17 kg und eine Reichweite von über 8 km. Damit ist sie zum Einsatz gegen Demonstrationen vollkommen ungeeignet und ausschließlich für den militärischen Einsatz geeignet.[5] Ein solcher Waffentyp ist nach der Chemiewaffen-Konvention (CWC) verboten.

Befehl zum Einsatz chemischer Waffen

Am 23. Juli 1989 veröffentlichte die türkische Zeitung *İkibine Doğru* einen Artikel über chemische Waffen, in dem auch Auszüge aus einem Geheimbefehl der türkischen Streitkräfte gezeigt wurden.

Laut diesem Befehl wurde den türkischen Streitkräften gestattet, „*Tränengas und Übelkeit verursachende Gase einzusetzen, wenn es notwendig ist*“, sowie Tunnel dadurch unbrauchbar zu machen, dass sie mit „*giftigem Gas gefüllt werden*“.

Es kann natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass dieses Faksimile eine Fälschung ist. Allerdings gibt es dafür keine Anhaltspunkte. Außerdem schweigt die türkische Regierung beharrlich zu diesem Dokument. Im Jahre 2004 haben wir



Abbildung 1: Türkische CS-Granate Kaliber 120mm auf der Waffenmesse AAD in Kapstadt im Jahre 2010 Foto: Robin Ballantyne, Omega Research Foundation

den Unterzeichner des Befehls, General a. D. Necdet Öztorun, angeschrieben sowie ihn direkt in Istanbul persönlich kontaktiert. Er wollte sich jedoch nicht zu diesem Dokument äußern. Die Bundesregierung wurde über dieses Dokument im Oktober 2010 informiert. Im Januar 2011 teilte das Auswärtige Amt mit, dass es sich um Klärung bemüht habe, ob dieser Geheimbefehl tatsächlich ursprünglich existierte. Dies habe jedoch nicht geklärt werden können. Unklar bleibt, ob die Bundesregierung seinerzeit mit dieser Frage auch direkt an die türkische Regierung herangetreten ist.[6]

Zwei Verdachtsfälle aus jüngster Zeit

Im September 2009 starben im Raum Çukurca, Provinz Hakkari, acht PKK-KämpferInnen in einer Höhle bei einem Gefecht mit dem türkischen Militär.[7] Augenzeugen berichteten, dass die türkischen Soldaten auch Gas eingesetzt haben sollen. Danach hätten sie die acht Opfer regungslos aus der Höhle herausgebracht. Einige der Opfer seien dann noch mit Panzern überfahren worden.

Die Leichen wurden später obduziert, die Staatsanwaltschaft verweigert jedoch bislang eine Herausgabe der Obduktionsberichte. Direkt nach der Obduktion wurden Fotos der Opfer gemacht, die einer Menschenrechtsdelegation aus Deutschland übergeben wurden. Ein deutscher Bildfälschungs-Experte fand keinerlei Hinweise darauf, dass die Fotos manipuliert waren. Pathologen am Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg begutachteten die Fotos und stellten eine mögliche Einwirkung von Chemikalien fest.[8]

Weder die Augenzeugenberichte noch das Hamburger Gutachten sind für sich genommen ein hinreichender Beweis für einen Chemiewaffen-Einsatz. Augenzeugenberichte – zumal wenn sie von einer am Konflikt beteiligten Seite stammen – sind nicht immer zuverlässig und sollten wenn irgend möglich durch objektive Beweise wie Laboruntersuchungen bestätigt werden. Und der von den Hamburger Rechtsmedizinern festgestellte mögliche Chemikalieneinsatz könnte auch nach dem Tod bzw. der Gefangennahme der Opfer passiert sein.

Andererseits werden andere Punkte der Augenzeugenberichte – so zum Beispiel die Abtrennung von Gliedmaßen durch das Überfahren mit Fahrzeugen – ebenfalls durch das Hamburger Gutachten bestätigt. Das legt eine gewisse Glaubwürdigkeit der Quellen nahe. Zudem ähnelt das Szenario dieses Einsatzes in hohem Maße dem oben geschilderten Trainingsszenario der türkischen Anti-Terror-Einheiten. Gerade im Kampf gegen Gegner, die sich in Höhlen verschanzt haben, sind Chemikalien eine effektive – wenn auch verbotene – Waffe. Und, wie oben dargelegt, hat die türkische Armee zum Zeitpunkt dieses Gefechtes über verbotene CS-Granaten verfügt. Die Weigerung der Staatsanwaltschaft, die Obduktionsberichte herauszugeben, verstärkt nur noch den Verdacht, dass hier möglicherweise verbotene chemische Waffen eingesetzt wurden. Einen echten Beweis könnte jedoch nur eine unabhängige internationale Untersuchung liefern.

Im Oktober 2011 fanden in einem kleinen Seitental der Region Kazan Vadisi (nahe Çukurca) über drei Tage Kämpfe zwischen dem türkischen Militär und PKK-Guerilla statt. 36 PKK-KämpferInnen und ein türkischer Soldat starben. Am 31. Oktober durften lokale Behördenvertreter, der Menschenrechtsverein IHD sowie Anwohner und Angehörige der Toten für drei Tage in das Gebiet. Dort fanden Sie noch Leichen sowie viele Überreste der Kämpfe. Später erhoben der IHD und andere den Vorwurf, dass in diesem Gefecht auch chemische Waffen eingesetzt wurden.

Bei einem Besuch in diesem Tal am 27. November 2011 fanden sich noch Spuren von den Kämpfen: Überreste von Munition, verbrannte und entwurzelte Bäume, Kleidungsreste der PKK-Kämpfer. Das Gefecht fand im offenen Tal statt und nicht in einer Höhle. Über eine Länge von 2–3 km konnten noch Munitionsreste identifiziert werden, sowohl von schweren Fliegerbomben (500 und 2 000 Pfund) als auch von kleinkalibriger Munition.

Eine Überlebende des Gefechtes hat nach Aussage Dritter berichtet, dass an einem Punkt des Gefechtes in der Nähe eine Bombe explodiert sei. Danach habe sie einen fruchtigen Geruch wahrgenommen und sich sofort in den nahen Bach gerettet. Die anderen KämpferInnen in ihrer Gegend seien durch das Gas bewusstlos geworden und gestorben. Eine unabhängige Bestätigung dieser Schilderung gibt es nicht.

Anwohner eines flussabwärts gelegenen Dorfes berichteten, dass die Soldaten der türkischen Armee ihnen nach dem Gefecht geraten hätten, für drei Tage kein Wasser aus dem Bach zu trinken. Dies wurde von den Anwohnern als weiterer Hinweis auf den Einsatz von Giften gewertet. Allerdings könnte diese Aussage der Soldaten auch gemacht worden sein, weil flussaufwärts Leichenteile im Bach lagen – beide Interpretationen sind rein spekulativ.

Es gibt auch keine anderen, objektiveren Befunde, die einen Verdacht auf den Einsatz chemischer Waffen erhärten würden. Allerdings verweigert auch hier bislang die Staatsanwaltschaft die Herausgabe der Obduktionsberichte. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes (mehr als einen Monat nach dem mutmaßlichen C-Waffeneinsatz) liegen immer noch mehrere Leichen im Leichenschauhaus Malatya. Sie sind derart entstellt und verbrannt, dass sie nur mit Hilfe einer DNA-Analyse identifiziert werden können. Als ich bei der Staatsanwaltschaft von Malatya einen Besuch im Leichenschauhaus beantragen wollte, wurde ich vom zuständigen Staatsanwalt Özdemir handgreiflich und ohne weitere Erklärung aus dem Büro gedrängt. Eine unabhängige Autopsie dieser Leichen sowie eine Analyse der Obduktionsberichte erscheint dringend angezeigt, um den Vorwurf eines Chemiewaffen-Einsatzes entweder zu erhärten oder aber aus der Welt zu räumen.



Jan van Aken auf der Delegation im Kazan-Tal Foto: DIHA

Ausblick

1) Angesichts der belegten wiederholten Verstöße der Türkei gegen die Chemiewaffenkonvention – namentlich der Einsatz von CS-Gas 1999 sowie die Lagerung von militärischen CS-Granaten bis mindestens 2010 – ist eine umfassende Untersuchung gegenwärtiger und vergangener Chemiewaffen-relevanter Aktivitäten bei den türkischen Streitkräften dringend erforderlich. Die türkische Regierung sollte die OPCW einladen, eine solche Untersuchung durchzuführen; sie sollte außerdem alle Unterlagen über vergangene Aktivitäten in diesem Bereich der OPCW zur Verfügung stellen sowie freien Zutritt zu allen relevanten Anlagen gewähren. Dabei muss auch der Status des Geheimbefehles aus dem Jahre 1986 untersucht werden. Solange die türkische Regierung dieses dunkle Kapitel der türkischen Republik nicht transparent aufarbeitet, wird sie auch künftig immer dem Verdacht ausgesetzt sein, verbotene Waffen im Kampf gegen die Kurden einzusetzen.
2) Die von der türkischen Regierung angekündigte Zerstörung der militärischen CS-Granaten muss von der OPCW kontrolliert werden.
3) Die Türkei muss eine Untersuchung der jüngsten Verdachtsfälle – namentlich zumindest die hier geschilderten Vorfälle in der Region Çukurca vom September 2009 sowie vom Oktober 2011 – durch eine unabhängige internationale Institution wie z. B. dem Roten Kreuz/Roten Halbmond zulassen. Alle relevanten Informationen, einschließlich der Autopsieberichte, müssen zur Verfügung gestellt werden. Eine Autopsie der noch in Malatya verbliebenen Leichen durch unabhängige Ärzte ist unverzüglich durchzuführen.

Wie eingangs betont, ist es weit verbreitet, den Vorwurf eines Chemiewaffen-Einsatzes als Propagandamittel einzusetzen. Transparenz und umfassende Offenlegung aller Fakten sind der einzige Schutz vor einer solchen Propaganda – und gleichzeitig der einzige Weg, künftige Einsätze chemischer Waffen zu verhindern und so die Beteiligten in gewaltsamen Konflikten vor diesen grausamen Waffen zu schützen.

Angesichts der hier zusammengestellten Fakten ist die Türkei jetzt in einer Bringschuld und muss endlich nachweisen, dass sie in keinem Falle mehr chemische Waffen produzieren, lagern, weitergeben oder einsetzen wird. Die Bundesregierung sowie die anderen Mitgliedsstaaten der CWC müssen Druck auf die türkische Regierung ausüben, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Denn wer wiederholte Verletzungen der Konvention toleriert oder ignoriert, macht sich am Ende mitschuldig. ♦

Der Autor:
Dr. Jan van Aken ist Biologe. Er hat 1999 das Sunshine Project zur Kontrolle biologischer Waffen sowie 2003 die Forschungsstelle Biowaffen an der Universität Hamburg gegründet. 2004 hat er einen Bericht über chemische und biologische Waffenforschung in der Türkei veröffentlicht. 2004–2006 war er Biowaffeninspektor bei den Vereinten Nationen. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei DIE LINKE.

Fußnoten:
1- Siehe http://www.youtube.com/watch?v=sDR_6YcUC_E. Eine Version mit deutschen Untertiteln findet sich unter http://www.youtube.com/watch?v=oansyFqx3e8.
2- Im türkischen Original: „…askerlerimiz su anda zehirlenme tehlikesiyle karsi karsiyalar. Ama yine de canavarca, kahramanca giriyorlar....“ (5:28 im türkischen / 5:36 im deutschen Videos) sowie „Bir gün ara vermenize ragmen gaz hala etkisini sürdürüyor.“ (5:22 im türkischen, 6:12 im deutschen Video).
3- Siehe der deutsch untertitelten Version des Videos zum Beispiel bei 5:47, 6:04 oder 6:18.
4- The Production and Promotion of 120mm munitions containing CS: A Briefing Note for CWC States Parties attending CSP-15 29th November 2010. Veröffentlicht von der University of Bradford, dem Institute for Security Studies und der Omega Research Foundation.
5- Zudem gibt die University of Bradford mit Verweis auf einen Artikel in „Janes Defense Weekly“ an, dass dieser Granatentyp speziell für den 120mm-Granatwerfer der türkischen Armee vom Typ HY-12 vorgesehen ist.
6- Sachstandsbericht des Auswärtigen Amtes vom Januar 2011 mit dem Titel „Türkei – Vorfall beim Kampf gegen die PKK in 2009“.
7- Eine Zusammenfassung dieses Falles findet sich auch bei Spiegel online, http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,711506,00.html
8- Das Gutachten des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf vom 20.7.2010 liegt dem Autor vor. Es stellt zum Beispiel bei dem Leichnam eines jungen Mannes „pergamentartige Hautvertrocknungen im Oberkörperbereich, an den Armen und im Gesicht“ fest. Wörtlich: „Diese erinnern an die Folgen von Hitzeeinwirkung. Gegen eine thermische Einwirkung spricht allerdings, dass die Haare im Gesicht und an der Brust nicht angesengt wirken. Insofern kommt auch die Einwirkung einer chemischen Substanz als Ursache in Betracht.“

Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan und die Generalstabschefs der Türkei

Erneuter Einsatz von Chemiewaffen durch die türkische Armee

Martin Dolzer

„Ich möchte, dass die Bundesanwaltschaft unvoreingenommen, professionell und engagiert Ermittlungen zu dieser Anzeige führt", sagte Heinz Jürgen Schneider, Rechtsanwalt aus Hamburg auf einer Pressekonferenz am 01. November 2011 im Haus der Demokratie in Berlin.

Gemeinsam mit Rechtsanwältin Britta Eder hatte Schneider bei der zuständigen Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe am Montag den 31.10. eine Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan, der sich zu dieser Zeit auf Staatsbesuch in Berlin aufhielt, sowie mehrere Verteidigungsminister und Generalstabschefs der türkischen Armee wegen schwerer Straftaten im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingereicht. Angezeigt wurden vom Kriegsvölkerrecht geächtete Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Zeit zwischen 2003 und heute.

Die Strafanzeige beruht auf dem seit 2002 bestehenden deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Es ermöglicht eine internationale Strafverfolgung von geächteten Kriegsverbrechen, für die militärische Befehlshaber und politische Vorgesetzte verantwortlich sind. Inhalt sind zehn exemplarische Fälle aus den letzten Jahren, die auf Grundlage umfangreicher Recherche, der Auswertung türkischer Justizmaterialien und Berichten renommierter Menschenrechtsorganisationen zusammengestellt wurden.

Es handelt sich unter anderem um Fälle von extralegalen Hinrichtungen, Tötung von KämpferInnen nach Gefangenennahme, Folter, postmortalen Verstümmelungen bis hin zum Einsatz verbotener chemischer Waffen. Dargestellt werden in der Anzeige die jeweiligen Sachverhalte mit Namen, Daten und Beweismitteln. Des Weiteren werden die gezielten und systematischen Angriffe des Militärs und der „Sicherheitskräfte" auf die Zivilbevölkerung thematisiert. Hierzu dient u. a. eine fundierte Skizze der Menschenrechtsverletzungen des letzten Jahrzehnts. In einem historischen Teil verdeutlichen die Anzeigenden, dass es sich beim türkisch-kurdischen Konflikt um einen lang anhaltenden internationalen militärischen Konflikt nach dem Völkerrecht handelt. Deutlich wird auch, dass die AKP-Regierung mit illegalen Mitteln einen schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die PKK führt, das Land zunehmend autokratisch regiert und kaum an einem Friedensdialog interessiert ist. Jede menschenrechtliche Arbeit wird derzeit ganz im Gegenteil unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft im Dachverband der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK kriminalisiert.

Die zehn angezeigten Fälle stehen dabei exemplarisch für eine Vielzahl weiterer Fälle und sind folgende: Izzet Özdemir (Explosion einer Antipersonenmine), Uğur Kaymaz (extralegale Hinrichtung eines 12-Jährigen und seines Vaters durch Polizisten), Abbas Amani (Mord nach Festnahme eines Guerillas), Leyla Hannan (Soldaten posieren vor der gefallenen Guerilla), Ceylan Önkol (Beschuss eines Zivilisten durch Militär mit einem Granatwerfer mit Todesfolge), Ibrahim Atabay (Folter und extralegale Hinrichtung eines 17-Jährigen nach einer Razzia durch Sondereinheiten des Militärs in Wan/Ebex (Van/Çaldıran)), 8 Guerillas in Çelê (Çukurca) (Chemiewaffeneinsatz der türkischen Armee), Özgür Dağhan (postmortale Verstümmelung eines Guerillakämpfers), Bombenanschlag in Şirnex (Şırnak) (ein Bombenanschlag auf die Wahlfeier der Bevölkerung 2011), Hasan Mustafa Hasan und weitere 6 Personen (systematische Angriffe der türkischen Armee auf Zivilisten im Nordirak).

Die Strafanzeige wurde im Namen von Angehörigen der Opfer der Kriegsverbrechen erstattet. Die Menschenrechtsorganisation MAF-DAD – Verein für Demokratie und internationales Recht e. V. in Köln, die Autorin Doris Gercke (Bella Block), der Völkerrechtsprofessor Norman Paech, der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg (DIE LINKE), Dr. med. Gisela Penteker (IPPNW), die Stadträtin von Nürnberg Marion Padua sowie der Soziologe Martin Dolzer gehören ebenfalls zu den Anzeigenden.

Die Stadträtin Marion Padua und der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg waren bei dem Bombenanschlag in Şirnex (Şırnak) nach der Parlamentswahl 2011, einem der angezeigten Fälle, selbst Geschädigte und ZeugInnen. „Mit dem Anschlag sollte das positive Wahlergebnis der BDP weggebombt werden. Die Sicherheitskräfte haben direkt nach dem Anschlag jegliche Spurensicherung verhindert. Das Fenster zum Frieden wurde mit dem Anschlag und neuer Repression gegen die kurdische Bevölkerung seitens der Regierung Erdoğan weitgehend geschlossen. Wir fordern die BAW auf, in Bezug auf die zehn angezeigten Fälle zu ermitteln", so Weinberg.

Die Logik, dass Menschenleben unterschiedlich viel wert sind und diejenigen, die als Feinde oder Terroristen deklariert werden, vernichtet oder durch Racheaktionen getötet werden dürfen – diese Logik, die die türkische Regierung erneut vertritt, die durch die derzeitige Kriminalisierung von KurdInnen gemäß § 129b, Waffenlieferungen an die Türkei, eine aggres-

sive Kolonialpolitik sowie das Schweigen über gravierende Menschenrechtsverletzungen seitens der Bundesregierung mitgetragen wird, ist aus politischer, juristischer und menschenrechtlicher Sicht nicht hinnehmbar. Gerade in Bezug auf den Verdacht über einen erneuten Chemiewaffeneinsatz in Colemêrg/Çelê (Hakkari/Çukurca) bei dem 37 PKK-RebellInnen starben, sowie die Ankündigung einer tamilischen Lösung der kurdischen Frage ist diese Anzeige sehr wichtig. Frieden kann nur durch einen Dialog aller Beteiligten und die Aufarbeitung von geschehenem Unrecht erreicht werden.

Eine Antwort der Bundesanwaltschaft, ob sie Ermittlungen bezüglich der Anzeige aufnimmt und sie zur Klage macht, steht bisher noch aus.

Bericht über einen erneuten Chemiewaffeneinsatz

Seit dem 24. Oktober 2011 war bekannt, dass 24 Leichname in der Leichenhalle des staatlichen Krankenhauses in Meletî (Malatya) liegen. Es handelte sich dabei um KämpferInnen der Guerilla der PKK. Bei einem Gefecht in der Region Colemêrg/Çelê (Hakkari/Çukurca) starben insgesamt 37 Guerillas, der bisherigen Faktenlage zufolge durch einen Napalm- und Chemiewaffeneinsatz. AugenzeugInnen, u. a. GuerillakämpferInnen und DorfbewohnerInnen, berichteten davon. Eine PKK-Rebellin, die Augenzeugin des Kriegsverbrechens war, da sie sich in der Nähe befand, sich aber letztlich retten konnte, berichtete von fruchtig-milchigem Geruch und Vergiftungserscheinungen bei ihrer Einheit. Das türkische Militär warnte die örtliche Bevölkerung nach dem Angriff, drei Tage nicht aus einem Fluss in der Region zu trinken, da er vergiftet sei.

Eine Delegation des Menschenrechtsvereins IHD, der Angehörigen von Gefallenen Meya Der und ParlamentarierInnen der BDP recherchierte vor Ort, fand Geschosse sowie weitere Körperteile von Gefallenen und sprach mit den Zeugen. Die in Meletî (Malatya) befindlichen Leichname waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und verbrannt. Ein Experte deutete nach Betrachtung der Fotos Spuren möglicher Einwirkung von chemischen Substanzen. Schusswunden und weitere Verletzungen waren bei den Leichen nicht vorzufinden. Wie in solchen Fällen seit Jahren üblich verweigert die zuständige Staatsanwaltschaft bisher die Herausgabe der Obduktionsberichte. Auch bei den Fällen, die Teil der o. g. Anzeige wurden, war das ähnlich. Die Straflosigkeit und Nichtverfolgung von TäterInnen aus den Reihen der Sicherheitskräfte und des Militärs stellt auch einer Studie von Human Rights Watch zufolge in der Türkei ein großes Problem dar.

Direkt nachdem die Delegation ihre Ergebnisse veröffentlicht hatte, ließen die Verantwortlichen Ismael Akbulut, den Vorsitzenden des IHD Hakkari, und fünf weitere Personen aus Colemêrg (Hakkari) wegen vermeintlicher KCK-Mitgliedschaft verhaften. Akbulut war an den Untersuchungen der Delegation beteiligt und hatte die Ergebnisse auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Bei einer derartigen Kriminalisierung handelt es sich eindeutig um einen Racheakt gegen einen verantwortungsbewusst agierenden Menschenrechtler. Mehrere WissenschaftlerInnen sowie Bundestags- und Landtagsabgeordnete protestierten dagegen.

Der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken bereiste mit einer internationalen Delegation aus Abgeordneten und AnwältInnen Ende November die Region Çelê (Çukurca) und Meletî (Malatya) [*s. S. 47*].Er fordert eine internationale Untersuchung des Geschehens in Çelê (Çukurca) und weiterer Fälle, da es starke Verdachtsmomente für die Nutzung unerlaubter chemischer Kampfstoffe durch die türkische Armee gibt. Van Aken wurde vom zuständigen Staatsanwalt in Meletî (Malatya) unter Gewalt aus dessen Räumlichkeiten gedrängt. Die Tatsache, dass der jetzige Generalstabschef Necdet Özel bereits im Jahr 1999, einem Video aus Militärkreisen zufolge, einen Chemiewaffeneinsatz befehligte, erhärtet ebenfalls den Verdacht auf den erneuten Einsatz von geächteten Waffen. Auch der in der o. g. Strafanzeige angezeigte Fall (Einsatz chemischer Waffen) fand in Çelê (Çukurca) statt.

Fazit

Die aggressive Politik der Regierung Erdoğan gegenüber der kurdischen Guerilla und Bevölkerung muss ein Ende haben. Die Aufklärung der Kriegsverbrechen der türkischen Armee, die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, ein sofortiger beidseitiger Waffenstillstand und ein Friedensdialog zwischen sämtlichen beteiligten Kräften sind der einzige Weg, weiteres unnötiges Blutvergießen zu verhindern.

Die anhaltende Festnahmewelle gegen kurdische AktivistInnen (mehr als 4 500 legal Tätige wurden seit 2009 inhaftiert) und die jüngste Predigt von Fethullah Gülen deuten allerdings in eine andere Richtung. Gülen rief in einer 45-minütigen Predigt und Videobotschaft unter Beschwörung der nationalen Einheit im Namen Allahs in Bezug auf die KurdInnen auf: „Lokalisiert sie, umzingelt sie, (...) zerschlagt ihre Einheiten, lasst Feuer auf ihre Häuser regnen, überzieht ihr Klagegeschrei mit noch mehr Wehgeschrei, schneidet ihnen die Wurzeln ab und macht ihrer Sache ein Ende!" In Bezug auf die Guerilla sagte Gülen: „Ob 500, ob 5 000, lass es 50 000 [*gemeint sind die kurdischen Guerillas*] sein, du hast eine Million [*gemeint sind Soldaten*], kessele sie ein und vernichte sie."

Im Bewusstsein dieser Vorgabe der grauen Eminenz der AKP, deren Bewegung mehr als 70 % der Führungseliten der Türkei stellt, lassen sich die aggressive Kurdenpolitik der AKP und die Forderung nach einer tamilischen Lösung der kurdischen Frage seitens regierungsnaher Kräfte sowie die zur Anzeige gebrachten Kriegsverbrechen besser analysieren.

Im Pahl-Rugenstein-Verlag wird in Kürze ein Buch zur Anzeige erscheinen. Der Anzeigentext, Dokumente und Fotos sind unter www.kriegsverbrechen-tuerkei.info abrufbar. ♦

Deutschland unterstützt angeblich die PKK – Die Bundesregierung gibt sich schuldbewusst

Ministerpräsident Erdoğan läuft Amok gegen Parteienstiftungen

Elmar Millich

Anlässlich der Eurokrise tritt die Bundesregierung gerne als Schulmeister gegenüber den südeuropäischen Ländern auf, welche Sparanstrengungen auf Kosten der Bevölkerung durchzuführen sind, damit weiter Geld fließt. Im Gegensatz dazu scheint ihr aber im Umgang mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan jedes Selbstbewusstsein abhanden gekommen zu sein. Seit Kurzem treibt die AKP-Regierung bezüglich der angeblichen PKK-Unterstützung in Deutschland eine Sau nach der anderen durchs Dorf, während die Reaktion der Bundesregierung darin besteht, wie ein zur Rechenschaft gezogener Schüler aufzulisten, was Deutschland schon alles gegen die PKK unternommen hat.

Den Anfang setzte Erdoğan im Oktober 2011 mit der Behauptung, die Stiftungen deutscher Parteien würden die PKK unterstützen. Diese Äußerung bewirkte quer durch alle politischen Kreise nur Kopfschütteln. Sollten die Stiftungen etwa schwarze Kassen unterhalten, aus denen gegen einschlägige strafrechtliche Bestimmungen Geld an die PKK fließt? Genaueren Nachfragen wich Erdoğan dann aus. Bei einem einige Wochen später erfolgten Türkeibesuch von Außenminister Westerwelle wurde das Ganze als „Missverständnis" heruntergestuft.

Kaum hatten sich die Wogen geglättet, legte die AKP nach. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei fuhr symbolisch ein Zug die alte Strecke von Istanbul nach München. An Bord waren neben damaligen Gastarbeitern der ersten Generation auch der türkische Parlamentspräsident Cemil Çiçek. Völlig am Anlass vorbei polemisierte er gegenüber der Presse, in Deutschland würden doppelt so viele PKK-Mitglieder leben wie in den Kandil-Bergen. Und auch Ministerpräsident Erdoğan stieß bei den darauffolgenden offiziellen Feierlichkeiten als Gast in Berlin gegenüber der Bundeskanzlerin ins gleiche Horn: Wer es hinnehme, dass die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans in Europa Medien betreiben und Geld sammeln könne, der mache sich mitschuldig am Tod von Frauen und Kindern durch Terroranschläge, gab er während einer Festrede von sich.

Nun sind das eigentlich Töne wie zwischen Ländern, die kurz vor einem Kriegsausbruch stehen, und nicht wie zwischen angeblich befreundeten Partnern. Entsprechend ernste Worte und klare Reaktionen hätte man von der Bundesregierung erwartet. Hier herrschte jedoch Fehlanzeige. Auf die Provokation Erdoğans in seiner Rede erwiderte die Kanzlerin noch an gleicher Stelle, dass man im Kampf gegen den Terrorismus an seiner Seite stünde. Fast schon unterwürfig war die Reaktion von Innenminister Friedrich auf die Vorwürfe von Staatspräsident Gül anlässlich eines Staatsbesuchs in Deutschland Anfang September, die PKK würde vom demokratischen Umfeld in Deutschland profitieren. Akribisch listete er auf, wie viele kurdische Vereinigungen in Deutschland schon verboten und wie viele Anhänger der PKK schon zu Haftstrafen verurteilt worden sind. Ein noch schärferes Vorgehen, so äußerten Zeitungskommentare, scheitere an der Rechtsstaatlichkeit Deutschlands.

Nun müsste sich Deutschland eigentlich objektiv betrachtet keine Vorwürfe anhören müssen. Beginnend mit dem PKK-Verbot 1993 war Deutschland, egal unter welcher Regierung, in Europa immer Vorreiter gewesen, wenn es darum ging, die politischen Spielräume der kurdischen Exilbewegung durch Kriminalisierung einzuschränken. Daran hat sich aktuell nichts geändert, im Gegenteil: Mit dem politischen Entschluss im Verlauf dieses Jahres, angebliche Mitglieder der PKK auch nach § 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) zu verfolgen, hat die Repression noch einmal eine neue Qualität erlangt. Die Bilder in Deutschland bei kurdischen Demonstrationen, wenn Polizisten unter massivem Gewalteinsatz Personen festnehmen, weil sie Bilder von Öcalan oder Fahnen kurdischer Organisationen bei sich tragen, unterscheiden sich kaum von denen in der Türkei. Auch die kurdischen Medien stehen schon lange im Fokus der deutschen Sicherheitsbehörden, wie die temporären Verbote gegen die Zeitung Özgür Politika und den Fernsehsender ROJ TV in der Vergangenheit gezeigt haben. Die Beschlagnahmung eines Übertragungswagens von ROJ TV im September 2011 und ein aktuelles Strafverfahren gegen Yeni Özgür Politika wegen des angeblichen Zeigens von PKK-Symbolen zeigt, dass diese Linie weiterverfolgt wird. Mit dem Verbot der für den 26. November in Berlin geplanten Großdemonstration gegen das PKK-Verbot wurde das Demonstrationsrecht für KurdInnen de facto ausgehebelt. [*s. S. 57*]

Demokratie-Bonus der AKP aufgebraucht

Worauf zielt also Erdoğan mit seinen Anschuldigungen? Viele Kommentatoren sind der Meinung, dass in der ange-

spannten Konfliktlage in den kurdischen Gebieten der hauptsächliche Adressat das heimische Publikum ist. Richtig ist, dass entgegen allen Fakten Verschwörungstheorien, bei denen wahlweise Europa oder die USA die PKK unterstützen, um analog zum Vorgehen im Kosovo die türkische Nation zu spalten, immer Konjunktur haben. Aber die Erklärung greift zu kurz. Es handelt sich hier auch um eine Flucht nach vorn. Erdoğan hat in den letzten Wochen der gesamten kurdischen Bevölkerung und auch den türkischen Intellektuellen, die nicht bereit sind, sich der AKP-Linie zu beugen, den totalen Krieg erklärt. Kommentatoren schreiben offen von einer „tamilischen Lösung" der kurdischen Frage. Gleichzeitig schickt sich die AKP-Regierung an, im Nachlauf des „arabischen Frühlings" über ihre Kontakte zu den Muslimbrüderschaften die Hegemonie in der Region anzustreben. Aktuell betreibt die Türkei die aktive militärische Destabilisierung Syriens.

Hier ergeben sich auch die Gefahren für die AKP-Herrschaft. Es verträgt sich nun mal nicht auf Dauer, sich gegenüber den arabischen Massen als Hüter der Palästinenserinteressen und Menschenrechte aufzuspielen, während man im eigenen Land die Rechte der kurdischen Bevölkerung brutal unterdrückt. Wenn etwa der arabische Sender Al-Dschasira anfangen würde, die Entwicklungen in Kurdistan im Zusammenhang mit dem arabischen Umbruch zu sehen und entsprechend zu kommentieren, hätte die Türkei ein Problem, wie letztens ein kurdischer Kommentator anmerkte.

Die Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit und der Medien für Demokratiedefizite in der Region ist durch den „arabischen Frühling" gewachsen. Noch schafft es die türkische Regierung, ihren Mix aus laizistischer Demokratie und Islamismus als neues Modell für die Region zu verkaufen. Aber zunehmend mehren sich die kritischen Stimmen in Europa. Durch die kürzlich erfolgte Strafanzeige deutscher AnwältInnen gegen Erdoğan bei der Bundesanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen waren die Praktiken der türkischen Armee bezüglich der Ermordung gefangener Guerillas und des Einsatzes chemischer Waffen zumindestens kurzfristig in den Medien präsent. [*s. S. 47 ff.*]Auch die Verhaftung der gesamten kurdischen Opposition und neuerdings auch türkischer Intellektueller im Rahmen der KCK-Verfahren und ähnlicher politischer Prozesse wird allmählich kritisch betrachtet. Der Bonus, den die AKP-Regierung durch reale demokratische Veränderungen in den ersten Regierungsjahren aufgebaut hat, ist langsam aufgebraucht. Zurzeit sitzen so viele politische Gefangene wie noch nie seit dem Militärputsch von 1980 im Gefängnis. Erste Kommentatoren ziehen Vergleiche zu der Situation in China. Spätestens seit der kompletten Auswechselung des militärischen Generalstabs im August kann die Regierung auch nicht mehr sabotierende Anhänger des Kemalismus als Sündenböcke für Menschenrechtsverletzungen vorschieben. Die zunehmende Gleichschaltung der Medien, die Besetzung aller staatlichen Ämter mit Vertrauenspersonen der AKP sowie der wachsende Einfluss des Fethullah-Gülen-Ordens schaffen Misstrauen bei den Verbündeten und in der Öffentlichkeit. Dass die Nervosität der türkischen Regierung in diesem Punkt steigt, zeigt auch der Umgang mit Menschenrechtsdelegationen aus Deutschland. So wurden im September zwei Mitglieder einer Delegation zur Untersuchung der Todesumstände von Andrea Wolf nachts für mehrere Stunden festgenommen und verhört. Gegen einen Teilnehmer einer anderen Delegation ebenfalls im September wurde in den türkischen Medien eine beispiellose Hetze als PKK-Helfer durchgeführt.

Um ihre Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik in Kurdistan ungestört umzusetzen, ist es für die AKP-Regierung wichtig, sich in der internationalen Öffentlichkeit als Opfer terroristischer Angriffe darzustellen, wie es auch Israel seit Jahrzehnten schafft, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung umzukehren. So erscheinen die Vorwürfe Erdoğans gegen Deutschland auch als Hilferuf, das seit dem 11.9.2001 bestehende politische Primat des internationalen Kampfs gegen den Terror unbedingt aufrechtzuerhalten, das unter dem arabischen Umbruch und der militärischen Erfolglosigkeit in Afghanistan langsam bröckelt.

Was treibt aber die deutsche Bundesregierung zu ihrer Leisetreterei gegen die türkische Polemik in Sachen PKK-Unterstützung? Erdoğan scheint hier Narrenfreiheit zu besitzen wie auch bei seinen Drohungen gegen Israel, welche der erklärten „Freundin des israelischen Volkes" Angela Merkel keine Stellungnahme wert waren, während die unappetitlichen Ausfälle des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinejad regelmäßig zu scharfen Reaktionen führen.

Hier sind mehrere Gründe ausschlaggebend. Zum einen beruht Diplomatie auf Geben und Nehmen. Bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens etwa war die PKK nur ein Thema von vielen. Ebenso standen die türkischen Forderungen im Raum, dass Deutschland den EU-Beitrittsprozess der Türkei aktiver unterstützen soll und eine Änderung der deutschen Visa-Politik beim Einreisen türkischer Staatsbürger. Hier nutzt die deutsche Politik schon seit Jahren die Tatsache aus, dass die internationale Stigmatisierung der kurdischen Bewegung als terroristisch für die Türkei oberste außenpolitische Priorität hat. Durch Zugeständnisse beim „Kampf gegen den Terror" lassen sich für Deutschland, wenn auch auf dem Rücken der kurdischen Bevölkerung, eben Zugeständnisse in Bereichen vermeiden, die innenpolitisch wehtun, ohne dass die Beteiligten ihr Gesicht verlieren. Die Erpressbarkeit der Türkei bezüglich ihrer eigenen Kurdenpolitik zeigt auch die von der PKK schroff zurückgewiesene Ankündigung des israelischen Außenministers Liebermann, bei einer weiteren Zuspitzung der Situation zwischen Israel und der Türkei die PKK zu unterstützen.

Wichtiger aber noch für Erdoğans aggressives Auftreten gegenüber angeblichen Machenschaften der PKK in Europa ist die Tatsache, dass er sich hier der Unterstützung durch die USA sicher ist. Führende Vertreter der USA haben immer wieder öffentlich bekräftigt, dass sie ihrerseits Druck auf die europäischen Verbündeten ausüben wollen, wenn es darum geht, etwa die Ausstrahlung von ROJ TV zu unterbinden oder Finanzströme auszutrocknen. In den USA hat hier ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Unter Präsident Bush wurde die Türkei auf eine Kurdenpolitik gemäß Zuckerbrot und Peitsche eingeschworen. Auf der einen Seite konsequentes militä-

risches Vorgehen und politische Isolation gegenüber der PKK. Auf der anderen Seite aber auch substantielle kulturelle und demokratische Zugeständnisse gegenüber den KurdInnen, um der PKK die Verankerung in der Bevölkerung zu nehmen. Geblieben scheint davon nur die Peitsche. Dass der erste Auslandsbesuch nach seiner Wahl Präsident Obama in die Türkei führte, war ein deutliches Signal, welche Rolle die USA ihr in der Zukunft beimessen würden. Durch den „arabischen Frühling“ und das sich abzeichnende neue Hegemoniemodell aus Islamismus light und exportorientierter Bourgeoisie hat die Bedeutung Ankaras noch einmal zugenommen. Neben der militärischen Unterstützung durch die USA scheint auch die politische Zerschlagung der gesamten kurdischen Bewegung und des Konzepts einer Demokratischen Autonomie von Washington gedeckt zu werden. Entsprechend halten sich auch die Europäer zurück. Im Gegensatz zu früheren gelegentlichen Vorstößen ist von einer politischen Lösung der kurdischen Frage nirgendwo mehr die Rede, auch wenn sie dringender notwendig wäre denn je.

Türkei und Deutschland haben die gleiche Sicht

Aber natürlich gibt es auch jenseits äußeren Drucks innerhalb des deutschen Establishments aus Politik, Sicherheitskräften und Medien eine langjährige und tiefe Ablehnung gegenüber der kurdischen Bewegung. Deutschland hat in den letzen 20 Jahren nie einen Versuch unternommen, eine politische Lösung der kurdischen Frage zu initiieren, sondern die Türkei in ihrem Kriegskurs immer unterstützt. Deutschland ist hier nicht nur Getriebener, sondern auch Treiber.

Kehren wir noch mal zu Erdoğans Vorwurf zurück, die politischen Stiftungen der Parteien würden die PKK unterstützen. Die Vorwürfe zielen hauptsächlich auf die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), die Heinrich-Böll-Stiftung (Die Grünen) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (DIE LINKE). Diese Stiftungen unterhalten Kontakte zu der kurdischen Partei BDP, die in Kurdistan die Mehrheit der BügermeisterInnen stellt, als auch zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, von denen viele im Dachverband DTK organisiert sind. Genau gegen diese Organisationen richten sich die oben erwähnten KCK-Verfahren. Die Mehrzahl der über 4 000 politischen Gefangenen der letzten Zeit stammt aus diesem Umfeld. Erdoğans Angriffe waren durchaus als Warnschuss gedacht, dass sich Europa nicht in die KCK-Verfahren einzumischen hat, auch wenn dieser Schuss eher nach hinten losging. Nach der PKK sollen nun auch die kurdischen Parteien und Zivilorganisationen außenpolitisch isoliert werden.

Natürlich hätte eine Bundesregierung, die sich ständig zu Demokratie und Rechtsstaat bekennt, die Gelegenheit zum Konter nützen müssen, die Türkei solle lieber die politische Verfolgung ziviler Organisationen und gewählter PolitikerInnen einstellen als die kooperierenden deutschen Stiftungen anzugreifen. Stattdessen erfolgten, wie schon erwähnt, die peinliche Aufzählung von Innenminister Friedrich, was schon alles gegen die PKK getan wurde, und das anschließende Herunterspielen von Außenminister Westerwelle auf ein „Missverständnis“. Im Hintergrund scheint hier nicht nur Diplomatie zu stehen, sondern eine gemeinsame Sichtweise der deutschen und der türkischen Regierung auf die kurdische Bewegung. Grundlage der KCK-Verfahren in der Türkei ist, um es kurz zu umreißen, dass, wer Forderungen erhebt, die auch von der PKK gestellt werden – etwa muttersprachlicher Unterricht oder mehr regionale Autonomie –, als Mitglied eben dieser PKK verurteilt werden kann. Somit wird der gesamte Teil der kurdischen (und auch türkischen) Bevölkerung, der sich für kurdische Forderungen einsetzt, zur Kriminalisierung freigegeben. Genau diese Repressionsschiene verfolgt auch die Bundesrepublik schon seit Jahrzehnten. Wer sich nur ansatzweise im politisch aktiven kurdischen Umfeld aufhält, sei es durch Vereinsbesuche oder Teilnahme an Demonstrationen, muss mit Bespitzelung, ausländerrechtlicher Diskriminierung und auch Strafverfahren rechnen. Der Logik der türkischen KCK-Verfahren folgt auch der deutsche Verfassungsschutz. In seinem letzten Bericht wurde die Kampagne „TATORT Kurdistan“ als PKK-Kampagne bezeichnet. Forderungen nach einem Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei und dem Verzicht auf Staudammprojekte sind halt dann staatsgefährdend, wenn sie aus einem bestimmten politischen Umfeld kommen. Diese Einschätzung des Verfassungsschutzes wurde von der Bundesregierung auf eine Kleine Parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE) explizit bestätigt. Zwischen offener Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Türkei und Vorfeldkriminalisierung durch den Verfassungsschutz in Deutschland steht dann noch die sich im Abbau befindende „Rechtsstaatlichkeit“, aber die Sicht der Dinge ist die gleiche. Auch die Medien flankieren: Unter dem Titel „Eine nützliche Verbindung“ erschien am 23.10.2011 in der FAZ-Sonntag ein recht reißerisch aufgemachter Artikel über die Kooperation zwischen der Partei DIE LINKE und der PKK. Der Kernvorwurf zielte darauf, dass YEK-KOM als laut Verfassungsschutz legale Basis der illegalen PKK zur Wahl kurdischstämmiger Landtagsabgeordneter der Partei DIE LINKE aufgerufen hatte. Aus einem völlig legalen und öffentlichen Vorgang – auch türkische Organisationen forderten in der Vergangenheit ihre Mitglieder etwa zur Wahl der SPD auf – wird hier ein konspirativer Vorgang konstruiert, der die Sichtweise des Verfassungsschutzes kritiklos übernimmt. Natürlich haben auch kurdischstämmige MigrantInnen das Recht, durch Mitgliedschaft in deutschen Parteien Lobby für ihr Anliegen zu machen. So etwas nennt man gemeinhin Integration. Die Weise, in der in dem Artikel kurdischstämmige Abgeordnete als Trojanische Pferde der PKK diffamiert werden, steht der Hetze gegen die gewählten Parlamentsabgeordneten der BDP in der Türkei nicht viel nach.

Die Reaktions- bzw. Nichtreaktionsweise der Bundesregierung auf die Vorwürfe von Erdoğan beruht neben imperialistischen Interessen auch auf einem subjektiv gemeinsamen Feindbild gegenüber der kurdischen Bewegung, das über lange Jahre gewachsen ist. Es ist Aufgabe der Öffentlichkeit, diesen Konsens aufzubrechen und nach neuen Lösungswegen im Umgang mit der kurdischen Frage zu suchen. Sowohl in der Türkei als auch in Deutschland. ♦

Repressionsjahr 2011

Neue Phase der Repression gegen Kurdinnen und Kurden eingeleitet

Monika Morres, AZADÎ e.V., 12. Dezember 2011

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül, Premierminister Recep Tayyip Erdoğan oder sein Außenminister Ahmet Davutoğlu reisen viel, u. a. in die USA und in die Länder der EU. In allen Gesprächen wird hierbei von den Reisenden der Kampf gegen den internationalen Terrorismus thematisiert, womit in erster Linie die kurdische Bewegung und ihre Strukturen gemeint sind. EU-Regierungen lassen sich kritisieren und maßregeln, die türkischen Interessen nach Liquidierung der PKK nicht massiv genug zu unterstützen. Zentrale Forderung der Türkei an die EU-Länder ist, die Finanzquellen der Bewegung „trockenzulegen“, wozu sie – wie Anfang September angekündigt – den wichtigsten Ländern „gerichtsverwertbare“ Dossiers über Organisationen und Firmen vorlegen werde, die angeblich zur finanziellen Unterstützung der PKK beitragen würden.

Ministerpräsident Erdoğan brüskiert deutsche Stiftungen

So beschuldigte Ministerpräsident Erdoğan Anfang Oktober deutsche Stiftungen und Kreditinstitute in der Türkei der direkten und indirekten Finanzierung der PKK; einen Beweis für seine Behauptungen blieb er allerdings schuldig. Die Heinrich-Böll-Stiftung wies die Anschuldigungen Erdoğans scharf zurück. In einer Erklärung hieß es u. a., dass „mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Menschenrechtsgruppen, wissenschaftlichen Instituten, Berufsverbänden und Gemeinden, die nicht politisch ausgerichtet“ seien, zusammengearbeitet werde. Die Beschuldigungen gegen deutsche Institutionen bewerte die Heinrich-Böll-Stiftung „als Teil einer Strategie zur Kriminalisierung der zivilen kurdischen Opposition“. Für „selbstverständlich“ halte man politische Gespräche mit „gewählten Repräsentanten der Kurden“.

Bundesgerichtshof eröffnet neue Repressionsrunde

Folgenschwerer aber war ein Ereignis: Vor dem Bundesgerichtshof (BGH) fand am 28. Oktober 2010 die mündliche Anhörung von Vakuf M. statt, der im Dezember 2009 nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung) zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und 10 Monaten verurteilt worden war und hiergegen Revision eingelegt hatte.

So begann das Jahr 2011 mit einem Paukenschlag: Ende Januar veröffentlichte der BGH das schriftliche Urteil des 3. Strafsenats, mit dem eine neue Phase der Repression gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden eingeleitet wurde und als die einschneidendste Maßnahme zu bezeichnen ist. Nachdem seit Jahren mutmaßliche Mitglieder islamistischer Gruppierungen, Aktivsten der türkischen linken DHKP-C und der tamilischen LTTE als Angehörige oder Unterstützer von „ausländischen terroristischen“ Vereinigungen strafverfolgt wurden und durchaus Modellcharakter hatten, hat der BGH die Anwendung des § 129b StGB auch auf die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen empfohlen. Treibende Kraft dieser negativen Entwicklung dürfte die oberste Anklagebehörde in politischen Fällen, die Bundesanwaltschaft (BAW), gewesen sein.

Mit 129b wieder „terroristisch“

Zwar soll es mit dem Urteil um eine Vereinheitlichung der Strafverfolgungspraxis gegangen sein, doch ob eine Vereinigung als „ausländisch terroristisch“ einzustufen ist und entsprechend strafverfolgt werden kann, entscheidet das Bundesjustizministerium. Deshalb handelt(e) es sich um eine politische Maßnahme, die Willkür geradezu impliziert. Über die Hintertür des § 129b StGB sehen sich politisch aktive Kurdinnen und Kurden in Deutschland wieder mit dem Stigma des Terrorismus konfrontiert. Denn: Seit Anfang 1998 wurden kurdische ExilpolitikerInnen und AktivistInnen „nur“ noch als mutmaßliche Mitglieder einer „kriminellen“ Vereinigung nach § 129 StGB strafverfolgt, weil der damalige PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan erklärt hatte, dass künftig auf jede Gewaltanwendung in Deutschland verzichtet werde. Lediglich in „Altfällen“ sind Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen“ Organisation (§ 129a StGB) verurteilt worden.

Die Anschläge des 11. September 2001 waren zweifellos eine Zäsur. Diese Ereignisse nahmen Regierungen weltweit zum Anlass, ihre teils fertigen Anti-Terror-Konzepte aus den Schubladen zu ziehen und durch die Parlamente zu peitschen. Laut dem „Graubuch Innere Sicherheit“ haben bis zum Jahre 2009 über 70 Gesetze zur Terrorismusbekämpfung den Deutschen Bundestag passiert; der 2002 eingeführte § 129b StGB gehört dazu. Auch zahlreiche Verschärfungen in der Asyl- und

Ausländergesetzgebung haben bis zum heutigen Tage weitreichende Folgen für die Betroffenen.

Eight years after

Acht Jahre vergingen nach Einführung des § 129b, bis der BGH den Startschuss gegeben hat für weitere gegen die kurdische Bewegung gerichtete Zumutungen. Wurden bis dahin in Deutschland tätige Funktionäre der PKK als Mitglieder einer „eigenständigen inländischen kriminellen Vereinigung" (§ 129) strafverfolgt, angeklagt und verurteilt, sollen sie fortan einer Vereinigung angehören, „bei welcher der maßgebende Vereinigungswille außerhalb der Bundesrepublik gebildet" werde und der „Schwerpunkt der Strukturen sowie das eigentliche Aktionsfeld in den von Kurden bevölkerten Gebieten in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran" lägen. Die Strukturen seien fortan nicht mehr als „selbstständiger", sondern als „unselbstständiger Teil der Auslandsorganisation" zu bewerten, weil diese kein ausreichendes Maß an organisatorischer und personeller Selbstständigkeit aufweise. Sie seien vielmehr abhängig von der ausländischen Hauptorganisation, deren Willensbildungsprozess sie vollziehen müsse und deren Mitglieder sich dem zu unterwerfen hätten.

Bundesjustizministerin ermächtigt – Erster Prozess nach § 129b StGB

Im April dieses Jahres hat die FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger eine erste Ermächtigung erteilt – gegen Vakuf M., dessen Revisionsverfahren am 23. August vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt/M. eröffnet wurde. Die beiden Verteidiger haben sich in einem Antrag mit der Argumentation des BGH auseinandergesetzt. Sie verwiesen darauf, dass der Hintergrund des türkisch-kurdischen Konflikts als ein bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerrechts einzustufen sei. Das Gericht werde nicht umhin können, „weitere Ermittlungen über die Genese und Dynamik" des Konflikts und die Rolle der PKK sowie der ihr zugeordneten Volksverteidigungskräfte (HPG) anzustellen. Bislang habe sich der Generalbundesanwalt nur an den „bekannten, redundanten Feststellungen der Strafjustiz zur Organisationsgeschichte orientiert". Dieses „Aufklärungsprogramm" sei aber bereits in der Vergangenheit „defizitär" gewesen.

Das Gericht werde sich ferner mit Fragen des Kriegsvölkerrechts befassen müssen und auf „ein Recht auf Sezession im Sinne der neueren völkerrechtlichen Entwicklung" einzugehen haben. Ebenso müsse die durch „vielfältige Repression geprägte Menschenrechtslage der kurdischen Bevölkerung und die Unterdrückung ihrer politischen Betätigung innerhalb und außerhalb der Institutionen der türkischen Republik aufzuklären und zu beurteilen sein". Schließlich sei durch türkische militärische Streitkräfte wiederkehrend das Kriegsvölkerrecht verletzt worden. Die Türkei habe den Konflikt durch den „Einsatz von chemischen Kampfstoffen und flankiert durch massive polizeiliche und geheimdienstliche Repression unter Einsatz von spezialisierten Diensten und Behörden" geführt.

Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, „dass es sich bei der kurdischen Befreiungsbewegung und ihren Organisationen um eine Bewegung handelt, die die Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung in Frage stellte oder sich gegen den Grundsatz der Völkerverständigung richtete", so die Anwälte Berthold Fresenius und Sönke Hilbrans. Auch ihre Programmatik sei nicht gegen die Menschenwürde Dritter gerichtet oder gar von „eliminatorischen Fantasien gegenüber Angehörigen anderer Ethnien geprägt, wie es in der Rhetorik ihrer Gegner der Fall" sei.

Der Ausgang des Verfahrens, das bis zum Jahresende terminiert ist, dürfte mit Blick auf künftige Prozesse interessant sein.

Vier kurdische Aktivisten verhaftet

Am 17. Juli 2011 wurde Ridvan Ö. auf dem Düsseldorfer Flughafen und am darauffolgenden Tag Mehmet A. in Freiburg verhaftet. Beide befinden sich seither in Untersuchungshaft. Sie werden von der BAW der Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung PKK" (§ 129b StGB) beschuldigt. Ridvan Ö. soll die Jugendorganisation „Komalen Ciwan" geleitet haben und Mehmet A. als „hochrangiger Jugendkader in Deutschland und Frankreich" tätig gewesen sein.

Am 12. Oktober folgte die Verhaftung von Ali Ihsan K., dem vorgeworfen wird, sich als Mitglied einer „ausländischen terroristischen Vereinigung PKK" von Mai 2007 bis April 2008 als PKK-Kader im Gebiet Hamburg betätigt zu haben.

Am 8. Dezember wurde Vezir T. von Beamten des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt in Hanau festgenommen und nach Vorführung beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs verhaftet.

Dem 41-Jährigen wird ebenfalls Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung" (§ 129b i. V. m. § 129a StGB) vorgeworfen. Er soll von Juni 2008 bis Juli 2009 als Kader der PKK für bestimmte Regionen verantwortlich gewesen sein, Weisungen an die „untergeordnete Strukturebene" erteilt, Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert und zur „Beitreibung von Geldern für die PKK" beigetragen haben.

Erwähnt sei, dass Vezir T. schon einmal vor einem bundesdeutschen Oberlandesgericht gestanden hat, das ihn am 23. Mai 2000 wegen politischer Betätigung nach § 129 StGB zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt hatte.

Am 30. Juli 2009 durchsuchten ebenfalls Beamte des LKA Sachsen-Anhalt im Rahmen von Ermittlungen nach § 129 StGB kurdische Vereine in Halle und Leipzig, Geschäftsräume, Autos sowie Wohnungen, u. a. auch die von Vezir T. in Hanau. Zwei Jahre später ist das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt worden! Und nun ist er konfrontiert mit dem 129b.

In der Schweiz befindet sich Metin A. aufgrund eines Haftbefehls der BAW seit einigen Monaten in Auslieferungshaft; auch ihm wird eine Mitgliedschaft nach § 129b vorgeworfen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Bundesjustizministerium ermächtigt generell

Das Bundesjustizministerium hat am 6. September 2011 die „allgemeine Ermächtigung" zur strafrechtlichen Verfolgung nach § 129b Abs. 1 Satz 3 StGB erteilt, und zwar für zurückliegende und künftige Taten der europäischen Führung, der Deutschlandverantwortlichen sowie derjenigen, die für bestimmte PKK-Sektoren, Regionen und Gebiete sowie ihrer Teilorganisation in Europa CDK (Kurdische Demokratische Koordination) verantwortlich sind. Es muss jeweils ein Deutschlandbezug gem. § 129b Abs. 1 Satz 2 StGB bestehen.

In der BGH-Entscheidung war bereits angemerkt worden, dass nicht mehr differenziert werden solle zwischen dem Kreis „herausgehobener Funktionäre bzw. Kader einerseits" und den „sonstigen Angehörigen" andererseits. Schließlich enthalte auch die EU-Terrorliste „keine Einschränkung auf einen bestimmten Personenkreis innerhalb der Organisation".

Was das bedeuten kann, zeigt der Fall einer von einem Ermittlungsverfahren betroffenen Kurdin, die sich an AZADÎ gewandt hatte. Ihr Verfahren war ursprünglich von der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Unterstützung nach § 129a/b an den Generalbundesanwalt weitergeleitet worden, der die Sache nach Prüfung an eine andere Staatsanwaltschaft abgegeben hatte – wegen „Verdachts auf Verstoß gegen das Vereinsgesetz". Diese allerdings fand nicht einmal das und stellte das Verfahren ein!

Öcalan-Bilder – ein rotes Tuch für die Behörden

Nach wie vor gab es auch im Jahre 2011 die zahlenmäßig meisten Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz und betraf das Rufen von Parolen bei Demos und Veranstaltungen oder das Zeigen verbotener Symbole. Regelmäßiger Anlass für Auseinandersetzungen waren aber die Bilder von Abdullah Öcalan. Da stritten sich Polizeibeamte, RichterInnen und Rechtsanwälte/-innen bis ins Detail darum, welches Bild wie groß und wie oft pro wieviel DemoteilnehmerInnen gezeigt werden darf und ob Öcalan mit diesem oder jenem farbigen Hemd genehmigt wird. Es ist zu befürchten, dass diese unwürdigen Streitereien auch ins nächste Jahr getragen werden.

Kurdische Medien unerwünscht

Ein Dorn im Auge der Strafverfolgungsbehörden sind weiterhin auch die kurdischen Medien wie die Tageszeitung Yeni Özgür Politika und der Fernsehsender ROJ TV, gegen den seit August in Dänemark prozessiert wird. Auch in Deutschland läuft noch ein Verfahren wegen des Verbots des Senders, das der Bundesinnenminister im Jahre 2008 verfügt hatte. In diesem Zusammenhang war der Europäische Gerichtshof in Luxemburg zu einer Vorabentscheidung angerufen worden. Dieser entschied am 22. September, dass Deutschland zwar eine Verbreitung von ROJ TV-Sendungen auf seinem Hoheitsgebiet erlauben müsse, doch liege es in seinem Ermessen, die Betätigung von ROJ TV sowie der TV-Firmen als Vereine zu verbieten. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die private Nutzung des Fernsehprogramms in Deutschland weiterhin möglich sein muss. Doch sind die Produktion von Sendungen als auch das Dokumentieren von Veranstaltungen im öffentlichen Rahmen – „insbesondere in einem Stadion" – ebenso verboten wie in Deutschland durchgeführte Unterstützungstätigkeiten für ROJ TV.

Prompt wurde ein Übertragungswagen des Senders beschlagnahmt, der zum 19. Internationalen Kurdischen Kulturfestival am 3. September im RheinEnergieStadion in Köln eingesetzt war.

Dass den bundesdeutschen Behörden die kurdischen Medien nicht willkommen sind, kann auch in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nachgelesen werden.

VS listet TATORT Kurdistan

Im VS-Jahresbericht 2010 erblickte eine neue Gruppe das Licht der Kriminalisierungswelt: TATORT Kurdistan – hierbei handele es sich um eine nicht selbstständig agierende und von der PKK gesteuerte Initiative, behaupten die beamteten Schlapphüte. Die Kampagne antwortete mit einer Presseerklärung vom 6. Juli 2011, in der es u. a. heißt: „Mit der Listung in seinem aktuellen Bericht versucht der VS, dieses Bündnis mit anderen emanzipatorischen Initiativen gezielt zu unterbinden." Und weiter: „Die Art und Weise, wie sich hier der Staat anmaßt, zivilgesellschaftliches Engagement mit dem VS als von niemandem bestellten obersten Richter zu gängeln, hat selbst schon einen totalitären Einschlag." Die Kampagne TATORT Kurdistan hat 2011 vielfältige Initiativen entwickelt und wird das auch 2012 fortsetzen.

Demoverbot gegen PKK-Verbot

Ein Höhepunkt zum Jahresende war zweifellos das Verbot einer Demonstration unter dem Motto „Demokratie stärken, PKK-Verbot aufheben – Freiheit für A. Öcalan und Frieden in Kurdistan", die anlässlich des 18. Jahrestages des PKK-Betätigungsverbots am 26. November mit 10 000 TeilnehmerInnen stattfinden sollte und von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, angemeldet worden war.

In einem Kooperationsgespräch am 7. Oktober zwischen Vertretern des Polizeipräsidiums Berlin und YEK-KOM soll es Einvernehmen gegeben haben hinsichtlich der geänderten Demo-Route, der Zahl der Teilnehmenden, den Auflagen in Bezug auf verbotene Symbole und insbesondere der Öcalan-Fahnen.

Polizeipräsidium verbietet Demonstration

Doch einen Monat später hat das Polizeipräsidium bzw. das Landeskriminalamt mitgeteilt, dass nicht nur der Aufzug am 26. November verboten werde, sondern „jede Art von Ersatzveranstaltungen in den Monaten November und Dezember 2011 im Land Berlin". Begründet wurde die Entscheidung damit, dass die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" durch die Demo „unmittelbar gefährdet" sei und dass es „mit an

Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz kommen werde. Die Behörden stellten einen Zusammenhang her zwischen dem Verbotstag und dem 27.11. 1978, dem Gründungstag der PKK und schlossen daraus, dass die Demo eher als „Unterstützung der verbotenen Vereinigung oder zur Verbreitung von deren Kennzeichen“ intendiert werde. Als Beleg für diese Behauptung wurden bis ins Jahr 2008 zurückreichende Demonstrationen herangezogen. Sie unterstellten der Veranstalterin, „jeweils nur ein Thema“ vorzuschieben, „um sodann unter diesem Deckmantel sowohl verbotene Propaganda als auch entsprechende Kennzeichen und Symbole zu veröffentlichen“.

Auch der inzwischen obligatorische Hinweis darauf, dass die „Anhänger der PKK in Deutschland überwiegend in örtlichen Vereinen“ der YEK-KOM „organisiert“ seien, fehlte nicht. Im Sinne einer „Straftatenverhinderung“ gebe es keine mindere Maßnahme als das Verbot.

Widerspruch!

Gegen diese Entscheidung legte der Anwalt von YEK-KOM Widerspruch ein. Er bekräftigte die Absicht der Veranstalterin, mit der Demo an das PKK-Verbot von 1993 zu erinnern und dessen Aufhebung zu fordern und nicht eine „Propagandaveranstaltung für die PKK und ihren Gründer Öcalan“ durchführen zu wollen. Dass die beiden Daten eng zusammenliegen, könne nicht YEK-KOM vorgeworfen werden. Mit dem Verbot werde der Grundrechtsschutz „faktisch ausgehebelt“.

Verwaltungsgericht Berlin bestätigt Verbot – Widerspruch!

Diese Einschätzung mochte das Verwaltungsgericht (VG) Berlin nicht teilen. In einer 18-seitigen Begründung bestätigte es am 22. November das Verbot des Polizeipräsidiums. Der seinerzeit noch amtierende SPD-Innensenator Ehrhart Körting daraufhin: „Ich bin froh, dass das Verwaltungsgericht diese Entscheidung bestätigt hat“ und fügte hinzu: „Propagandaveranstaltungen für terroristische Organisationen stehen nicht unter dem Schutz des Versammlungsrechts.“

Auch gegen die Entscheidung des VG wurde Widerspruch eingelegt.

Auch Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigt Verbot

Mit seiner Entscheidung vom Spätnachmittag des 25. November ist der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Berlin-Brandenburg in der „Gesamtschau“ zu der Auffassung gelangt, dass es sich bei der geplanten Demo von YEK-KOM um eine Propagandaveranstaltung für die PKK handeln werde. Die „Gefahrenprognose“ beruhe auf den Erfahrungen „der letzten drei Jahre hinsichtlich vergleichbarer Veranstaltungen um den 27. November“ sowie der Tatsache, dass auf dem Kurdischen Kulturfestival am 3. September in Köln „38 000 Plakate“ auf die Sitzplätze des Stadions verteilt worden seien mit den Abbildungen verbotener Symbole. Es habe zwar den Hinweis „Verboten in der BRD. Dieses System ist verboten, warum?“ gegeben, doch sei dies „kaum lesbar und nur aus ganz geringem Abstand erkennbar gewesen“. Schwerer wog jedoch der Bezug auf eine „Planungsunterlage“ des Vorbereitungskomitees, die bei einer Razzia beschlagnahmt worden sei. Danach sollen „500 PKK-Fahnen und 400 Bilder“ von A. Öcalan hergestellt und „für die Teilnehmer vorgehalten werden“; ferner sei in der Notiz statt der angemeldeten 10 000 die Zahl von 30 000 Teilnehmern vermerkt gewesen. Diese Angaben hätten den im Kooperationsgespräch gemachten Angaben wesentlich widersprochen. Die Haltung des Antrag-



stellers zeige „entweder mangelndes Unrechtsbewusstsein oder sei auf eine beabsichtigte Missachtung der Vorschriften des Vereinsgesetzes zurückzuführen", resümierten die Richter des OVG. Ein wahrlich erheblicher Vorwurf!

Demo als „Ersatzveranstaltung" verboten

Eine inzwischen von Heidrun Dittrich, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, angemeldete Versammlung ist am 25. November als angebliche Ersatzveranstaltung für die verbotene Demo ebenfalls untersagt worden.

Antifa-Demo – nicht verboten aber angegriffen

Nicht verboten werden konnte eine für den 26. November angemeldete antifaschistische Demonstration eines Bündnisses aus deutschen, kurdischen und türkischen Gruppen unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand". Sie richtete sich gegen die „Verstrickung des deutschen Staates und seiner Geheimdienste in den blutigen Terror des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)" als auch gegen die zunehmenden Aktivitäten der faschistischen „Grauen Wölfe".

Augenzeugen berichteten von einem massiven Polizeiaufgebot, teils brutalen Übergriffen gegen überwiegend kurdische DemoteilnehmerInnen, dem Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken. So sei eine ältere Frau derart von Polizisten überrannt worden, dass sie verletzt zu Boden ging und eine junge Kurdin habe durch das rücksichtslose Vorgehen starke Verletzungen an Kopf und Rücken erlitten; mehr als einhundert Personen seien vorläufig festgenommen worden.

Außerdem seien die Demonstrierenden entlang der Wegstrecke von Anhängern der „Grauen Wölfe" mit Fahnen, Parolen und dem „Wolfsgruß" provoziert und beleidigt worden. Keineswegs habe es sich – wie das Neue Deutschland schrieb – um „Streit von Kurden und Türken" gehandelt, sondern kurdische Jugendliche seien angegriffen worden und einer von ihnen mit einem Messer schwer verletzt worden. Ferner sollen im Vorfeld der Demo etwa 80 Busse gestoppt und an der Weiterfahrt nach Berlin gehindert worden sein, weil sich die Insassen angeblich auf dem Weg zu der verbotenen Demonstration befunden hätten. YEK-KOM habe jedoch ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich an der antifaschistischen Demonstration in Berlin-Kreuzberg zu beteiligen, so ein Mitorganisator des Bündnisses. Weil man angesichts der Polizeiübergriffe die Sicherheit der Demonstrierenden nicht weiter habe gewährleisten können, ist die Demo nach der halben Strecke von den Veranstaltern aufgelöst worden.

Dem „Tagesspiegel" vom 26. November zufolge sei die Antifa-Veranstaltung von der Polizei als „taktische" Anmeldung nach der juristischen Verbotsbestätigung durch das Verwaltungsgericht gewertet worden, gegen die es jedoch keine rechtliche Handhabe für ein Verbot gegeben habe.

Die „Morgenpost" – berlin aktuell – schrieb in ihrer Ausgabe vom 27. November, dass „87 Polizeibeamte verletzt" worden und „46 Strafermittlungsverfahren unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung sowie Verstößen gegen das Versammlungs- und Vereinsgesetz" eingeleitet worden seien. Im Verlauf der Demo sollen Polizisten mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen worden sein, insbesondere während der Festnahmen von Personen.

Offener Brief von LINKEN-Landtagsabgeordneten an Berliner Innensenator

„Kurdinnen und Kurden werden unter Generalverdacht gestellt, wenn sie sich politisch äußern und engagieren wollen. Damit ist das PKK-Verbot ein Repressionsinstrument, das gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe eingesetzt wird und darüber hinaus potenziell zum Abbau demokratischer Rechte auch anderer Bevölkerungsgruppen führt", heißt es u. a. in einem ausführlichen Offenen Brief der NRW-Landtagsabgeordneten Hamide Akbayir und Ali Atalan vom 1. Dezember an den Innensenator von Berlin. Sie protestieren insbesondere gegen das Vorgehen der Polizei nach „rassischen Merkmalen" und die Beschlagnahmung von Transparenten wie „Gegen die Repression gegen kurdische Organisationen", weil diese angeblich nichts mit den politischen Forderungen der Demo zu tun hätten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien – so die Abgeordneten – „wegen ihrer kurdischen Herkunft pauschal wie Terrorverdächtige behandelt" worden.

Hamide Akbayir und Ali Atalan bekräftigen ihre Auffassung, dass das PKK-Verbot abgeschafft werden müsse, „um gleichberechtigte Teilhabe kurdischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger zu ermöglichen" und erwarten „eine möglichst baldige und aufklärende Rückmeldung" durch den Innensenator.

Kontakt: Hamide.Akbayir@landtag.nrw.de
und Ali.Atalan@landtag.nrw.de

Wie wird es weitergehen?

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 28. Oktober 2010 und dem gerichtlich durchgesetzten Demonstrationsverbot haben sich die staatlichen Repressionsorgane weitere tiefgreifende Grundlagen geschaffen, die kurdische Freiheitsbewegung, ihre Organisationen und AnhängerInnen zu bekämpfen. Damit stellt sich die deutsche Politik unmissverständlich an die Seite einer türkischen Regierung, die seit Monaten mit ungeheurer polizeilicher und militärischer Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung vorgeht. Bedenkenlos teilt sie mit ihr die Haltung, die legitimen Forderungen der Kurden nach Demokratie und Autonomie als Terrorismus zu verunglimpfen und entsprechend zu verfolgen.

Breite zivilgesellschaftliche Bündnisse, umfassende Aufklärung über Hintergründe und Zusammenhänge, öffentliche Aktivitäten und Einflussnahme auf politisch Verantwortliche und Institutionen sind wichtiger denn je, um diese gefährliche Entwicklung zu bekämpfen und hoffentlich aufzuhalten.

Serkeftin! ♦

Prof. Tove Skutnabb-Kangas: Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Assimilationspolitik?!

Luqman Guldivê

Oft habe ich mich gewundert, wie ein Mensch gänzlich assimiliert wird, wie die durch tausendjährige menschliche Erfahrung und Lehre entstandenen Kulturen und Sprachen durch die „Killer"-Kulturen und -Sprachen vernichtet werden. Dass die politische Assimilation erfolgreich ist, zeigte uns Kurden die Erfahrung des letzen Jahrhunderts. Nun sind die Kurden, Opfer der Assimilationspolitik mehrerer Staaten, auch damit konfrontiert, ihre Sprache zu verlieren. Ist sie wirklich etwas, von der man sagen kann „schade, sie war Teil des menschlichen kulturellen Erbes, und nun ist sie untergegangen"? Ist es so einfach, und sollte man nichts dagegen und nichts gegen diejenigen unternehmen, die dafür verantwortlich sind? Prof. Skutnabb-Kangas zufolge sollten Verantwortliche für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gebracht werden.

Am 16. Oktober 2011 fand auf der Frankfurter Buchmesse eine vom Mezopotamien Verlag organisierte Veranstaltung „Kurdisch im Fokus der Muttersprachen" statt. Eingeladen war unter anderen Prof. Tove Skutnabb-Kangas. Die finnische Sprachwissenschaftlerin sprach von Linguizid als Genozid an einer Sprache und behandelte das Thema im kurdischen Kontext im Rahmen linguistischer und kultureller Genozide und damit auch im Zusammenhang mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bevor sie zu dieser Schlussfolgerung gelangt, stellt sie nach kurzen historischen Hintergrundinformationen die Gefahren einer subtraktiven Bildung[1] dar und schildert die Vorteile einer additiven Bildung[2]. Weil die subtraktive Bildung linguistische, pädagogische und psychologische Barrieren schafft, verhindere sie den Zugang zu Bildung. Daher verletze sie das Recht auf Bildung. Außerdem könne der Gebrauch der dominanten Sprache im Falle der kurdischen Kinder physischen und psychischen Schaden verursachen. Dagegen sei additive Bildung mindestens in den ersten sechs, vorzugsweise aber acht Jahren der Bildung – mit der Muttersprache der Kinder als erster Bildungssprache und Türkisch als Zweitsprache – die beste Lösung. Darüber hinaus erwähnte sie, dass Untersuchungen bewiesen, dass additive Bildung auch die Schulleistungen der Kinder verbessere.

Wie gelangt sie denn nun aber zu dem Ergebnis, die vom türkischen Staat in Nordkurdistan angewandte subtraktive Bildung sei ein linguistischer Genozid? Für sie stellt die Bildung in der dominanten Sprache Türkisch das Hauptbildungsproblem für die kurdischen Kinder dar; sie verursache Analphabetismus bzw. ein niedriges Lese- und Schreibfähigkeitsniveau und eine Verschlechterung der Schulleistungen, und sie führe zum Raub der Identität und letztendlich zur Enteignung des linguistischen und kulturellen Kapitals der kurdischen Kinder. Das heißt, sie gelangt ohne jegliche Schwierigkeit zu der Schlussfolgerung, dass das Recht der Kurden auf Bildung verletzt wird.

Prof. Skutnabb-Kangas wird es nicht glauben können, aber der türkische Ministerpräsident Erdoğan forderte am 01.11.2011 in Berlin, dass die türkischen Migranten in Deutschland ihren eigenen Kindern erst Türkisch beibringen sollten, und um eine zweite Sprache zu lernen, müsse man die eigene Sprache beherrschen; dies sei „eine sprachwissenschaftliche Erkenntnis". Dass er das aus nationalistischen Gründen sagte und keineswegs aufrichtig war, brauche ich hier wahrscheinlich nicht noch einmal darzulegen; es geht nur darum, dass er dadurch eigentlich die Feststellungen und Vorschläge von Prof. Skutnabb-Kangas im Grunde genommen für die türkischen Kinder außerhalb der Türkei einfordert, für die kurdischen Kinder in der Türkei aber vehement zurückweist.

Er scheint die Problematik einigermaßen zu kennen und wäre somit vielleicht eigentlich gar nicht überrascht, dass er ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, indem er weiterhin kurdischen Kindern Bildung in ihrer Muttersprache untersagt.

Zurück zur Argumentation von Prof. Skutnabb-Kangas. Nach der Feststellung der Verletzung des Rechts auf Bildung führt sie weiter aus, dass dies in pädagogischer, linguistischer, kultureller, soziologischer und psychologischer Hinsicht einen Genozid darstelle, wie er in der 1948er UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert ist:

„[w]er in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, vorsätzlich

1. Mitglieder der Gruppe tötet,

2. Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden […] zufügt,

3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,

4. Maßregeln verhängt, die Geburtenraten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,
5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt, …“[3]

Niemand würde bestreiten, dass die Türkei eigentlich nach allen fünf Punkten Völkermord an den Kurden begangen hat, und genau deswegen spricht Prof. Skutnabb-Kangas von einem Genozid. Allein die subtraktive Bildung entspricht auch rechtlich den Kriterien eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit und sollte daher gerichtlich verurteilt werden.

Nach der Veranstaltung auf der Buchmesse erinnerte Prof. Skutnabb-Kangas daran, dass die Behauptungen türkischer Staatsrepräsentanten, Kurdisch werde nicht mehr unterdrückt, ganz einfach Lügen seien, weil die Verwendung der Sprache in offiziellen Dokumenten, aber auch in den Gesetzen noch nicht akzeptiert ist und das Kurdische als Unterrichtsprache nicht benutzt werden darf. Sie wies darauf hin, dass die Verwendung einer Sprache in der Familie praktisch niemals habe verboten werden können und für das Überleben der Sprache einige Anwendungsverbote für Medien nicht ausreichten, insbesondere weil die Türkei zum Beispiel versucht, ROJ TV verbieten zu lassen, und alles auf Kurdisch Ausgestrahlte ins Türkische übersetzen lassen will; in diesem Zusammenhang erwähnte sie auch den Begriff der freien Benutzung der Medien und unterstrich, dass es diese in der Türkei nicht gebe. Ein freier Gebrauch der Sprache wäre gegeben, wenn das Kurdische im Parlament und in den Lehrerbildungsanstalten und Gerichten benutzt und in den Schulen als erste Unterrichtssprache möglich werden würde; daher sei zu schlussfolgern, dass das Kurdische weiterhin stark unterdrückt werde.

Vor etwa einem Jahr, als ich für eine Kampagne „Muttersprache ist ein Menschenrecht“ ein kleines Dossier vorbereitete, fiel mir auf, dass Amir Hassanpour[4] mit einer ziemlich kritischen Haltung gegenüber den Sprachwissenschaftlern sagt, dass er das Schweigen über die *Linguicide* (Genozide an der Sprache) am Kurdischen oder einer anderen Sprache als eine politische Stellungnahme betrachte, die nicht mit der Neutralität oder Autonomität des Sprachwissenschaftlers gerechtfertigt werden könne. Damit deutet er auf ein sehr wichtiges Problem der Weltgemeinschaft hin. Ich schlussfolgerte damals, „dass nicht nur die Sprachwissenschaft über den *Linguizid* an einer Sprache nicht schweigen darf, sondern vor allem die Politiker in westlichen Ländern. Im Falle des Kurdischen dürfen besonders die Politikmacher und Entscheidungsträger in Europa nicht stillschweigen und das nicht nur zuletzt, weil sie auf die Türkei Druck ausüben können, sondern weil es ebenfalls ein Menschenrecht für alle Menschen und Millionen Kurden ist. Darüber hinaus können im kurdischen Kontext die friedenspolitischen Aspekte auch nicht außer Acht gelassen werden, weil die Beendigung der staatlichen Unterdrückung der kurdischen Sprache und die Förderung derselben zweifelsohne zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei erheblich beitragen wird.“

Mit den Worten von Prof. Skutnabb-Kangas möchte ich meine Beobachtungen zu dieser Veranstaltung beenden: Wenn die Türkei ihre eigene territoriale Desintegration wünscht, dann sollte sie die Unterdrückung der Kurden fortsetzen, denn eine solche Politik wird letztendlich dazu führen. ♦

Fußnoten:
1) Bildung durch das Mittel einer dominanten Sprache
2) Bildung hauptsächlich durch das Mittel der Muttersprache einer Minderheit
3) Siehe Bundesgesetzblatt Teil II, Nr. 15, 12. August 1954
4) ostkurdischer Wissenschaftler; Promotion: „The language factor in national development: The standardization of the Kurdish language, 1918-1985“



Demonstration für den Gebrauch der Muttersprache und gegen die Assimilation Foto: DIHA

Zum Tod von Hikmet Karahan / Heval Süleyman

Mit Humor und einer tiefen Menschenliebe …

Sigrid Töpfer, Mehmet Zahit Ekinci, Nujiyan Urfa

Am 19. Oktober 2011 verstarb Hikmet Karahan (Süleyman) in der Nähe von Hamburg im Alter von 67 Jahren an einem Herzinfarkt. Hikmet Karahan war Sprecher des kurdischen Volksrats Hamburg und Mitglied der zweiten Friedensgruppe aus Europa, deren Einreise in die Türkei im Oktober 2009 verhindert wurde. Er hinterließ seine Frau, seine Kinder und Enkelkinder sowie seine politischen Freundinnen und Freunde. Beerdigt wurde er im Beisein Tausender in seiner Heimatstadt Dep (Karakoçan) in Kurdistan. Seine große Menschlichkeit und seine politische Integrität machten ihn zu einem unvergesslichen Freund und Genossen.

Im Folgenden veröffentlichen wir Texte zu Hikmet Karahan von seiner Hamburger Rechtsanwältin Sigrid Töpfer, dem Journalisten Mehmet Zahit Ekinci sowie von Nujiyan Urfa, einer seiner Genossinnen.

Trauerworte für Hikmet Karahan (Heval Süleyman)

Sigrid Töpfer

Liebe Familie und liebe Freunde von Hikmet,

allen wird es gleich gehen: Ich konnte die Nachricht nicht fassen, ich dachte, es ist ein Irrtum, es muss eine Verwechslung sein. Ich erfuhr erst drei Tage später von seinem Tod.

Ich höre seine ruhige, sonore Stimme, sehe seinen klaren Blick, seine ruhigen Bewegungen und denke, ich sehe ihn gleich wieder, wie immer, wie schon lange mit grauen Haaren, aber wie immer. Mir ist es wichtig, als eine deutsche Freundin und seine Anwältin zu Euch zu sprechen.

Als Hikmet 1986 sein Asylverfahren auf Anhieb gewann, war er 42 und ich 31; er sah aus wie der Anwalt und ich wie eine Studentin. Er hat alle überzeugt. Ich mochte ihn auf Anhieb, ich mochte [*seine Frau*] Güneş und die Kinder, die ich bald kennenlernte. In 30 Berufsjahren ist Hikmet für mich der mit Abstand liebenswerteste und beeindruckendste Mandant gewesen und ein Freund geworden.

Er war ein treuer und liebender Ehemann, ein liebevoller, kluger und demokratischer Vater, ein sorgender, zugewandter Freund, ein hoch moralischer Mensch, ein unabhängiger Geist, ein kämpfender Politiker und ein absolut zuverlässiger Genosse unter Männern wie unter Frauen. Er hatte Humor und eine tiefe Menschenliebe in sich.

Diese Aufzählung ist fast unpassend für ihn. Sie klingt anpreisend, aber Hikmet war im Leben mit Selbstverständlichkeit und ohne Worte alles das, was andere gern wären und nie sein werden. Er war eine Ausnahmeerscheinung, in der kurdischen Kultur, im politischen Leben in der Türkei, in der nordeuropäischen und persönlichen Kultur. Ich habe in ihm eine Männer- und Vaterfigur geschätzt und bewundert. Einen solchen Vater habe ich nicht gehabt.

In unserer großen Welt kann man auf solche Ausnahmeerscheinungen treffen, die die Gesellschaft und jeden Einzelnen von uns bereichern, egal, wo sie sind, und deren hohe Moral über alle Grenzen hinweg wirkt. Mehr noch als durch die Begegnung mit anderen Kulturen, die in meinem Leben eine Rolle spielt, ist die Begegnung mit Hikmet als Erscheinung und Person für mich eine immerwährende Bereicherung.

Das Bewusstsein, dass es so jemanden gibt, dass er hier in Hamburg erreichbar ist, in der Türkei, in Kurdistan, unter uns, hat auch mir Zuversicht und Kraft gegeben. Als deutsche Freundin kann ich nur sagen: Die Besten von Euch sind eine große Stütze für uns Eingesessene, eine Erweiterung des Lebens, eine Vergewisserung dessen, was wir für gut und richtig halten, ein Halt in dem Ringen um eine bessere Welt, auf andere Art, durch einen anderen Blick, durch eine andere Sprache.

Der Tod von wertvollen Menschen oder auch die Migration im Alter zurück in die Herkunftsländer ist für Menschen wie

mich ein Verlust, eine neue fühlbare Veränderung, eine Verengung der Zuversicht, eine Abnahme von Selbstverständlichkeiten. Einer der Wichtigsten ist einfach nicht mehr da. Und in kurdischer Erde begraben. Er schien so selbstverständlich. Die Welt ist ärmer geworden und wir werden es erst langsam gewahr werden.

Sein Sterben hat nur wenige Minuten gedauert. Als seine Anwältin tröstet mich beim Gedanken an seine Folterung, dass er einen Weg aus dem Leben gehen konnte, der ohne Angst, ohne körperliche Schmerzen, ohne Ohnmacht und ohne Demütigung war. Er ist in voller Erfüllung seiner selbstgesetzten Aufgaben gegangen, geachtet und geliebt.

Schlimm ist es nur für die Hinterbliebenen. Das ruhige Leben mit Güneş wird nicht mehr sein. Uns Überlebenden bleibt, den schnellen Tod zu begrüßen und das unfassbar Schwere mit Güneş und den Kindern zu teilen und an ihrer Seite zu sein.

Neben aller Arbeit war Hikmet immer unermüdlich und zugewandt für andere da. Wir können als sein Vermächtnis nur annehmen, dass wir diese Zuwendung weitergeben, an seine Familie und andere. Und weiter versuchen, ohne Eitelkeiten diese Welt besser zu machen.

Hamburg, den 01. November 2011

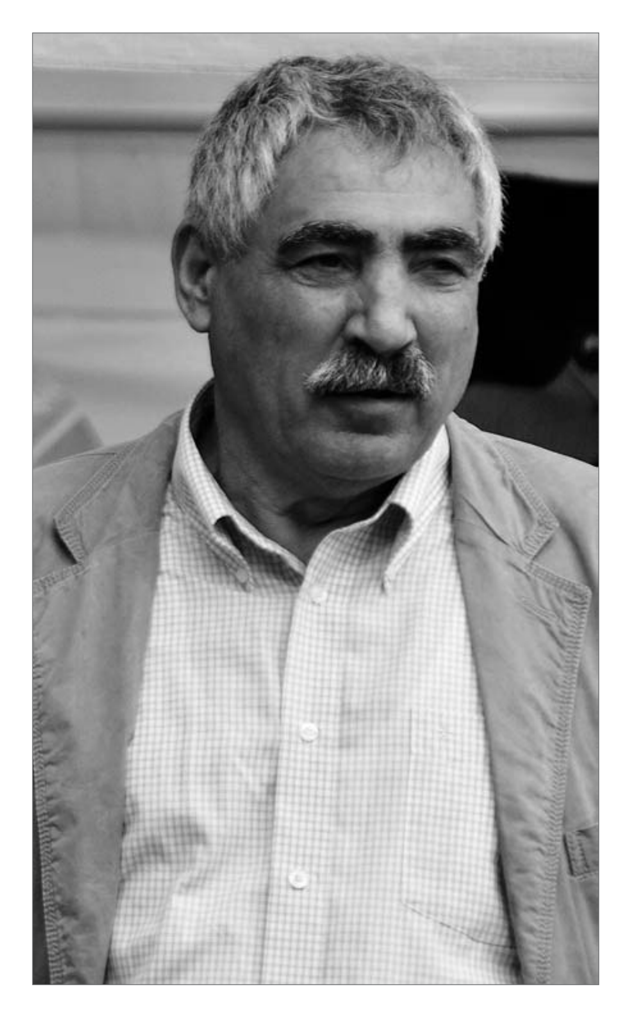
„Freunde, es gibt viel zu tun“

Mehmet Zahit Ekinci

Es war einmal …, so fangen die meisten Märchen an. Und meistens werden die mutigen Menschen zu Heldinnen und Helden und die Feinde des Volkes nehmen ihren Platz auf den verdammten Seiten der Geschichte ein. Vor kurzem haben wir Hikmet Karahan (Süleyman), Sprecher des kurdischen Volksrats Hamburg, verloren. Er war einer dieser mutigen Menschen aus den Märchen. Er war ein Symbol für Selbstlosigkeit und Sorgfalt.

Seine 67 Lebensjahre verbrachte er im Exil, in Kerkern und Folterkammern. Aber niemals verlor er ein Wort darüber. Als ich ihn fragte, warum er nie darüber sprach, entgegnete er nur, dass jeder einen Preis gezahlt habe. Aber in diesen 67 Jahren hat er ein würdevolleres Leben geführt, als die meisten von uns sich vorstellen können. Er erinnerte an einen Weisen, der zu stolz ist, um davon zu berichten. Er organisierte etliche Streiks und gehörte zu denen, die ganz vorn stehen, wenn es darum geht, Widerstand zu leisten. Er widerstand auch schwerster Folter.

Heval Süleyman war immer beschäftigt. Das Telefon ständig zur Hand, wollte er immer Balsam für die Wunden der Menschen sein. Jeder Mensch, der in den kurdischen Verein in Hamburg kam, fragte zuerst nach ihm.



Hikmet Karahan / Heval Süleyman   Foto: M. Z. Ekinci

Zuletzt waren wir gemeinsam nach Kopenhagen gefahren. Dort fand eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude statt, in dem das Verbotsverfahren gegen Roj TV lief. Alle flüchteten sich vor dem strömenden Regen ins Zelt. Mir fiel auf, dass er im Regen stehen geblieben war. Als ich ihm sagte, er solle doch ins Zelt kommen, antwortete er: „Heval, wir sind wegen einer Kundgebung hier, nicht um uns ins Zelt zu stellen!“ Obwohl er vom strömenden Regen vollkommen durchnässt war, reihte er sich in die Tanzenden ein und rief die Parolen mit. Woher sollte ich wissen, dass das sein letzter Halay war?

Auf der Rückfahrt nahm er im Bus das Mikrofon in die Hand und sagte: „Hört zu, ich werde Euch jetzt ein wunderschönes Liebeslied singen.“ Während wir uns noch wunderten, was für ein Lied unser 67-jähriger Märchenheld singen würde, fing er an: „Arbeiter und Bauern, vereinigt Euch …“

Das war sein Traum: Dass sich die Arbeiter und Bauern vereinigen und die schönste Liebesgeschichte der Welt ein glückliches Ende findet. Jahrzehntelang hat er dafür gekämpft. Voller Sehnsucht nach einer gerechten Welt, auf der die Menschen wie Menschen leben können. Und dafür hat er nur zu oft einen hohen Preis gezahlt.

„Freunde, es gibt viel zu tun" – das war ein Satz, den er oft sagte. Es gibt so viel zu tun, aber gegen seinen Tod konnten wir nichts tun. Wir konnten nicht einmal weinen, weil wir wussten, dass er dann aus dem Sarg springen und uns kritisieren würde: „Es gibt so viel zu tun und Euch fällt nichts Besseres ein, als mir hinterherzuweinen!"

So wie er im Leben ein Vorbild für uns war, hat er auch im Tod unzählige Menschen zusammengeführt. Wie vielen Menschen Du etwas bedeutet hast … Auf der Trauerfeier machte es den Eindruck, als ob jeder einen nahestehenden Verwandten verloren habe.

Unseren Märchenhelden aus dem Land der Riesen haben wir an einem kalten Oktoberabend verloren. Unsere Jahreszeiten sind ohne ihn noch ein bisschen kälter geworden. Er war ein Vater, ein Vertrauter, ein Genosse. Alle teilten ihre privatesten Gefühle mit ihm, weil wir wussten, dass er niemals ein Geheimnis verraten würde. Mit wie vielen Geheimnissen ist er jetzt von uns gegangen. Er hat von uns allen einen Teil mitgenommen und sich auf den Weg in die Endlosigkeit gemacht.

Auch wenn wir ihn nicht sehen können, bin ich davon überzeugt, dass er uns weiter sieht. Dass er kontrolliert, ob wir unseren Aufgaben nachkommen. Die seiner gedenken und seine Ideale weiterleben lassen wollen, die gewissenhaft sind, für die gibt es auf jeden Fall viel zu tun. Wenn wir Heval Süleyman und den für die gleichen Ziele Gefallenen gerecht werden wollen, dann liegt es in unserer Schuld, ihre Ideale und Leidenschaften weiterzuleben. Sie haben nie etwas für sich selbst gewollt, sondern für die Freiheit und das Glück der Menschen gelebt bis zum letzten Atemzug.

(Übersetzung aus Yeni Özgür Politika, 04.11.2011)

Heval Süleyman: Weggefährte im vom Kampf geprägten Leben

Nujiyan Urfa

Der Tod von Heval Süleyman hat uns völlig unvorbereitet getroffen. Auf den Gedenkveranstaltungen für ihn und in den Medien haben viele seiner GenossInnen versucht, ihn zu beschreiben. Auch seine Kinder, sein Neffe und seine Lebenspartnerin erzählten davon, was für ein Vater, Onkel und Partner er war. Ich habe diesen Berichten zugehört; alle zusammen ergeben ein Bild davon, wie er gewesen ist. Auch ich hatte das



Hikmet Karahan / Heval Süleyman Foto: M. Z. Ekinci

Glück, Heval Süleyman zu kennen. Über ihn zu schreiben, ist mir ein Bedürfnis, etwas, was ich ihm schuldig bin.

Bekanntermaßen organisiert sich die kurdische Bevölkerung in Europa entsprechend dem konföderalen System in Räten. Diese Form der Organisierung hat sich herauskristallisiert, um den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen zu begegnen. Ein falsches Verständnis des Prinzips, auf dessen Grundlage die Volks-, Frauen- und Jugendräte aufbauen, kann problematisch sein. Wer sich in dieser Form organisiert, muss Abdullah Öcalan lesen und sich als AktivistIn einer Ideologie begreifen. Wird ein solches Niveau nicht erreicht, macht sich bei den FreundInnen, die in den Räten eine führende Rolle übernehmen, leicht die Krankheit der Elitenbildung breit. Und mit dieser Krankheit wird der gesamte Rat infiziert.

Wir alle sind von Geburt an von den Wertmaßstäben eines gesellschaftlich existierenden Sexismus geprägt. Wir leben in einer Gesellschaft, in der diese Wertmaßstäbe vorherrschen. Wer also innerhalb eines Volksrats eine Vorreiterrolle übernehmen will, muss diese Wertmaßstäbe brechen und somit die gesamtgesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Das gilt insbesondere für die gewählten SprecherInnen der Volksräte. Ich habe das oft feststellen können in der Arbeit mit diesen FreundInnen. Resultierend aus einem patriarchalischen Blickwinkel gibt es immer wieder FreundInnen, die sich als Elite empfinden. Sie stehen sozusagen über der Bevölkerung. Dadurch wird die Arbeit erheblich erschwert und jegliche Entwicklung verhindert.

Vielleicht stellt sich jetzt den LeserInnen die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem konföderalen System und der Persönlichkeit Heval Süleymans. Für mich ist das genau der Punkt. Nur in diesem Zusammenhang kann ich von Heval

Süleyman erzählen. Denn er war einer, der sich mit den Volksräten identifizierte.

Wir haben eine ganze Weile zusammengearbeitet. Auch wenn ich die Einzelheiten seiner Vergangenheit nicht kannte, war angesichts seiner Haltung eindeutig, dass er durch unermüdlichen Einsatz an den Punkt gekommen war, an dem er sich befand. Er strahlte Vertrauen aus in seinem gesamten Umfeld. Quelle dieses Vertrauens waren seine tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und die Festigkeit, mit der er selbst seinen GenossInnen vertraute.

Heval Süleyman hat sein Alter nicht gezeigt. Mit ihm zusammen haben sich alle wie AltersgenossInnen gefühlt. Anscheinend wusste er gar nicht, was Müdigkeit und Erschöpfung bedeuten. In der Arbeit war er immer jung und dynamisch. Er war zutiefst empathiefähig und gewann sofort das Vertrauen der Menschen, mit denen er zu tun hatte, durch sein natürliches und herzliches Verhalten. Jeden Tag verbrachte er mit uns, mit seinem Volk. Und das machte ihn sehr glücklich. Er verbrachte so viel Zeit mit uns, dass selbst seine Familie ihn mit uns, unserer gemeinsamen Arbeit gleichsetzte. Als er starb, war seine Frau, unsere geliebte Mutter Güneş, in Kurdistan. Nach ihrer Rückkehr besuchten wir sie mit einer Gruppe Freundinnen. Das Erste, was sie sagte, als sie mich sah, war: „Du bist jetzt auch allein, Deinen Genossen gibt es nicht mehr." Das ging für sie vor – mehr noch als die eigene Einsamkeit und das Gefühl, verlassen worden zu sein. Und das hängt mit den Werten zusammen, die er im Leben erschaffen und nunmehr als Erbe hinterlassen hatte.

Das konföderale System und seine Persönlichkeit – Heval Süleyman hatte die Besonderheiten dieses Systems verinnerlicht. Ich habe schon einige seiner Eigenschaften beschrieben. Es gibt noch einige weitere, die genannt werden müssen: Er schätzte die GenossInnen in seinem Umfeld, und ihr Erfolg machte ihn glücklich. Niemals machte er den Versuch, den Einsatz anderer als eigenen Erfolg auszugeben. Im Gegenteil machte er immer deutlich, wessen Arbeit hinter welchem Ergebnis steckte. Er verhielt sich Frauen gegenüber nicht patriarchalisch. Oftmals gibt es bei Revolutionären das Problem, dass sie sich außerhalb der Familie demokratisch-revolutionär geben, innerhalb der Familie jedoch patriarchal auftreten. Diesem Problem begegnen wir leider allzu häufig. Wenn wir jedoch Heval Süleymans Familie betrachten und seinen Familienmitgliedern zuhören, merken wir, dass er die gleichen genossenschaftlichen Beziehungen, die gleiche Liebe, wie im Kampf so auch in seiner Familie gepflegt hat. Er war zu Hause nicht anders als unter den FreundInnen.

Seitdem er nicht mehr bei uns ist, sagen wir ständig: „Wenn Heval Süleyman hier wäre, würde er das und das machen, er würde diese Gedenkrede halten, diese Veranstaltung organisieren, oder bei dieser Aktion an der Spitze der Halay-TänzerInnen stehen." Aber auch wenn er im Moment nicht bei uns ist, stehen alle diese Dinge immer mit ihm in Verbindung. An jeder Ecke dieser Stadt sind seine Spuren zu sehen. Er hat Spuren in den Köpfen aller Menschen hinterlassen, mit denen er zu tun hatte, und er hat Liebe in die Herzen gepflanzt. Auf den mehrtägigen Trauerfeiern haben viele Menschen über ihn gesprochen. Alle, die ihn kannten, hatten etwas über ihn zu erzählen. Natürlich gelingt das nicht jedem. Aber zweifellos war Heval Süleyman ein ganz besonderer Mensch.

Als wir ihn verloren haben, ist eine riesengroße Lücke entstanden in dieser Stadt, in der wir leben. Diese Leere können wir nur versuchen zu füllen, indem wir seinen Weg weitergehen und fortführen, was er nicht mehr hat zu Ende führen können. Sein plötzliches Gehen hat uns, die ganze Stadt, mit Trauer erfüllt. Wir haben geweint, die ganze Stadt hat um ihn geweint. Alle GenossInnen, die ihn im Laufe seines so stark vom Kampf für ein besseres Leben geprägten Lebens kannten, haben den gleichen großen Verlust empfunden: Er hat uns, unsere Stadt verlassen.

Er ist gegangen, aber er hat viel hinterlassen. Sein Erbe an uns ist das Beispiel seines Lebens, seiner Haltung und seines Kampfes … ♦



Hikmet Karahan / Heval Süleyman   Foto: M. Z. Ekinci

Das Baskenland: Anfang einer neuen Zeit

Zeit für eine demokratische Lösung des Konflikts

Jon Andoni Lekue, baskischer RA und Vertreter der Abertzalen Linken*

Der politische Konflikt zwischen dem Baskenland und dem spanischen Königreich sowie der französischen Republik hat sich bis Ende 2011 sehr positiv entwickelt. Die politischen und sozialen Kräfte für einen demokratischen Wandel sind stärker als je zuvor.

An den 20. Oktober 2011 wird man sich in der Zukunft als an einen historischen Tag erinnern. Nach 52 Jahren des bewaffneten Kampfes hat die ETA das endgültige Ende all ihrer bewaffneten Aktivitäten verkündet. Es war kein Tag der Euphorie, sondern ein Tag mit dem Ausblick auf eine dauerhafte demokratische Lösung des Konflikts.

Diese Entscheidung ist der Anfangspunkt einer neuen politischen Zeit. Sie ist eine Folge der internen Diskussion und entsprechender Beschlüsse innerhalb der Abertzalen Linken und hat auch eine wichtige internationale Dimension. Die in der internen Diskussion der Abertzalen Linken beschlossenen einseitigen Schritte öffneten die Tür für einen Paradigmenwechsel im politischen Szenario im Baskenland: den Übergang von der bewaffneten Konfrontation zu einer demokratischen Konfrontation.

Der politische Konflikt und seine Ursachen, die territoriale Teilung des Baskenlandes und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, sind immer noch nicht gelöst. Die Haltung des spanischen Staates und seiner neuen gewählten Regierung haben sich bisher nicht grundsätzlich geändert. Es werden immer noch große Schwierigkeiten zu bewältigen sein, aber die demokratischen Ziele sollen durch den sozialen und politischen Kampf erreicht werden. Die Kommunalwahlen im Mai und die spanischen Wahlen am 20. November haben gezeigt, dass im Baskenland eine wachsende Kraft existiert, um eine politische und demokratische Neuordnung zu erreichen.

1- Die interne Diskussion der Jahre 2009–2010

Die aktuelle Lage kann man nicht verstehen, ohne den gescheiterten Verhandlungsprozess zu erwähnen. Die Gespräche der Jahre 2005–2007, die einerseits zwischen Batasuna und der PSE (Sozialistische Partei des Baskenlandes, Regionalpartei der PSOE des Präsidenten Zapatero) und andererseits zwischen ETA und der spanischen Regierung geführt wurden, scheiterten. Dafür gab es mehrere Gründe. Als Hauptgrund sehen wir die Nichteinhaltung vereinbarter Abkommen durch die spanische Regierung.

Am Ende der Verhandlungen kehrte die offene Konfrontation zurück. Der bewaffnete Kampf und die schlimmste Serie von repressiven Maßnahmen wurden zum Alltag. Es kam zur politischen Blockade: Einerseits reichte der Kampf nicht aus, um die existierende politische Struktur zu überwinden, obwohl es dafür eine Mehrheit im Baskenland gibt, andererseits war auch die harte Repression nicht in der Lage, Batasuna oder ETA zu zerstören.

Arnaldo Otegi, der im August 2008 vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen wurde, trieb eine umfassende strategische Diskussion voran. Otegis politische Analyse suchte eine grundsätzliche Änderung der Situation durch eine wirksame Strategie.

Eine wirksame Strategie müsste ein Ende der bewaffneten Konfrontation bringen, weil die spanische Regierung darin ihre Stärke hatte und sie von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wurde. Die öffentliche Debatte um die politischen Fragen, das Selbstbestimmungsrecht, die territoriale Teilung des Baskenlandes und die Forderung nach internationalen Beobachtern wollte sie immer vermeiden. Deshalb müsste die Unabhängigkeitsbewegung sich auf folgende politische Instrumente konzentrieren: den ideologischen Kampf, die Massenmobilisierung, die institutionelle Arbeit und die Bündnispolitik. Für diese Aufgabe braucht es unbedingt eine legale politische Partei.

Die genannten Instrumente sollten auch einen neuen Verhandlungsprozess ermöglichen. Die internationale Gemeinschaft sollte den politischen Prozess unterstützen.

Ende 2009 und Anfang 2010 stimmten die lokalen Versammlungen von tausenden AktivistInnen der Abertzalen Linken dem Strategiewechsel mit großer Mehrheit zu.

*Abertzale Linke: Die Bedeutung des Begriffs „abertzale“ in „abertzale Linke“ ist eng verknüpft mit der speziellen Ausprägung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung als progressive und internationalistische Bewegung. Als solche umfasst sie ein breites Spektrum von Organisationen, wie zum Beispiel politische Parteien, Gewerkschaften und kulturelle Organisationen, sowie bedeutende Teile der Frauen-, Umwelt- und Internationalismusbewegungen, die das gemeinsame Ziel der Befreiung des Baskenlandes haben. So wie Republikanismus eine besondere Bedeutung im irischen Kontext besitzt, kann der Begriff „abertzale“ nicht nur einfach als Unabhängigkeitsbewegung übersetzt werden, ohne seine progressive Bedeutung zu betonen. Aus: info-baskenland.de

2- Steh auf, Baskenland!

Die Schlussfolgerungen der strategischen Debatte wurden in einer Erklärung zusammengefasst: „Steh auf Baskenland! (Zutik Euskal Herria)“. [*s. a. Kurdistan Report 149 Mai/Juni 2010*] Seit der Veröffentlichung von „Steh auf, Baskenland!“ hat sich das politische Szenario in einer schnellen Dynamik geändert.

Die Abertzale Linke unterschrieb mit anderen Linken und Pro-Unabhängigkeits-Kräften (EA und Alternatiba) eine Vereinbarung für eine strategische Zusammenarbeit. Kurz danach verkündete ETA einen einseitigen Waffenstillstand, der ein Ende aller bewaffneten Angriffe beinhaltete. Auf diesen wichtigen Schritt folgte das Abkommen von Gernika zwischen fünf politischen Parteien, der Mehrheit der Gewerkschaften, sozialen und kulturellen Gruppen.

Das Abkommen von Gernika benannte die minimalen Bedingungen für eine friedliche Lösung des Konflikts: einen dauerhaften, verifizierbaren und umfassenden Waffenstillstand von ETA und das Ende aller repressiven Maßnahmen der spanischen Regierung gegen das Baskenland, insbesondere die Aufhebung des Parteienverbots und ein Ende der kriminellen Politik gegen die baskischen politischen Gefangenen.

Am 10. Januar 2011 erklärte ETA einen permanenten und umfassenden Waffenstillstand, der durch die internationale Gemeinschaft verifizierbar sein sollte. Anfang Februar 2011 wurde eine neue Partei der Abertzalen Linken vorgestellt: Sortu. Obwohl Sortu alle Voraussetzungen für die Zulassung als Partei erfüllte und sich von jeder Art von Gewalt (auch explizit von ETA) distanzierte, wurde sie als legale Partei nicht zugelassen.

Trotz dieses Verbots und der ungeänderten Politik des spanischen Staates, erhielten die Wahlbündnisse Bildu und Amaiur, in denen die Abertzale Linke gemeinsam mit anderen linken Pro-Unabhängigkeitsparteien kandidierte, eine historische Unterstützung. Mehr als 20 % der Bevölkerung stehen hinter Bildu und Amaiur; 7 Abgeordnete in Madrid, die Regierung der Provinz Gipuzkoa, Bürgermeister der großen Stadt Donostia (spanisch: San Sebastian) und in über weiteren 100 Städten, mehr als tausend Stadt- und Gemeinderäte ... Die Basken und Baskinnen haben damit sehr deutlich den Strategiewechsel der Abertzalen Linken unterstützt.

Die spanische Regierung hat die an sie gerichteten Forderungen nach Einhaltung von Menschenrechten, nach einem Ende der Folter und der sie ermöglichenden Incommunicado-Isolations-Haft, nach einem Ende der grausamen Sonderpolitik gegen baskische politische Gefangene, nach einem Ende von politisch motivierten Massenverhaftungsaktionen im Baskenland und nach freier politischer Betätigung bisher nicht nur ignoriert. Schlimmer noch, sie verstärkte in den letzten Monaten ihre repressive Politik.

Der spanische Staat hat keine Strategie für den Frieden und für eine politische Lösung. Seine Legitimität und soziale Unterstützung schwinden. Das Baskenland ist allerdings nicht die einzige unzufriedene Ecke innerhalb der spanischen Grenzen. Die Forderung für mehr Autonomie und sogar Unabhängigkeit wächst auch in Katalonien rasant.

3- Internationale Dimension des Prozesses

In der internen Diskussion der Abertzalen Linken wurde schon festgelegt, dass die internationale Beteiligung eine große Rolle spielen müsse.

Die langjährigen Kontakte und die Kommunikation mit internationalen Akteuren zeigten ihre Wirkung. Einen Monat nach der Veröffentlichung der Erklärung „Steh auf, Baskenland!“ wurde die Brüsseler Erklärung vorgestellt. International bekannte und führende Persönlichkeiten, darunter vier Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, Frederick De Klerk, Betty Williams und John Hume, sowie die Nelson-Mandela-Stiftung, der ehemalige irische Ministerpräsident Albert Reynolds und andere, unterstützen in einer Erklärung die neue Initiative der baskischen Unabhängigkeitsbewegung für eine friedliche Lösung des spanisch-baskischen Konflikts. Sie appellieren an die spanische Regierung und an ETA, diese Initiative durch Unterstützung zum Erfolg zu führen.

Aus dem Kreis der UnterstützerInnen der Brüsseler Erklärung wurde eine internationale Kontaktgruppe gebildet mit dem südafrikanischen Rechtsanwalt Brian Currin als Hauptfigur. Die Aufgabe dieser Kontaktgruppe ist es, Verhandlungen der politischen Parteien zu ermöglichen, mit dem Ziel, eine neue politische Struktur fürs Baskenland zu vereinbaren.

Im September 2011 wurde eine internationale Verifizierungskommission gebildet mit dem Ziel, den permanenten und umfassenden Waffenstillstand der ETA zu verifizieren. Die spanische Regierung hat diese Komission zwar nicht anerkannt, aber auch nicht abgelehnt. Das war ein kleines positives Signal.

Am 17. Oktober 2011 leiteten Bertie Ahern, Kofi Annan, Gerry Adams, Jonathan Powell, Gro Harlem Bruntland, Pierre Joxe eine internationale Konferenz im Baskenland. Alle baskischen politischen Parteien (außer der rechten PP), Gewerkschaften, der Unternehmerverein, Kulturgruppen der spanischen und französischen Teile des Baskenlandes waren dabei. Es ist ein historisches Ereignis für das Land.

Die sechs Vertreter der internationalen Gemeinschaft verlasen am Ende der Konferenz eine Erklärung, die von allen



Anwesenden akzeptiert war. Diese Erklärung endet mit den folgenden fünf Empfehlungen:

Wir fordern ETA zu einer öffentlichen Erklärung auf, in der sie definitiv das Ende aller bewaffneten Aktionen bekannt gibt, und in der sie die spanische und die französische Regierung zu Gesprächen auffordert, die ausschließlich die Konsequenzen des Konflikts betreffen.

Wir bitten die Regierungen von Spanien und Frankreich dringend, eine solche Erklärung zu begrüßen und Gesprächen zuzustimmen, die ausschließlich die Konsequenzen des Konflikts betreffen.

Wir mahnen größere Schritte an, um Versöhnung zu fördern, alle Opfer anzuerkennen, sie zu entschädigen und ihnen zu helfen, das Leid anzuerkennen, das ihnen angetan wurde und zu versuchen, persönliche und soziale Wunden zu heilen.

Aus unserer Erfahrung der Konfliktlösung sind es oft weitere Themen, die helfen können, das Ziel eines dauerhaften Friedens zu erreichen, wenn man sie adressiert. Wir schlagen vor, dass sich gewaltlose Akteure und politische Repräsentanten treffen und in Abstimmung mit der Bevölkerung politische und verwandte Themen diskutieren, die zu einer neuen Ära ohne Konflikt beitragen können. Aus unserer Erfahrung hilft die Anwesenheit Dritter als Beobachter oder Moderatoren einem solchen Dialog. Hier könnte ein solcher Dialog auch von internationalen Moderatoren unterstützt werden, wenn die Teilnehmer dies wünschen.



Auf der LL-Demo im Januar 2011 in Berlin

Foto: info-baskenland.de

Wir sind bereit, ein Komitee zu gründen, das diese Empfehlungen weiterverfolgt.

Als Antwort auf die internationale Konferenz und als logische Folge des Strategiewechsels der Abertzalen Linken erklärte ETA das endgültige Ende ihres bewaffneten Kampfes.

4- Nach der Internationalen Konferenz und der Entscheidung der ETA

Der politische Konflikt geht weiter und seine Ursachen sind immer noch existent. Nichts ist gelöst, aber eine neue Zeit hat begonnen.

Die Abertzale Linke hat an Glaubwürdigkeit gewonnen. Ihr interner Zusammenhalt ist unbestritten und sie ist weit besser als alle anderen Kräfte auf diese neue politische Zeit vorbereitet. Sie ist besser vorbereitet, weil sie sie initiiert und vorangetrieben hat.

Die Perspektivlosigkeit und die politische Blockade von 2008 sind Vergangenheit. Alle Türen sind offen, um eine demokratische und politische Neuordnung zu erreichen. Die Basken und Baskinnen verstehen das auch so und haben deshalb die Abertzale Linke bei den Wahlen massiv unterstützt.

Bis zur internationalen Konferenz waren alle Schritte einseitig. Nun ist die Zeit für multilaterale Schritte gekommen, um eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu finden.

Die Verhandlungen für einen neuen politischen Konsensus zwischen Parteien und sozialen Kräften müssen so bald wie möglich aufgenommen werden.

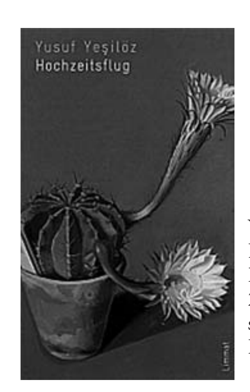
Die Verhandlungen über die Konsequenzen des Konflikts müssen ebenfalls beginnen. ETA und beide Regierungen sollen über die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Entmilitarisierung aller Seiten und die multilateralen Opfer verhandeln.

Obwohl ETAs bewaffneter Kampf definitiv beendet ist, ist die Gewalt des spanischen Staates gegen das Baskenland immer noch präsent. Spanien hält an seiner polizeilichen Strategie fest. Das Baskenland fordert die sofortige Legalisierung von Sortu und eine komplette Änderung der Politik gegenüber den politischen Gefangenen.

Der Kampf für ein freies und sozialistisches Baskenland geht weiter. Die neue Zeit benötigt neue Mittel und mehr Energie als je zuvor. ♦

Yusuf Yeşilöz: Hochzeitsflug

Buchbesprechung von Susanne Roden



Yusuf Yeşilöz
Hochzeitsflug
Roman
2011. 200 Seiten, gebunden
sFr. 34.50, € 27.80
ISBN 978-3-85791-622-9

Hochzeitsflug: Thriller aus dem Finnischen von Ilkka Remes. Die Originalausgabe erschien 2001 unter dem Titel Uhrilento. Na toll, wieder eine Doppelvergabe bei einem Titel, schießt es mir durch den Kopf. Immerhin, auch beim Finnischen gehen die Jahre ins Land, bis 2009 das Buch in deutscher Sprache vorlag. Bei diesem Hochzeitsflug verschwindet auf mysteriöse Weise ein Flugzeug mitsamt der zukünftigen Braut. Das Wrack wird schließlich gefunden, die Passagiere nicht.

Auch als Hochzeitsflug bezeichnet, wird der Vorgang bei den staatenbildenden Insekten, wenn die geschlechtsreifen Weibchen und Männchen die Elternkolonie verlassen, um eine neue Kolonie zu gründen, und bei Honigbienen findet die Bezeichnung Hochzeitsflug beim Auszug der alten Königin ebenfalls ihre Anwendung.

Im vorliegenden Buch von Yusuf Yeşilöz findet nun ein Hochzeitsflug der anderen Art statt, der eigentlich irgendwie zwischen den oben beschriebenen Möglichkeiten liegt, denn die Geschichte ist nicht nur spannend wie ein Krimi erzählt, sondern die Hauptfiguren bewegen sich in ihren Handlungen auch in vielen Punkten in Anbetracht von demokratischen Grundwerten der Gesellschaft am Rande des Legalen und das eben nur wenige Flugstunden entfernt anlässlich einer Hochzeit.

Die Eltern von Beyto leben in der Schweiz und betreiben das «Beyto Kebab House» in der Bischoffstraße, fern der eigentlichen Heimat, einem tscherkessischen Dorf in der Türkei.

Wie Ayhan Kaya in seiner Untersuchung „Die tscherkessische Diaspora in Anatolien – Ethnokulturelle und politische Eigenschaften“ feststellt, ist die tscherkessische Diaspora ein Beispiel für eine unter Zwang aus der Heimat vertriebene, vorkapitalistische, traditionelle Diaspora. Man schätzt, dass die russische Expansion über eine Million Tscherkessen seinerzeit aus ihrer Heimat ins Osmanische Reich vertrieben hat. Der Prozess der Globalisierung hat aber auch diese Gesellschaften in ihren Einflussbereich gezogen und verändert somit auch ein Leben in zwei Welten, mit einem „Hier“ in der Diaspora und einem „Dort“ in der Heimat.

So beschreibt Yusuf Yeşilöz in seinem vorliegenden Roman dann auch mit eindringlichen Worten, wie sich die Eltern von Beyto, Vater Safir und Mutter Narin, das Leben in der nicht freiwillig gewählten Diaspora derart gestalten, dass sie das Aufnahmeland nur durch tägliches Lebendighalten des Dorflebens durchstehen können. Somit werden ihre Tradition, ihre Gewohnheitsrechte, die eigene Familiengeschichte und Kultur immer wieder bestärkt bestätigt und in Kontrast zu den Gewohnheiten und Traditionen im Aufnahmeland durch ihr tägliches Erleben gesehen und bewertet. Während sie sich nur als Gäste in dem Land sehen, haben sie außer Acht gelassen, dass ihr Sohn durch die Migration im Alter von acht Jahren nicht nur keine intensive Prägung der ihnen eigenen Traditionen mehr genossen hat, sondern die Kultur des Aufnahmelandes ihn prägte. Denn es gehört eben auch dazu, dass eine Schulpflicht besteht und man, ob man nun will oder nicht, den Kindern die Teilnahme am Bildungssystem und den demokratischen Strukturen des jeweiligen Landes gewähren muss. Und das führt dann am Ende zu der für sie und eben für den Sohn unschönen Situation, dass man gar keine gemeinsam gefühlte Kultur mehr leben konnte. Während die Eltern in der Dorfstruktur aufgewachsen sind, ohne intensive Schulbildung, aber dafür mit intensiven Familienstrukturen, ist der Sohn zur Schule gegangen, musste von jetzt auf gleich eine fremde Sprache lernen, hat lesen und schreiben gelernt und somit auch das Übersetzen für die Eltern übernommen und eine Informatikausbildung begonnen. Seine Prägung durch andere Familienmitglieder findet nur noch durch Nacherzählungen und verblassende Kindheits- und Urlaubserinnerungen statt.

Nachdem die Eltern mehrfach auch ohne den Sohn jedes Jahr in die Heimat geflogen sind, um alle Verwandten zu sehen und Kontakte zu pflegen, haben sie sich von ihm das Versprechen eingeholt, nun endlich in diesem Jahr wieder mitzukommen. Beyto, der sich verpflichtet fühlt, nun endlich sein lange gegebenes Versprechen dem Vater gegenüber einzuhalten und sich endlich von dieser Last zu befreien, ist ahnungslos und wird von der heimlich für ihn vorbereiteten Hochzeit im Dorf überrollt. Ein Entrinnen ist unmöglich, die Falle schnappt zu und er wird zum Gefangenen der Situation. Vermutlich hat er einen Teil der Vorbereitungen am Rande unbewusst wahrgenommen, aber er ist ja bereits in einer völlig anderen Wahrnehmung in seinem täglichen Leben angekommen. Dennoch, gerade die strengen Familientraditionen hatten ihn bis zum Hochzeitsflug daran gehindert, endlich zu seinen wahren Gefühlen zu stehen und den Eltern zu offenbaren, dass er einen Mann liebt. Aber es erweist sich als unmöglich, in irgendeiner Form mit den Eltern auch nur annähernd neutral oder tolerant über das Thema reden zu können. Es gibt nur verachtende Worte für Schwule, jede Diskussion wird im Keim erstickt und das Thema als Ausgeburt der Ungläubigkeit im Gastland dargestellt.

Der Autor beschreibt zunächst die ausweglose Lage des jungen Beyto sehr liebevoll, auch gepaart mit viel Humor und

verdichtet die innere Auseinandersetzung von Beyto mit den Traditionen der Familie und Erwartungen in der ursprünglich eigenen Kultur. Im weiteren Verlauf der Erzählung werden dann aber auch die Blickwinkel und Erlebnisse der anderen Personen, die ganz eng an sein Leben im Gastland geknüpft sind und die schon von Anbeginn auch eine zentrale Rolle in seinem Leben gespielt hatten, nachskizziert. Und es gelingt somit ebenfalls ein kurzer facettenreicher Blick auf die westliche Gesellschaft, die in den Anfängen vor Jahrzehnten in ihrem Umgang mit Schwulen, deren Diskriminierung und Ausgrenzung im täglichen Leben, alles andere als locker und tolerant zu bezeichnen wäre.

Und nachdem Yusuf Yeşilöz zuvor mit bildreichen und lebendigen Eindrücken das Dorfleben und die Hochzeitszeremonie beschrieben hat, entsteht dann nach der Rückkehr des Jungen in sein Gastheimatland plötzlich ein Gegenbild der eigentlich aufgeklärten, toleranten und säkularisierten Welt, mit dem es nun gar nicht leicht eine Lösung für ihn geben kann.

Weil sich auch darüber der junge Beyto im Klaren ist, wägt er seine Möglichkeiten genau ab. Er überdenkt seine Position, seine verzwickte Lage, aber auch die Lage der anderen Familienmitglieder, seiner jungen Frau, die er als Cousine von Kindesbeinen an kennt. Er bedenkt bei seinen Schritten die Konsequenzen für ihn selbst sowohl im direkten Umfeld der Familie des Aufnahmelandes als auch im Heimatdorf der Eltern und beginnt sein eigenes Leben zu überdenken.

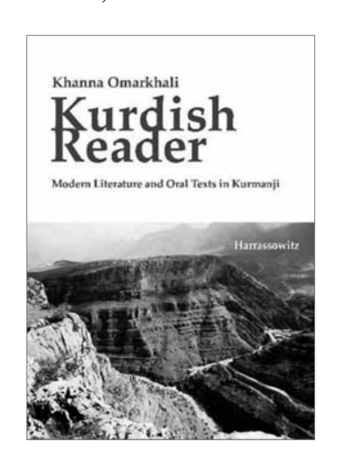
Was auch immer er für eine Entscheidung treffen wird, die durch seine Eltern über seinen Kopf und seine Gefühle hinweg getroffene Entscheidung hat sein Leben aus den Angeln gehoben.

Ein mit bildreicher Sprache formulierter Roman, der mit intimem Wissen an Geschichten, Legenden und Geheimnissen einer anderen Kultur angefüllt ist, stellt einen besonders interessanten und wertvollen Ansatz zur Auseinandersetzung mit einem in vielen Gesellschaften geächteten Thema dar. In nicht wenigen Ländern reicht der Verdacht auf die gleichgeschlechtliche Liebe, um Menschen in Gefängnisse zu stecken oder sie mit dem Tode zu bestrafen. Auch ein europäischer Ausweis bietet nicht immer eine Garantie, dass man ungehindert reisen kann, und dies betrifft sowohl Frauen wie auch Männer. Mit diesem Wissen im Hintergrund wünsche ich dem Roman Hochzeitsflug von Yusuf Yeşilöz möglichst viele aufgeschlossene und interessierte Leserinnen und Leser. ♦

Kurdish Reader: Modern Literature and Oral Texts in Kurmanji

Luqman Guldivê

Für diejenigen, die ihre Kurdisch-(Kurmanji-)Kenntnisse verbessern wollen, besteht nun die Möglichkeit neben Lehrbüchern auch ein herausragendes Textbuch zu benutzen, das von Khanna Omarkhali[1] verfasst wurde. Durch die Grammatik- und Vokabelübungen sowie Verständnisfragen nach jedem ausgewähltem Text, hilft das Buch, die vorhandenen Kurmanji-Kenntnisse zu vertiefen. Khanna Omarkhali veröffentlicht mit diesem Buch gleichzeitig eine Auswahl von Texten moderner kurdischer Literatur, Übersetzungen wichtiger literarischer Werke ins Kurmanji und Beispiele aus der mündlichen Literatur der KurdInnen. Damit bietet sie denjenigen, die ihre Kurmanji-Kenntnisse verbessern wollen, die Möglichkeit, unterschiedliche Dialekte zu erkennen und sie zu vergleichen. Die Mundarten der gewählten Texte aus der Türkei, Syrien, Armenien, Irak, Aserbaidschan, Russland, Turkmenistan und Khorasan behalten ihre Eigenständigkeit bei und sind so auch ausgewählte mündliche Texte.



Außerdem ergänzen zwei Kurdisch-Englisch-Glossare und ein Grammatik-Teil das Textbuch. Im Buch behandelte grammatische Themen werden verständlich dargestellt, die wichtigsten Elemente der grammatischen Kategorien des Kurmanji beschrieben und die Hauptunstimmigkeiten zwischen den mündlichen Dialekten und dem schriftlichen Kurmanji werden erläutert. Das Buch bietet ebenfalls eine englische Übersetzung der gewählten Texte, und ein englisch-kurdisches Wörterbuch der linguistischen Begriffe.

Das Vorwort, geschrieben von Amir Hassanpour, ist mehr als nur ein Vorwort, da er die kurdische Sprache in ihrem historischen Kontext und den Kampf des Kurdischen für die offizielle Anerkennung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sehr gut beschreibt.

Das Buch ist in Wiesbaden im Harrassowitz-Verlag erschienen. ♦

1- Khanna Omarkhali ist Kurdologin und Iranistin sowie Spezialistin in Religionsgeschichte und Yezidismus. Sie lehrt zurzeit an der Georg-August-Universität Göttingen Kurdisch.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Spende für Wan



Liebe Freundinnen und Freunde,
das Erdbeben in Wan hat verheerende Auswirkungen. Die Menschen sind auf unsere schnelle Hilfe angewiesen. Die Lage ist weiterhin dramatisch. Daher rufen wir zu Spenden für die Opfer des Erdbebens in Wan auf.

Richten Sie Ihre Spende an folgendes Konto:
Heyva Sor a Kurdistanê e.V.
Schäferstr. 4 / 53859 Niederkassel
Stadtsparkasse Neuwied
Kontonr: 186098
BLZ: 57450120
Verwendungszweck: Hilfe für Van
IBAN: DE 62 57 45 01 20 00 00 18 60 98
BIC: MALADE 51 NWD

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Trotz Kälte, Schnee und Nässe müssen viele Menschen nach den Erdbeben in der Region Wan in Zelten leben. Durch Brände sind schon einige Menschen zu Tode gekommen.
Foto: DIHA

Rückseite:
Kampagnenplakat: Demokratie hinter Gittern

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



*pro Tag werden seit Frühjahr 2009 im Schnitt 8 kurdische AktivistInnen festgenommen: Seit 2009 *7748 Festnahmen* und *3895 Inhaftierungen;* darunter *FrauenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, Stadträte, BürgermeisterInnen und Abgeordnete (Stand 6.10.2011).*
Informiert euch und macht mit:
www.demokratiehintergittern.de

ViSdP.: Marianne Strauch, Findlingstr. 3, Berlin

ISSN 0935-5375